

61. Sitzung

Donnerstag, den 05. Februar 2009

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 15/3070 – 3734

Die Mündlichen Anfragen Nummern 4 bis 17 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.

AKTUELLE STUNDE

**"Aktuelle Entwicklung beim Flughafen Hahn"
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3043 – 3745

**"Honorarchaos im Gesundheitssystem – Ärzteversorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet?"
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 15/3074 – 3755

**"Ausmaß, Ursachen und Folgen der Bearbeitungsrückstände von Proben im
Landesuntersuchungsamt bzw. den Instituten für Lebensmittelchemie des
Landes Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/3076 – 3762

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

**Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes
Rheinland-Pfalz nach § 20 LGG und über Frauen in Führungspositionen
(Berichtszeitraum 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2007)
Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/1869; Vorlage 15/2139)
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/1895 – 3769

Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. 3775

**Neue Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union verhindern
Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/2531 –

**dazu: Für einen wirkungsvollen Diskriminierungsschutz und umfassende Teilhabe
für Menschen mit Behinderungen**

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3073 – 3775

*Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/2531 – und der Alternativantrag der
Fraktion der SPD – Drucksache 15/3073 – werden jeweils an den Ausschuss für
Europafragen – federführend –, an den Sozialpolitischen Ausschuss und an den
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen..... 3781*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Prof. Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Bettina Dickes, Marlies Kohnle-Gros, Nicole Morsblech; Staatsminister Dr. Heinz Georg Bamberger; Staatssekretär Michael Ebling.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:.....	3737, 3743
Abg. Bracht, CDU:	3752, 3754
Abg. Creutzmann, FDP:.....	3738, 3744, 3778, 3780
Abg. Dötsch, CDU:	3776
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:.....	3739, 3757, 3762
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	3755, 3761
Abg. Eymael, FDP:	3735, 3740, 3748, 3752
Abg. Frau Elsner, SPD:	3763, 3768
Abg. Frau Grosse, SPD:.....	3756, 3761
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:.....	3769
Abg. Frau Schäfer, CDU:.....	3762, 3767
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:.....	3764, 3768, 3772
Abg. Frau Steinruck, SPD:	3776, 3777, 3778, 3781
Abg. Frau Wopperer, CDU:	3770
Abg. Licht, CDU:	3734, 3742, 3746
Abg. Mertes, SPD:	3745, 3751
Abg. Puchtler, SPD:.....	3734, 3739
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:	3765
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	3758, 3773, 3779
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	3749, 3753
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	3735, 3737, 3738, 3739, 3741, 3742, 3743, 3745
Präsident Mertes:.....	3734, 3735, 3737, 3738, 3739, 3740, 3741, 3742
.....	3743, 3744, 3745
Vizepräsident Bauckhage:.....	3775, 3776, 3777, 3778, 3779, 3780, 3781
Vizepräsident Schnabel:.....	3745, 3746, 3748, 3749, 3751, 3752, 3753, 3754
.....	3755, 3756, 3757
Vizepräsidentin Frau Klamm:	3758, 3760, 3761, 3762, 3763, 3764, 3765, 3767
.....	3768, 3769, 3770, 3772, 3773

61. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 5. Februar 2009

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 61. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz begrüßen. Frau Anklam-Trapp und Frau Lejeune werden mich als schrifführende Abgeordnete bei der Führung der Sitzung unterstützen.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros, Bettina Dickes, Nicole Morsblech, Staatsminister Dr. Heinz Georg Bamberger und die Staatssekretäre Martin Stadelmaier (vormittags) sowie Michael Ebling.

Die Tagesordnung haben wir gestern schon festgelegt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen aber natürlich mit dem Glückwunsch an den Ministerpräsidenten, der heute 60 Jahre jung oder alt wird. Er hat 30 Jahre dieses Lebens in diesem Parlament verbracht und ist damit der dienstälteste Abgeordnete. Das ist an sich kein Verdienst allein, aber das ist schon viel Kraft, die er hier gegeben hat. Das Zweite ist, er ist mit 15 Jahren Amtszeit der dienstälteste Ministerpräsident. Er hat unser Land geprägt und vieles in neue Richtungen gebracht. Das war nicht immer einfach, und es war manchmal auch umstritten. Das ist keine Frage. Aber heute ist zuerst einmal vielleicht die Minute, in der wir uns einfach freuen, dass er gesund 60 wird. Wir wünschen ihm für die Zukunft, dass er das Leben gesund und voller Kraft fortsetzen kann. Herzlichen Glückwunsch!

(Lang anhaltend Beifall im Stehen im Hause –
Die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP und
CDU gratulieren Ministerpräsident Beck)

Meine Damen und Herren, es ist üblich, dass Abgeordnete, die am Tag des Plenums Geburtstag haben, vom Präsidenten eine Kiste Wein bekommen. So möchte ich dem Abgeordneten Beck das Gleiche zukommen lassen wie jedem anderen auch in diesem Haus.

(Landtagspräsident Mertes überreicht Ministerpräsident Beck eine Kiste Wein –
Ministerpräsident Beck: Vielen Dank,
Herr Präsident! –
Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, der Ernst des Lebens hat uns wieder eingefangen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache 15/3070 –

Gäste sind noch keine da. Sie wissen auch, dass wir heute gegen 14:00 Uhr im Einvernehmen mit allen Fraktionen die Sitzung beenden wollen, weil wir dann – so wir wollen – an der Feier teilnehmen wollen.

Wir haben drei Mündliche Anfragen, die im Thema alle vom Finanzminister beantwortet werden. Ich darf Ihre Zustimmung erbitten, dass wir die auch gemeinsam aufrufen. – Das ist wohl der Fall.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frank Puchtler, Petra Elsner, Bernd Lang und Anne Spurzem (SPD), Projekt Nürburgring 2009** – Nummer 1 der Drucksache 15/3070 – betreffend, die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Alexander Licht und Michael Billen (CDU), Finanzierung der Nürburgring-Investitionen** – Nummer 2 der Drucksache 15/3070 – betreffend sowie die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Günter Eymael und Herbert Mertin (FDP), Private Baumaßnahmen am Nürburgring** – Nummer 3 der Drucksache 15/3070 – betreffend, auf.

Dann bitte ich, mit der Mündlichen Anfrage Nummer 1 zu beginnen. Wer spricht? – Herr Puchtler, bitte schön.

Abg. Puchtler, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen wären bei einem Verzicht auf das Projekt Nürburgring 2009 auf die Nürburgring GmbH und die Region insgesamt zu erwarten gewesen?
2. Welche Vorteile haben sich die Nürburgring GmbH und ihr Projektpartner Mediinvest durch das von IPC/Pinebeck entwickelte Finanzierungskonzept erwartet?
3. Plant die Nürburgring GmbH möglicherweise weiter mit IPC/Pinebeck zusammenzuarbeiten, nachdem im Herbst ein Engagement gescheitert ist?
4. Wird das Gesamtprojekt planmäßig zum diesjährigen Formel-1-Wochenende fertiggestellt werden?

Präsident Mertes:

Danke schön.

Dann erteile ich das Wort an Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen und aus welchen Mitteln hat die Nürburgring GmbH welcher Pinebeck-Gesellschaft ein Darlehen über drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt?
2. Zu welchen Konditionen (wie Laufzeit, Zinsen, Rückzahlungsmodalitäten und Sicherheit) wurde das Darlehen gewährt?
3. Worin bestand die mit 50.000 Euro vergütete Leistung der Firma Pinebeck, über die das Darlehen ge-

leitet wurde, wo doch die Nürburgring GmbH an der MSR direkt beteiligt ist?

4. Aus welchen Gründen wurde das Darlehen unmittelbar nach dem Bekanntwerden der zusätzlichen Finanzierungsleistungen staatlich geführter Unternehmen für die Investitionen am Nürburgring zurückgezahlt?

Präsident Mertes:

Danke schön, Herr Licht.

Herr Eymael, bitte schön.

Abg. Eymael, FDP:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat die Landesregierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber der mittelständischen Wirtschaft bei der Ausarbeitung der Ausschreibungsbedingungen zur Verwirklichung der Baumaßnahme „Dorf Eifel“ vor dem Hintergrund der o. a. sehr hohen öffentlichen Förderungen nicht wahrgenommen?
2. Welchen Sinn und Zweck haben die 10 %ige Gesellschafterbeteiligung der Nürburgring GmbH an der MSR, die stille Einlage in Höhe von 29 Mio. Euro über die RIM sowie die von der ISB im Rahmen eines Konsortialkredits gewährten mindestens 9 Mio. Euro, wenn trotz dieser umfangreichen staatlichen Unterstützung nicht gewährleistet ist, dass auch heimische, insbesondere mittelständische Unternehmen an den Ausschreibungen teilnehmen und zum Zuge kommen können?
3. Wann ist seitens der Nürburgring GmbH beabsichtigt, sich wieder vollständig aus der MSR zurückzuziehen?
4. Inwieweit hält es die Landesregierung im Sinne der öffentlichen Förderung für gerechtfertigt, dass der Geschäftsführer von Mediinvest trotz der finanziellen Turbulenzen weiterhin in Doppelfunktion auch als Geschäftsführer bei der Motorsport Resort Nürburgring GmbH (MSR) tätig ist?

Präsident Mertes:

Herzlichen Dank.

Es antwortet der Finanzminister, Herr Deubel. Bitte schön.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die diversen Anfragen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP wie folgt:

Zunächst die Anfrage der SPD:

Zu Frage 1: Da die Verluste aus der Formel 1 steigende Tendenz aufweisen, war spätestens seit 2004 klar, dass eine Änderung des Geschäftsmodells des Nürburgrings notwendig ist. Letztendlich bestanden zwei Alternativen. Bei der Alternative 1 wird die Formel 1 ersatzlos eingestellt, was zunächst zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation am Nürburgring führen würde. Die mittelfristigen Folgen wären allerdings am treffendsten als „langsameres Siechtum“ zu kennzeichnen. Die Gewinne im verbleibenden Kerngeschäft würden sich binnen weniger Jahre von heute rund 5 Millionen Euro pro Jahr in Richtung null entwickeln. Unmittelbar am Ring würden ca. 200 Arbeitsplätze verloren gehen, und auch die bisher sehr erfolgreiche Entwicklung des Gewerbeparks, der eigentlich demnächst erweitert werden müsste, würde abrupt gestoppt. In der Region wäre der Abbau weiterer Arbeitsplätze programmiert. Die Situation würde schließlich etwa der zu Anfang der 90er-Jahre entsprechen. Dies wäre deshalb mit Sicherheit keine verantwortbare Alternative.

Bei der Alternative 2, nämlich der Realisierung des Projekts „Nürburgring 2009“, ist dagegen mit weiterem deutlichen Wachstum für den Ring und die Region zu rechnen. In Daten und Fakten: rund 500.000 zusätzliche Besuche pro Jahr, knapp 200.000 zusätzliche Übernachtungen pro Jahr, ca. 50 Millionen Euro zusätzlicher jährlicher Umsatz in der Region, rund 500 zusätzliche Arbeitsplätze unmittelbar am Ring und weitere in der Region, und schließlich weitere Wachstumschancen für den Gewerbepark und die bestehenden Gesellschaften. –

Wirtschaftlich besteht bei dieser Alternative durchaus die Chance, die Formel 1 zu halten. Dies setzt allerdings eine planmäßige Entwicklung von Umsatz und Gewinn voraus. Falls die Entwicklung unterhalb der Planzahlen bleibt, was selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden kann, müsste allerdings auch in dieser Alternative auf die Formel 1 verzichtet werden. Damit blieben unter dem Strich aber immer noch mindestens 300 zusätzliche Arbeitsplätze und wesentlich bessere Zukunftschancen für Ring und Region übrig. Die Entscheidung für die Alternative 2 ist deshalb für den Nürburgring, die Region und auch das ganze Land die einzig sinnvolle Alternative gewesen.

Die weit über den ursprünglichen Erwartungen liegende Nachfrage, insbesondere beim privaten Partner, gibt aus jetziger Sicht noch mehr Anlass für einen optimistischen Ausblick als beim Projektstart Ende 2007.

Zu Frage 2: Wie bereits häufig dargestellt, ist die Nürburgring GmbH daran interessiert, die von ihr zurzeit errichteten Immobilien in private Hände zu geben. Voraussetzung ist natürlich ein zusätzlicher wirtschaftlicher Vorteil aus einer solchen Transaktion. Um dieses Ziel zu erreichen, wird mit unterschiedlichen potenziellen Partnern verhandelt. Einer dieser Partner ist die IPC, die ein sehr interessantes Geschäftsmodell entwickelt hat, das den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses bereits 2006 vorgestellt worden ist, sodass ich auf eine nähere Beschreibung verzichten möchte.

Im Frühjahr 2008 erhielt die IPC eine Finanzierungszusage für ihr Geschäftsmodell. Auf dieser Basis wurden zwischen der Nürburgring GmbH und der IPC mit Unter-

stützung der Kanzleien Redeker und Clifford Chance eine Reihe von Verträgen konzipiert, um den Nießbrauch an den Immobilien zu veräußern, einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von 27 Jahren abzuschließen und eine Option zum Rückkauf nach frühestens elf Jahren einzuräumen. Das ausgehandelte Vertragspaket beinhaltet für die Nürburgring GmbH sehr vorteilhafte wirtschaftliche Bedingungen.

Nachdem sich die Refinanzierung der IPC im Laufe des Sommers des letzten Jahres immer stärker konkretisierte, wurde die Pinebeck Nürburgring GmbH als Objektgesellschaft gegründet, um den Erwerb und die Verwaltung von Immobilien am Nürburgring durchzuführen.

Voraussetzung für die Realisierung der Refinanzierung der Pinebeck GmbH waren der Nachweis einer ausreichenden Finanzkraft der Nürburgring GmbH und die Absicherung der Mietzahlungen durch eine Garantie des Landes, die natürlich europarechtskonform ausgestaltet werden muss.

Die Liquidität hat die Nürburgring GmbH durch das Anlegen eines Bardepots von 80 Millionen Euro bei der LLB, einer Bank in Zürich, nachgewiesen. Risiken waren mit dem Bardepot nicht verbunden, und die Zinsen standen allein dem Nürburgring zu. Um jedes Risiko auszuschließen und alle Voraussetzungen des verbindlichen KYC-Verfahrens zu erfüllen, hat sich die Nürburgring GmbH auch hierbei durch Redeker und Clifford Chance intensiv beraten lassen.

Durch die drastischen Veränderungen an den Finanzmärkten hat sich allerdings im November herausgestellt, dass die Refinanzierung der Pinebeck GmbH entgegen aller vorher abgeschlossenen Verträge nicht realisiert werden konnte. Das Bardepot der Nürburgring GmbH ist danach auch sofort wieder aufgelöst worden. Dass es Pinebeck nicht gelungen ist, die Refinanzierung sicherzustellen, ist vor allem deshalb zu bedauern, weil damit auch der erhebliche wirtschaftliche Vorteil für die Nürburgring GmbH noch nicht realisiert werden konnte. Es ist aber auch deshalb bedauerlich, weil Pinebeck bei einer erfolgreichen Refinanzierung auch in der Lage gewesen wäre, zunächst der MSR, der privaten Objektgesellschaft, den notwendigen Kredit über rund 60 Millionen Euro zu geben und zu einem späteren Zeitpunkt deren Immobilien auch vollständig zu erwerben.

Zu Frage 3: Die Nürburgring GmbH ist auf die Zusammenarbeit mit der Pinebeck GmbH nicht angewiesen, sondern kann sich aufgrund der zurzeit sehr günstigen Zinssituation preiswerter finanzieren als im Jahr 2007 eingeplant. Von daher relativieren sich auch die auf ca. 158 Millionen Euro gestiegenen Baukosten.

Nach Informationen der Nürburgring GmbH bemüht sich die Pinebeck Nürburgring GmbH jedoch weiterhin um die Realisierung einer entsprechenden Refinanzierung und steht nach eigener Einschätzung erneut in Erfolg versprechenden Verhandlungen, die sich allerdings wegen der Komplexität der Materie noch einige Monate hinziehen dürften.

Wenn es der Pinebeck GmbH im Laufe des Jahres gelingen sollte, ihr Ziel zu erreichen, würde die Nürburgring

GmbH sicherlich auf der Basis der bereits ausgehandelten Vertragswerke ein entsprechendes Angebot annehmen, weil es trotz zwischenzeitlich gesunkener Zinsen immer noch erhebliche wirtschaftliche Vorteile aufweist. Wie gesagt, führt die Nürburgring GmbH aber auch Gespräche über andere Alternativen zur Veräußerung der Immobilien.

Wie im Haushalts- und Finanzausschuss zugesagt, würde ich über eventuelle Ergebnisse natürlich so rechtzeitig informieren, dass die Abgeordneten nicht auf die Zeitungslektüre angewiesen sind,

(Unruhe bei der CDU)

sofern nicht irgendjemand wieder auf die Idee kommt, dass die vorzeitige Weitergabe von Beschlüssen, Dokumenten und Verträgen eine besondere Heldentat ist.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Zu Frage 4: Nach Einschätzung der Nürburgring GmbH und von Mediinvest wird die publikumswirksame Gesamteröffnung aller Anlagen des Projekts Nürburgring 2009 während der Formel-1-Veranstaltung vom 9. bis 12. Juli 2009 möglich sein, also heute in etwa fünf Monaten. Persönlich würde mir nicht nur ein Stein vom Herzen fallen, sondern ich werde auch denen dankbar sein, die die schwierige Realisierung dieses für die Region so wichtigen Projekts tatkräftig unterstützt haben.

Zur Anfrage der CDU:

Zu Frage 1: Aufgrund der weltweiten Auswirkungen der Finanzkrise und der damit verbundenen Refinanzierungsprobleme vieler Banken stand die Motorsport Resort Nürburgring GmbH im Oktober 2008 kurzfristig und unerwartet – wie bereits mehrfach dargestellt – vor einer Finanzierungslücke von rund 60 Millionen Euro. Der kurzfristige befristete Kapitalbedarf wurde der Nürburgring GmbH schlüssig dargelegt. Ein alternativer Baustopp hätte erhebliche wirtschaftliche und beschäftigungsrelevante Auswirkungen für das Gesamtprojekt nach sich gezogen. Insbesondere die Nürburgring GmbH hätte vor erheblichen Problemen gestanden.

Die Abwicklung über die Pinebeck Nürburgring GmbH erfolgte vor dem Hintergrund, dass diese kurz vor dem Erwerb der Nürburgring-Projekte stand – siehe Antwort zu Frage 1 – und dann auch in der Lage gewesen wäre, zunächst den benötigten Kredit von rund 60 Millionen Euro zu finanzieren und später MSR zu kaufen.

Aufgrund dieser Sachlage erschien es sinnvoll, die Kreditabwicklung über die Pinebeck Nürburgring GmbH vorzunehmen, da diese sowieso schon eine Kreditvergabe an die MSR vorbereitete. Der Kredit selbst, also die 3 Millionen Euro, erfolgte aus Mitteln der Nürburgring GmbH.

Zu Frage 2: Die maximale Laufzeit war bis zum 31. Dezember 2009 festgelegt. Da allerdings davon ausgegangen wurde, dass die Pinebeck GmbH sehr kurzfristig die gesamte Kreditsumme finanzieren kann, war natürlich auch nur von einer sehr begrenzten tat-

sächlichen Laufzeit auszugehen. Die Verzinsung des Kredits erfolgte marktüblich, also zu 6 %, war grundbuchlich abgesichert und stellte kein Risiko für die Nürburgring GmbH dar. Die MSR hat bereits die komplette Kreditsumme von 3 Millionen Euro nebst zugehörigen Zinsen von 59.000 Euro an die Nürburgring GmbH zurückgezahlt.

Zu Frage 3: Die Gesellschafterrolle der Nürburgring GmbH an der MSR ist rein strategischer Natur und nicht in das operative Geschäft eingebunden. Die Nürburgring GmbH hat – wie bereits bei Frage 2 dargestellt – 3 Millionen Euro verliehen, dafür die vereinbarten marktüblichen Zinsen erhalten und die Gesamtdarlehenssumme zurückerhalten.

Darüber hinaus sind keine Zahlungen aus dem Bereich Nürburgring in diesem Zusammenhang geflossen. Sie wissen, es gibt eine Beteiligung von 10 %, und zwar 5.000 Euro, und von Anfang an ein Gesellschafterdarlehen über 300.000 Euro. Ich sage das, damit das nicht falsch verstanden wird.

Die weitere Abwicklung des Darlehens erfolgte zwischen den Geschäftsführern der MSR und der Pinebeck Nürburgring GmbH. Der Leistungsumfang wurde dort einvernehmlich geregelt.

Zu Frage 4: Die Rückzahlung wurde nicht durch das Bekanntwerden der Darlehensvergabe verursacht, sondern sofort durchgeführt, nachdem die Gesamtfinanzierung der MSR gesichert war.

Ich komme zu den Fragen der Abgeordneten Günther Eymael und Herbert Mertin.

Zu Frage 1: Die finanziellen Engagements der RIM bzw. ISB stellen keine öffentliche Förderung dar, sondern es handelt sich vielmehr um bankübliche Geschäfte mit einer entsprechenden banküblichen Marge.

Die Baumaßnahme „Dorf Eifel“ als Teilprojekt des Privatinvestors unterliegt nicht der Ausschreibungspflicht. Laut Aussage des Privatinvestors waren im Übrigen alle Aufträge bereits vergeben. Änderungen im Bereich der Abwicklung der Aufträge hätten eine fristgerechte Fertigstellung der Baumaßnahme in hohem Maße gefährdet.

Zu Frage 2: Aufgrund der engen Verzahnung des Nürburgringprojekts mit denen der Mediinvest hält die Nürburgring GmbH ihre strategische Beteiligung an der Motorsport Resort Nürburgring GmbH. Marketing- und Vertriebsfragen stehen im Fokus. Aus einer stillen Einlage und der Mitwirkung an einem Konsortialkredit ergeben sich keine Mitwirkungsrechte bei Ausschreibungen.

Zu Frage 3: Die Beteiligung an der MSR dient dazu, die für den Erfolg des Gesamtprojekts notwendige Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem privaten Partner für die Komplementärprojekte auch auf gesellschaftsrechtlicher Ebene dauerhaft abzusichern. Vor diesem Hintergrund ist die Beteiligung grundsätzlich auf Dauer angelegt. Da aber zu einem wirtschaftlich günstigen Zeitpunkt ein Ausscheiden der jetzigen privaten Partner geplant ist, muss zu gegebener Zeit erneut geprüft werden, wie

die Zusammenarbeit und Abstimmung mit einem neuen privaten Partner am besten abgesichert wird.

Zu Frage 4: Durch die Doppelfunktion des Geschäftsführers wird auf der operativen Ebene die reibungslose Abwicklung der mit dem Nürburgring eng abgestimmten Komplementärprojekte von Mediinvest sichergestellt. Der Landesregierung steht es im Übrigen nun wirklich nicht zu, die Geschäftsführer einer vollständig privaten und einer zu 90 % privaten Gesellschaft zu bestimmen.

Auch die stille Einlage und das Darlehen können an dieser Rechtslage nichts ändern, zumal eine öffentliche Förderung nicht vorliegt, sondern bankenübliche Engagements zu marktgerechten Konditionen.

So weit die Beantwortung der diversen Anfragen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatsminister, wie kamen Sie in Verbindung zu den Herren Merten und Becker, die in allen GmbHs, die gegründet worden sind, immer wieder auftreten? Es ist aufgefallen, dass nicht nur eine Pinebeck-Gesellschaft, sondern mehrere Pinebeck-Gesellschaften gegründet worden sind.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter Billen, dem Wirtschaftsausschuss ist im Jahr 2006 von Herrn Hauptgeschäftsführer Kafitz anlässlich einer Besichtigung am Nürburgring erläutert worden, welche Finanzierungsalternativen zur Verfügung stehen und für den Nürburgring aus damaliger Sicht gesehen worden sind. Insofern ist IPC schon lange ein potenzieller Finanzierungspartner. Es gab auch andere, aber das Angebot von IPC war besonders interessant.

Ich komme zur Struktur. IPC besteht meines Wissens – ich muss immer vorsichtig sein – aus zwei Gesellschaften, zunächst einmal aus einer Aktiengesellschaft, die in Luxemburg eingetragen ist, also eine SA, und daneben einer IPC GmbH, die ihren Sitz auf dem Flughafengelände in Frankfurt hat.

Diese Gesellschaft, die die gleichen Geschäftsführer und Eigentümer hat – diese sind beide in Hessen ansässig –, hat die Verhandlung geführt. Als Mitte des letzten Jahres deutlich wurde, dass die Finanzierung vor einer kurzfristigen Realisierung steht, haben sich die beiden Eigentümer entschieden, für den Teilbereich Nürburgring eine eigene Struktur zu schaffen, damit speziell für den Erwerb und die Verwaltung der Nürburgring-Immobilien eine Abgrenzung möglich ist. Auch hier gibt es ein zweistufiges Verfahren.

Es gibt eine Pinebeck-Aktiengesellschaft, die ebenfalls in Luxemburg sitzt, und eine Pinebeck Nürburg GmbH, die in Usingen in Hessen ihren Geschäftssitz hat, und sich, wie gesagt, ausschließlich für den Kauf, den Erwerb und die Verwaltung der Nürburgring-Immobilien interessiert, wobei Nürburgring nicht nur als Nürburgring GmbH, sondern auch als Mediinvest zu verstehen ist, oder möglicherweise auch andere Investitionen, wenn diese entstehen sollten. Das ist der Hintergrund bei IPC bzw. Pinebeck als der zuständigen Gesellschaft, die sich speziell mit dem Nürburgring beschäftigt.

Was Herrn Richter von Mediinvest angeht, ist zu sagen, dass sich der Nürburgring im Zeitraum von 2004 bis 2007 entsprechend der Vorgabe des Aufsichtsrats – die Landesregierung hat das nie anders gesehen – bemüht hat, private Partner für den Nürburgring zu akquirieren. Davon gibt es eine ganze Menge.

Als Großinvestor in dem Sinne, dass alle Projekte verantwortet werden, die nicht unmittelbar vom Nürburgring erfolgen, also Boulevard und Ähnliches, hat sich zum Schluss aus zwei Gründen Mediinvest herauskristallisiert.

Wie ich schon mehrfach erläutert habe, ist Mediinvest Projektentwickler und nicht nur ein Finanzinvestor und hat von daher als Projektentwickler eine Menge Erfahrung, Know-how und Ideen eingebracht. Dies hat auch dazu geführt, dass gegenüber der Planung am Nürburgring, die dem Wirtschaftsausschuss im Jahr 2006 erläutert worden ist, sich seit dem, was Ende 2007 als Projekt gestartet ist, erhebliche Veränderungen ergeben haben, die dem Projekt sehr gut getan haben.

So hat eine klare Entzerrung zwischen denen stattgefunden, die eher geschäftiges Treiben haben wollen – diese werden am Nürburgring untergebracht –, und denen, die eher einen ruhigen Familienurlaub machen wollen. Diese werden nicht wie ursprünglich geplant – ich sage aus heutiger Sicht wahrscheinlich auch fälschlicherweise – am Nürburgring, sondern in Drees in dem zurzeit am Baubeginn stehenden Feriendorf untergebracht werden. Dieses Konzept hat inhaltlich sehr überzeugt. Das war zunächst einmal der Hauptgrund.

Der zweite Grund war, dass Mediinvest für die Objektgesellschaft auch private Partner mit eingebracht hat, die erhebliches Know-how zur Verfügung haben, weil sie bereits ähnliche Objekte und Projekte an anderer Stelle realisiert haben. Wie man bis heute sieht, sind wir bis auf das Finanzierungsproblem im Herbst letzten Jahres mit dem privaten Partner hervorragend gefahren.

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Staatsminister, wurde einmal die Bonität der Firma Mediinvest GmbH geprüft? Haben Sie jemals eine Bilanz der Mediinvest GmbH gesehen? Ist Ihnen bekannt, dass

das Eigenkapital der Mediinvest GmbH im Jahr 2005 30.382,49 Euro betrug und zum 31. Dezember 2008 71.954,08 Euro?

Die nächste Frage: Ist Ihnen bekannt, dass nach einer Auskunft der Creditreform der Höchstkredit der Mediinvest GmbH – –

Präsident Mertes:

Herr Creutzmann, Sie können nicht zwei Fragen stellen. Sie dürfen nur eine Frage stellen.

Abg. Creutzmann, FDP:

In Ordnung, dann frage ich danach. Entschuldigung.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Der Versuch ist immer in Ordnung.

Herr Creutzmann, gehen Sie einmal davon aus, dass die Nürburgring GmbH selbstverständlich keine Engagements bei Partnern eingeht, die nicht überprüft worden sind. Es wäre auch fahrlässig, mit Partnern zusammenzuarbeiten, die nicht über eine ausreichende Bonität verfügen.

(Hartloff, SPD: Das macht man nur in der Ehe!)

Sie wissen sehr genau, dass Sie im mittelständischen Bereich sehr häufig Gesellschaften mit einem sehr geringen Eigenkapital antreffen. Selbstverständlich ist nicht das in der Gesellschaft nachgewiesene Eigenkapital entscheidend, sondern entscheidend ist, welches Kapital insgesamt eingebracht wird. Ich habe Zahlen in öffentlicher Sitzung im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr genannt, die aus heutiger Sicht das Eigenkapital in diesem Projekt gemessen am Ertragswert auf etwa 33 Millionen Euro feststellen.

Dieses Eigenkapital ist nicht vom Land, über die ISB oder die Nürburgring GmbH oder von wem auch immer eingebracht worden, sondern das ist Eigentum der Investoren, die dies eingebracht haben. Ein erheblicher Teil dieses heute natürlich wertmäßigen Eigenkapitals ist auch durch Barleistungen eingebracht worden. Ein weiterer erheblicher Teil wird permanent durch Sachleistungen eingebracht; denn wenn man sich die Hintergründe der Beteiligten ansieht, ist klar, dass Mediinvest Projektentwicklungsleistungen einbringt. Ich spreche jetzt von den Sachleistungen und nicht von den Geldleistungen. Die österreichischen Partner bringen als Generalübernehmer erhebliche Sachvorleistungen ein. Es gibt Vorproduktionen zum Beispiel für das Feriendorf usw.

Daher gab es zunächst überhaupt keine Zweifel daran, dass die Mediinvest dieses Projekt stemmen kann. Auch wenn man sich die Finanzierungsstruktur der beiden ersten Projekte, nämlich des Vier-Sterne-Hotels, das seiner Vollendung entgegengeht, und der Personalhäu-

ser in Adenau, ansieht, kann man feststellen, dass sie eine sehr gesunde Finanzierungsstruktur aufweisen, in denen auch in Geld erhebliches Eigenkapital enthalten ist.

Herr Creutzmann, wie gesagt, Sie als erfahrener Praktiker wissen, dass man zwar bei Großunternehmen und Aktiengesellschaften üblicherweise das Eigenkapital tatsächlich in der Bilanz findet, dass aber gerade bei mittelständischen Gesellschaften häufig eine ganz andere Struktur des tatsächlich haftenden Kapitals und des tatsächlich eingebrachten Kapitals festzustellen ist.

Im Übrigen kann es der Nürburgring GmbH nur recht sein, dass sich bei der MSR das Stammkapital nur auf 50.000 Euro beläuft. Das bedeutet nämlich, dass sich die Nürburgring GmbH nur mit 5.000 Euro engagieren musste.

Wie gesagt, es ist ein Gesellschafterdarlehen von 300.000 Euro gewährt worden, das aber verzinst wird. Sie ist nicht an Risiken beteiligt, die möglicherweise immer vorhanden sind, sondern das Risiko ist auf die 5.000 Euro begrenzt. Sie ist aber an möglichen Chancen aus Veräußerungsgewinnen im Umfang von 10 % beteiligt. Daher ist das aus der Sicht der Nürburgring GmbH eine sehr vorteilhafte Beteiligung von 10 %.

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Puchtler für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Die Nürburgring GmbH hatte ein Darlehen von 3 Millionen Euro an die MSR GmbH gewährt. Ist dadurch ein finanzieller Nachteil für die Nürburgring GmbH entstanden?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Das muss ich im Kopf eben überschlagen. Die Nürburgring GmbH finanziert sich derzeit während der Bauphase, weil sie die abschließende Finanzierung noch nicht sichergestellt hat, aus dem sogenannten Liquiditätspool des Landes, in dem die Landesgesellschaften ihre jeweiligen Liquiditätsüberschüsse oder ihren Liquiditätsbedarf poolen.

Die Refinanzierung erfolgt zu marktgerechten Konditionen. Marktgerecht sind in dem Fall natürlich die Konditionen, die das Land am Markt zahlt oder erhält. Das ist derzeit ein Tagesgeldsatz von etwas über 1 %, im Durchschnitt der gesamten Zeit von etwa 2 %. Ich unterstelle einmal 2 %, weil ich das im Kopf besser rechnen kann. Damit befinde ich mich auf der sicheren Seite.

Die Nürburgring GmbH hat sich diese 3 Millionen Euro zwar nicht direkt, weil sie sich in der Kasse befanden, aber im Prinzip, da die Finanzierung der Maßnahmen am Nürburgring derzeit so erfolgt, aus dem Liquiditätspool für 2 % geliehen und hat sie für 6 % verliehen. Wie ge-

sagt, seitdem wurden Zinseinnahmen mit 59.000 Euro abgerechnet. Den 59.000 Euro Zinseinnahmen durch die Nürburgring GmbH stehen – wenn man die so zurechnen will – Zinsausgaben von rund 20.000 Euro gegenüber, sodass die Nürburgring GmbH bei dieser Transaktion unter dem Strich einen – wenn man so will – Zusatzprofit von knapp 40.000 Euro gemacht hat.

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, weil Sie so ungeduldig wirken, lese ich Ihnen vor, wer sich noch alles zu Wort gemeldet hat: Das sind Herr Kollege Rosenbauer, Herr Kollege Eymael, Herr Kollege Licht, noch einmal Herr Kollege Billen und noch einmal Herr Kollege Creutzmann. – Herr Dr. Rosenbauer, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, ich würde gerne zwei Fragen stellen. Damit bin ich für heute dann auch fertig.

Präsident Mertes:

Sie dürfen aber nur eine stellen.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Na gut. –

Herr Finanzminister Deubel, Sie haben am 21. Januar in „Rheinland-Pfalz aktuell“ um 21:45 Uhr in einem Interview geäußert: „Also, gegenüber der Situation November 2007, als gestartet wurde, hat sich nichts verändert. Der Private trägt weiter voll sein Risiko“, und das soll auch so bleiben. Wie gesagt, das war am 21. Januar. Würden Sie heute diese Aussage so bestätigen nach dem, was in den vergangenen Tagen veröffentlicht worden ist, und haben Sie die Entscheidung der Veränderung alleine getroffen, oder sind dem Entscheidungen der Landesregierung vorausgegangen?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Zunächst einmal haben die Veröffentlichungen an der Sachlage nichts geändert, auch wenn in den Veröffentlichungen viel Unfug verbreitet wird, zum Beispiel dass Mediinvest im Herbst vor der Insolvenz gestanden hätte. Das ist völliger Unfug. Das muss man ganz deutlich sagen. Wenn ich mich all den Horrorgeschichten persönlich widmen würde, die im Moment aufgearbeitet werden und in allen möglichen Blättchen erscheinen, manchmal sogar in Verbraucherblättchen, die eigentlich keinen redaktionellen Teil haben und sich als Plattform für – man muss das wirklich so sagen – Storys jenseits von Gut und Böse anbieten, und jeweils darauf eingehen würde, was richtig und was falsch ist, würde ich meinen Hauptjob an den Nagel hängen müssen.

Deshalb tue ich das nicht. Dies nur als Vorbemerkung, weil Sie gesagt haben, nach dem, was alles in den ver-

gangenen Tagen veröffentlicht wurde. Dann muss ich zur Qualität der Veröffentlichung ein bisschen Stellung nehmen.

Aufgrund der Sachlage, wie sie sich heute darstellt – ich sage präzise, nachdem die Bankfinanzierung über 33 Millionen Euro, die ich mehrfach kommuniziert habe, sichergestellt war –, hat sich an der Aussage überhaupt nichts geändert. Der Private trägt also das Risiko zumindest in dem Umfang seines Eigenkapitals. Wenn sein Projekt nicht so gut läuft, wie er das selbst erwartet, verliert er natürlich Teile dieses Eigenkapitals, das aufgrund des Objektwerts bei ebenfalls rund 33 Millionen Euro liegt. Das ist auch richtig so; denn zuerst müssen bei privaten Investitionen immer die privaten Investoren und das private Kapital haften.

Ob möglicherweise noch weiteres privates Vermögen der Eigentümer der Mediinvest im Zusammenhang mit Bankkrediten und Ähnlichem mehr verhaftet worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis; denn ich führe nicht die Verhandlungen einer Bank über einen Kredit an Mediinvest oder an MSR. Deswegen kann ich Ihnen dazu keine Auskunft geben.

Ich muss zu gestern noch anmerken, die Vorstellung, dass ich mich als Aufsichtsratsvorsitzender der Nürburg-Ring GmbH intensiv mit Details von Krediten und anderen finanziellen Verträgen der Mediinvest oder MSR mit allen Kreditgebern beschäftigt habe, ist etwas eigenartig.

(Bracht, CDU: Das ist ja die Aufgabe von Rechenknechten!)

Deswegen kann ich die Frage, inwieweit persönliche zusätzliche Verhaftungen über die 33 Millionen Euro Eigenkapital hinausgehen, auch nicht definitiv beantworten. Ich weiß es nicht exakt.

Ich habe im Ausschuss deswegen auch vor allem zu den 3 Millionen Euro Stellung genommen, präzise in dem Sinne, es gibt keine zusätzlichen Bürgschaften. Ich habe beim Rest nur das dargestellt, was meines Erachtens in Sachen ISB und RIM an jeweiligen Verhaftungen stattgefunden hat, wobei sich das im Detail auch meiner Kenntnis entzieht; denn ich bin darauf angewiesen, was mir seitens der ISB mitgeteilt wird.

Ich bin nicht in den Gremien der ISB, ich bin nicht im Aufsichtsrat der ISB.

(Bracht, CDU: Rechenknechte! – Eymael, FDP: Am Aufsichtsrat vorbei!)

– Oh ja.

Üblicherweise gelten bei uns die anerkannten Regeln der Zuständigkeiten. Das heißt, ich habe keine Kenntnisse darüber, was genau innerhalb der ISB oder der RIM an Entscheidungsabläufen und Verhaftungen vorhanden ist.

Ich habe ein Schreiben des Geschäftsführers vorliegen, in dem er mir die bankmäßige Prüfung beschreibt und wie die Transaktion letztendlich erfolgt ist. Das ist es.

Sie werden von mir nicht erwarten können, dass ich jetzt sozusagen mit jeder der beteiligten Banken darüber rede, welche möglichen Verhaftungen über die 33 Millionen Euro Eigenkapital hinaus persönlichen Vermögens noch vereinbart sind. Das entzieht sich nun wirklich meiner Kenntnis.

Zurück zu der eigentlichen Frage.

(Licht, CDU: Aha!)

Nachdem das Projekt sehr viel werthaltiger geworden ist, als es bei den ursprünglichen Planungen war – das hängt damit zusammen, dass sich die Vorbuchungen deutlich besser entwickelt haben als zunächst unterstellt –, würde ich aus heutiger Sicht sagen, das Risiko der Privaten ist eher gestiegen, weil das Vermögen, das diese in das Projekt investiert haben, auch gestiegen ist.

Das Risiko der Kredit gebenden Banken einschließlich der ISB und der RIM würde ich als relativ gering ansehen. Aber natürlich gibt es keinen Kredit ohne Risiko. Selbst die Kredite an Staaten werden in der Zwischenzeit von der Risikoseite her keineswegs mehr mit Null angesetzt, wie man z. B. daran sieht, dass die Länder in der Zwischenzeit deutlich höhere Zinsen zahlen müssen als der Bund. Aber so ist das nun einmal bei einer risikogewichteten Verzinsung einer stillen Einlage oder eines Kredits. Wie gesagt, aus der Sicht der ISB und der RIM wird das Risiko als gering angesehen.

Noch einmal zusammenfassend: Ich habe an der Aussage von vor drei Wochen in dem Sinne, dass die Privaten das volle Risiko trügen und dies gut sei, nichts zu ändern,

(Bracht, CDU: Wie 2007 geplant!)

es sei denn, Sie erwarten, dass man eine solche Aussage nur treffen darf, wenn ein Privater 100 % Eigenkapital einbringt und keinerlei Fremdkapital. Das ist aber eine Finanzierung, wie ich sie nur ganz selten erlebe.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das ist nicht das Thema! –

Bracht, CDU: Von der öffentlichen Absicherung war 2007 keine Rede! Das ist der Punkt!)

Insofern handelt es sich um eine normale Finanzierung mit einem relativ hohen Eigenkapital und einem Fremdkapitalanteil, bei dem niemand auf die Idee kommt zu sagen, dass der Private nicht die volle Haftung hat.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Eymael, bitte schön.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Staatsminister, Sie haben im Wirtschaftsausschuss bestätigt, dass die 29 Millionen Euro stille Einlage und der Konsortialkredit von 9 Millionen Euro ohne die Gre-

mien der ISB verabreicht worden sind. Das ist im Wirtschaftsausschuss so klargestellt worden.

(Zuruf des Staatsministers Prof. Dr. Deubel)

– Doch, doch, schauen wir einmal im Protokoll nach. Es war auch so.

Meine Frage geht in eine andere Richtung. Sie haben hier Mediinvest zunächst einmal als den privaten Investor dargestellt. In der Zwischenzeit ist diese Gesellschaft abklassiert worden zum Projektentwickler.

Mediinvest ist seit 2004 mit dabei. Meine Frage: Welche Gelder sind von 2004 bis zum heutigen Tag seitens der Nürburgring GmbH, seitens der Projektbeteiligten an Mediinvest geflossen? Welche Gelder sind von der MSR an Mediinvest geflossen; denn die haben eine Dienstleistung erbracht, indem sie das Projekt entwickelt haben? Wenn Sie dazu vielleicht ein paar Zahlen nennen könnten.

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, darf ich Sie vielleicht vorab darauf hinweisen, wir haben zwölf Zusatzfragen insgesamt abzuarbeiten. Wir haben noch die Kollegen Licht, Billen und Creutzmann, sodass ich nach der ausführlichen Debatte im Wirtschaftsausschuss – ich las davon, dass der Finanzminister Sie 90 Minuten am Stück informiert hat –,

(Eymael, FDP: Eben!)

die Rednerliste nun damit beenden möchte, sonst kommen wir zu keiner weiteren Zusatzfrage.

(Hartloff, SPD: Jetzt wollte ich mich gerade melden!)

Bitte schön, Herr Minister.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, ich habe im Ausschuss lediglich gesagt, ich beantworte jede Frage, die gestellt wird. Es standen viele Fragen im Raum. Es dauert eine gewisse Zeit, das sieht man auch heute.

Allerdings kann ich natürlich nur Fragen beantworten, wenn es mir in dem Moment, wenn sie gestellt werden, möglich ist, sie im Detail zu beantworten.

Herr Eymael, deswegen vielleicht noch einmal, damit Sie nicht irgendetwas in den Raum stellen: Ich habe nicht gesagt, dass keine Gremien der ISB beteiligt waren. Ich habe gesagt, ich bin in keinem Gremium der ISB.

(Eymael, FDP: Nein! Nein! Das nehme ich Ihnen nicht ab!)

Herr Eymael, ich habe hier eben gesagt, ich bin nicht Mitglied des Aufsichtsrats der ISB.

(Eymael, FDP: Die Frage war gestellt! Nein, es reicht jetzt!)

Habe ich das Wort?

Präsident Mertes:

Sie haben das Wort, aber die Dialogfähigkeit von Herrn Eymael ist ungebrochen.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Ich bin in keinem Gremium der ISB. Von daher kann ich aus Gremien der ISB nicht berichten. Ich kann Ihnen deswegen nicht exakt sagen, wie Entscheidungsabläufe innerhalb der ISB aussehen.

Das ist völlig normal, wenn man nicht in einem Gremium ist. Im Übrigen, selbst wenn man in einem Aufsichtsrat sitzt, weiß man in aller Regel nicht, wie die genauen Abläufe innerhalb einer Bank aussehen. Das wäre auch völlig unüblich.

(Baldauf, CDU: Man kann ja einmal fragen!)

Dies vorausgeschickt, muss ich für den Nürburgring natürlich Ähnliches sagen. Ich bin nicht Geschäftsführer des Nürburgrings, ich bin Aufsichtsratsvorsitzender.

(Billen, CDU: Da bin ich mir manchmal nicht so sicher!)

– Ach, bezweifeln Sie das auch?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

– Ich frage ja nur.

Wenn Sie mir die Frage stellen, welche einfachen Dienstleistungsaufträge für kleines Geld Nürburgring GmbH an wen auch immer in den letzten zehn Jahren möglicherweise gegeben hat, und ich soll Ihnen hier sagen, welche genauen Summen, kann ich Ihnen nur sagen: Ich weiß es nicht.

Jetzt aber einmal zu dem, was der Aufsichtsrat weiß. Der Aufsichtsrat weiß, dass es eine 10 %ige Beteiligung gibt. 5.000 Euro hat die Zahlung betragen.

Der Aufsichtsrat weiß – Sie wissen das auch, weil es hier kommuniziert worden ist –, dass es ein Gesellschafterdarlehen von 300.000 Euro von der Nürburgring GmbH an die MSR gibt. Dann gibt es den Kredit über 3 Millionen Euro, der schon erläutert worden und zurückgezahlt worden ist. Ansonsten ist mir von weiteren Zahlungen nichts bekannt.

Ich schließe nicht aus, dass Mediinvest und/oder MSR im Rahmen der gesamten Projektentwicklung die eine oder andere Aufgabe wahrgenommen haben, im Rahmen derer dann ein Kostenersatz von der Nürburgring GmbH an MSR oder Mediinvest stattgefunden hat. Das kann ich nicht ausschließen; denn Mediinvest ist Projektentwickler und MSR ist ein Partner. Beide Partner, Nürburgring GmbH wie MSR, haben natürlich einen erheblichen Aufwand, das Projekt zu entwickeln und vorzubereiten.

Dann liegt es in der Natur der Sache, dass beide Partner sicherlich auch im einen oder anderen Fall gemeinsam arbeiten und z. B. gemeinsam einen Auftrag vergeben oder sich gegenseitig Aufträge vergeben.

Ich befinde mich aber im theoretischen Bereich; denn laufende Geschäfte sind nun wahrlich nicht ein Thema des Aufsichtsrats. Ich werde mich auch weigern, die ohnehin schon überlangen Aufsichtsratssitzungen noch dadurch zu verlängern, indem ich mir so etwas wie Haushaltskontrolllisten über jeden Cent vorlegen lasse, der möglicherweise am Nürburgring einmal umgesetzt worden ist.

(Bracht, CDU: Alles Peanuts!)

Irgendwo ist die Verantwortlichkeit eines Aufsichtsrats oder eines Aufsichtsratsvorsitzenden auch begrenzt, auch wenn er seine Aufgabe sehr ernst nimmt und auch wenn diese Aufgabe sehr zeitintensiv ist. Aber die Arbeitsteilung zwischen dem laufenden Geschäft der Gesellschaft und den zu genehmigenden Geschäften durch den Aufsichtsrat ist nun ziemlich eindeutig geregelt.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Vorsitzender, da sich mir nach Ihrem Vortrag auch jetzt wieder so langsam erschließt, was Sie mit „Rechenknechten“ meinen könnten, bitte ich Sie, uns die Antwort auf meine Frage vielleicht schriftlich vorzulegen, wenn Sie sie nicht vollends beantworten können.

(Pörksen, SPD: Stellen Sie sie doch erst einmal!)

Meine Frage lautet: Welche Anforderungen wurden von der Landesregierung von welchem Ministerium bzw. der RIM und/oder der ISB von dem Projektentwickler Mediinvest vor Vertragsunterzeichnung zur Realisierung dieses Großprojekts Nürburgring abverlangt?

(Pörksen, SPD: Wie soll er denn diese Frage beantworten? Wie kann man denn eine solche Frage stellen! –

Ministerpräsident Beck: So ein Unfug! Was ist denn das für eine Frage? –

Licht, CDU: Sonst können Sie sie schriftlich beantworten! –

Ministerpräsident Beck: Ja, ja! So weit kommt's noch! Stolperfallen stellen!)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Licht, diese Frage ist relativ unpräzise, sodass ich sie, selbst wenn ich tage- oder wochenlang in den Ressorts recherchiert hätte, kaum eingrenzen könnte. Aber ich will es wenigstens vom Grunde her einmal versuchen.

Es war sehr frühzeitig klar, dass im Bereich des privaten Investors von der planerischen Seite ein erheblicher Aufwand notwendig ist; denn natürlich besteht am und vor allen Dingen rund um den Nürburgring herum nicht unbedingt die planungsrechtliche Situation, dass man den Bagger anrücken lassen könnte, dass bereits ein Bebauungsplan vorhanden ist und man lediglich noch eine Baugenehmigung bräuchte. Da Mediinvest sehr strukturiert und planvoll vorgeht, bin ich sehr sicher, dass sich das Unternehmen sehr frühzeitig mit der Frage beschäftigt hat, wie man relativ zügig die notwendigen Baugenehmigungen bekommt, um das Projekt realisieren zu können.

Ich habe – wenn auch zum Leidwesen so mancher Teilnehmer, aber wie ich an der Frage sehe, war es richtig – in den beiden Ausschüssen verdeutlicht, dass im Bereich Mediinvest, was den Planungsvorlauf und die Bauzeiten anbelangt, die Situation besteht, dass man sozusagen von hinten her rechnen muss: Mitte des Jahres müssen sämtliche Projekte fertig sein und eingeweiht werden können.

Das Personalhaus muss noch etwas früher fertig sein, da das Personal noch im Februar und im April in zwei großen Einstellungswellen eingestellt wird. Sie sind somit vor der Eröffnung schon da, und dies ist auch durchaus üblich.

Es kommt darauf an, welche Bauzeiten die einzelnen Projekte haben: Ein Vier-Sterne-Hotel hat natürlich eine längere Bauzeit als ein Feriendorf mit Fertigholzhäusern ohne Gründung mit einer extrem kurzen Bauzeit.

Aber wenn man in Drees auf einem Gelände im Außenbereich, auf dem vorher Wald und Wiesen waren, Baurecht haben möchte, ist es völlig klar, dass die Gemeinde nicht kurzerhand einen Bebauungsplan aufstellen kann, und dann kann man beginnen, sondern natürlich muss ein entsprechendes Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.

Am Nürburgring ist für alle Baumaßnahmen eine Vielzahl weiterer Fachgesetze zu beachten, sodass mit Sicherheit von meinen Kolleginnen und Kollegen – ich spreche nun nicht von der Ebene des Ministeriums, sondern von den nachgeordneten Bereichen – viele und insbesondere die SGD Nord einzuschalten waren. Ohne dass ich dies nun belegen könnte, bin ich mir sehr sicher, dass die SGD Nord ihre diversen Dienstleistungen auch schon im Vorfeld, noch vor Baubeginn, also schon im Jahr 2007, mit Mediinvest vorbesprochen hat.

Wegen des planvollen Vorgehens von Mediinvest bin ich auch ziemlich sicher, dass beispielsweise etwa im Bereich des Umweltministeriums oder des Innenministeriums auch Fragen des Umweltschutzes und des Lärmschutzes geklärt worden sind.

(Licht, CDU: Das war gar nicht meine Frage gewesen!)

– Ja, entschuldigen Sie! Aber die Frage war so gestellt. Ich versuche, sie so zu interpretieren, wie sie bei mir angekommen ist. Sie haben gefragt, welche Ressorts

bei der Landesregierung im Vorfeld oder auch jetzt noch Aktivitäten entfaltet haben.

(Bracht, CDU: Es geht um die Frage, welche Anforderungen abverlangt waren!)

Dazu kann ich sagen: Ja, es waren etliche Ressorts gefragt, da es ansonsten Mitte des Jahres keine Gesamteröffnung für das Projekt geben würde, weil wir überhaupt noch kein Baurecht hätten, wenn nicht von allen Beteiligten sehr zügig gearbeitet worden wäre, denen ich übrigens ausgesprochen dankbar bin.

(Bracht, CDU: Die Frage war, welche Anforderungen abverlangt waren! –

Licht, CDU: Welche Anforderungen hatten Sie an Mediinvest, das war die Frage!)

Was die Wirtschaftsförderung anbelangt, ist Rheinland-Pfalz ein hervorragender Standort, und das muss auch so bleiben.

Präsident Mertens:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Staatsminister, wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie soeben dargestellt, dass der Kredit in Höhe von 3 Millionen Euro, den der Aufsichtsrat nach Ihren Äußerungen im Umlaufbeschluss beschlossen hat, deshalb eingeräumt wurde, weil ansonsten ein Baustopp eingetreten wäre. Das heißt, es gab zumindest eine Zahlungsunfähigkeit, der abgeholfen werden musste.

Sie haben des Weiteren dargestellt, dass diese 3 Millionen Euro im Grundbuch abgesichert seien. Im Ausschuss haben Sie noch gesagt, sie seien gesichert. Sie wissen aber so gut wie ich, dass im Grundbuch an erster Stelle andere Dinge als abgesichert stehen als die Grundstücke der Nürburgring GmbH und dass sie im Grundbuch nur vorgemerkt sind. Insofern ist eine Absicherung natürlich nicht vorhanden, das wissen Sie auch.

Trotzdem stellt sich die Frage: Wissen Sie, wann die 3 Millionen Euro ausgezahlt worden sind und ob es im Zusammenhang mit der Auszahlung überhaupt schon eine Vormerkung im Grundbuch gab? – Sie haben recht, Sie sind nicht der Geschäftsführer, sondern Sie sind der Aufsichtsratsvorsitzende, aber insofern steckt für meine Begriffe der „Deubel“ im Detail.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich aus dem Eilumlufbeschluss zitieren, wie er am 9. Oktober des letzten Jahres an die Aufsichtsratsmitglieder gegangen ist. Daraus ergibt sich eigentlich schon alles Wesentliche. Ich lese nicht den gesamten Beschlussentwurf vor, sondern nur das, was für die Beantwortung der Fragen relevant ist:

Sehr geehrte Herren – wir sind im Aufsichtsrat nur Herren –, die Nürburgring-Gesellschaft ist mit 10 % am Gesellschaftskapital der Motorsport Resort Nürburgring GmbH beteiligt. Die MSR entwickelt und baut die Projekte Hotel, „Dorf Eifel“, das Motorsporthaus und das Personalhaus.

Aus dem aktuellen Investitionsverlauf der MSR entsteht die Notwendigkeit, der Gesellschaft kurzfristig Liquidität zur Verfügung zu stellen. Um eine schnelle Finanzausstattung der Gesellschaft zu gewährleisten und damit den Eröffnungszeitpunkt Mitte Juni 2009 zu sichern – Interessenlage Nürburgring –, soll der Gesellschaft kurzfristig ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3 Millionen Euro gewährt werden. Die Verzinsung erfolgt im üblichen Rahmen und liegt bei 6 % per anno.

Die Abwicklung der Kreditvergabe soll in Anbetracht einer zu erwartenden Zwischenfinanzierung – das ist das, was ich zu Frage 1 erneut ausführlich dargestellt habe – durch die Pinebeck GmbH erfolgen. Der Kredit wird mit 2,5 Millionen Euro auf unbelasteten Grundstücken des Motorsportdorfes in Drees – sie waren damals unbelastet, ich sage dazu noch etwas – und in Höhe von 0,5 Millionen Euro auf Grundstücken des Personalhauses in Adenau grundbuchlich gesichert werden.

Die notariellen Andienungen zur Grundbucheintragung – das sind verpflichtende Erklärungen, die nicht mehr zurückgenommen werden können – liegen der Nürburgring Gesellschaft vor. Das Gesellschafterdarlehen wird mit Auszahlung der Zwischenfinanzierung – die leider nicht zustande gekommen ist – zurückgezahlt. Über die beabsichtigte Zwischenfinanzierung wird die Geschäftsführung auf der nächsten Aufsichtsratsitzung am 25./26. Oktober berichten. – So weit das, was an die Aufsichtsratsmitglieder gegangen ist.

Wie häufig bei Umlaufbeschlüssen telefoniert man dann noch und fragt noch einmal nach Details. Daraus hat sich aus meiner Sicht nichts ergeben, womit der Aufsichtsrat Probleme haben könnte.

Aber Sie haben nach präzisen Daten gefragt, deswegen möchte ich sie noch einmal ganz präzise nennen. Ich habe gesagt, im Finanzministerium ist am 8. Oktober 2008 endgültig klar gewesen und festgestellt worden, die Finanzierung, die Mediinvest/MSR in Aussicht hatten, kommt nicht zustande.

Damit war klar, dass dann, wenn keine kurzfristige Lösung gefunden wird, die beiden Projekte „Dorf Eifel“ und Feriendorf zunächst einmal nicht weiter gebaut werden können und ein Baustopp verfügt werden muss.

Die von Ihnen mir in den Mund gelegte Formulierung der Zahlungsunfähigkeit kann ich so nicht bestätigen. Das ist nämlich ein spezieller Terminus, der eine rechtliche Bedeutung hat. Keineswegs stand im Raum, dass Mediinvest/MSR zahlungsunfähig ist, sondern selbstverständlich waren die Projekte, die bis dahin im Bau waren, nämlich Hotel und Personalhäuser, ausfinanziert und mit erheblichen Eigenkapitalanteilen belegt.

Natürlich hätte ein Baustopp für Mediinvest/MSR einen gewissen finanziellen Schaden verursachen können,

einen gewissen, aber keineswegs den, dass sie anschließend in richtige Schwierigkeiten gekommen wären.

In richtige Schwierigkeiten wäre der Nürburgring gekommen, weil nämlich der private Partner, der notwendig ist, damit die Nürburgring-Anlagen laufen können, dann zunächst einmal ausgefallen wäre und es damit in jedem Fall zu einer massivsten Verschiebung der Bauten im Bereich „Dorf Eifel“ und Feriendorf gekommen wäre, was dem Nürburgring erheblichen Schaden zugefügt hätte.

(Billen, CDU: Warum wäre es denn zum Baustopp gekommen?)

– Wenn er den Kredit, den er braucht, um zu bauen, nicht bekommt, dann ist ein Baustopp da. Das ist klar, das habe ich doch erläutert.

(Billen, CDU: Aha!)

Das ist doch keine neue Information. Ich habe doch gesagt, dass eine Finanzierung von rund 60 Millionen Euro, die zugesagt war, aufgrund der Finanzmarktprobleme usw. nicht zustande gekommen ist. Wenn Sie Zeit haben, dann kann ich das alles aus dem Ausschuss noch einmal auch hier im Landtag darstellen.

(Zuruf aus dem Hause: Nein!)

– Soll ich nicht? Okay.

(Heiterkeit im Hause)

Wie gesagt, manche Dinge sind schon drei- oder viermal erläutert, und es kommen keine neuen Informationen hinzu.

Ich komme aber noch einmal zu dem genauen zeitlichen Ablauf. Klar war, der Nürburgring hat einen massiven Schaden, wenn nicht gebaut wird. Das ist völlig unstrittig.

Am 8. Oktober 2008 war die Sitzung im Finanzministerium, wo sozusagen die Probleme besprochen wurden. Am Tag vorher, nämlich am 7. Oktober 2008, ist die notarielle Andienung bereits erfolgt. Das heißt, Mediinvest ist ins Finanzministerium mit der notariellen Andienung gekommen, sodass die Frage, wie sie das absichern, nicht so im Raum stand.

Im Übrigen ist am 6. Oktober 2008, also noch einen Tag früher, der Raumordnungsbescheid erlassen worden, der Voraussetzung dafür war, dass die Grundstücke in Drees nicht mehr als Ackerland einzuordnen sind, sondern dass hier ein Feriendorf ausgewiesen ist. Im Übrigen ist das eine nicht ganz preiswerte Angelegenheit, wenn man die planerischen Voraussetzungen für ein Feriendorf schaffen möchte. Dies ist natürlich bei der Bewertung des Grundstücks entsprechend zu berücksichtigen. Das heißt also, am 8. Oktober 2008 war klar, das Grundstück ist in sehr viel höherem Maße werthaltig wegen des Raumordnungsbescheids. Es war klar, am 7. Oktober 2008 ist beim Notar bereits die Andienung erfolgt, also die verpflichtende Erklärung.

Darauffin ist am 8. Oktober 2008 das festgelegt worden, was ich im Ausschuss zweimal oder vielleicht auch häufiger – ich weiß es gar nicht mehr so genau – erläutert habe, dass es nämlich verschiedene Varianten gibt.

Aber die Hauptvariante ist, Pinebeck wird in Kürze die Finanzierung zum Erwerb der Nürburgring-Immobilie feststellen und wird dann auch in der Lage sein, MSR einen Kredit über rund 60 Millionen Euro zu geben. Das war die Hauptvariante, von der man zu dem Zeitpunkt ausgehen konnte.

Die Nebenvariante war: Wie lässt sich möglicherweise relativ kurzfristig die Finanzierung so ausgestalten, dass trotz der geänderten Situation an den Finanzmärkten und den höheren Anforderungen der Banken eine Bankfinanzierung möglich wird?

Wie gesagt, am 9. Oktober 2008 ist dann die Vorlage an den Aufsichtsrat gegangen, die ich eben zitiert habe. Der Aufsichtsrat hat im Zeitraum zwischen dem 10. und dem 14. Oktober 2008 zugestimmt. Am 15. Oktober 2008 sind alle notwendigen Verträge abgeschlossen und unterschrieben worden. Am 15. Oktober 2008 ist dann auch die Auszahlung erfolgt. Danach gab es natürlich das grundbuchliche Verfahren, was immer dauert.

Wenn wir bis zur Grundbucheintragung warten würden, dann hätten wir einen Baustopp gehabt. Die notarielle Andienung ist das Entscheidende, um Sicherheit aus der Sicht des Kreditgebers zu haben.

Am 22. Januar 2009 ist dann die Rückzahlung einschließlich der Zinsen erfolgt, also ein Vorgang, der absolut nach den üblichen Regeln behandelt worden ist.

(Billen, CDU: Nein! Nein! –
Licht, CDU: Und das bezweifeln wir!)

Ich könnte ihn auch vor Studenten darstellen als eine Art der Finanzierung, bei der der Kreditgeber sich in hinreichender Weise absichert. Aber das möchte ich jetzt nicht vertiefen. Wir sind hier in einer Fragestunde.

So weit die Situation mit den 3 Millionen Euro, Vertrag, Sicherheit, Auszahlung, Rückzahlung, Verzinsung.

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage hat Herr Kollege Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Staatsminister, Sie haben vorhin bei meiner Frage gesagt, die Bonität der Mediinvest wurde geprüft. Es ist die Frage, wie Sie die Auskunft der Creditreform vom 2. Februar 2009 beurteilen, die die Kreditfrage mit einem Höchstbetrag von 12.500 Euro beantwortet.

(Hartloff, SPD: Eine Auskunft der Creditreform in öffentlicher Sitzung!)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Ich bin etwas konsterniert, und zwar nicht über das Ergebnis. Ich weiß, wie man Auskünfte der Creditreform interpretieren sollte. Aber ich bin etwas konsterniert über Ihre Vorgehensweise hier in öffentlicher Sitzung des Landtags, wie ich überhaupt konsterniert bin, um das im Rahmen der Beantwortung der Mündlichen Anfragen auch einmal deutlich zu machen, in welcher Weise hier im Land

(Eymael, FDP: Wir können es auch anders machen!)

Investoren diskreditiert werden.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, dass solche Fragen im Ausschuss in vertraulicher Sitzung zu stellen sind. Wir können nicht in der Öffentlichkeit diese Geschäfte ausbreiten. Wenn Sie das wollen, dann müssen wir auch die Konsequenzen tragen, dass wir nämlich keine Investoren mehr haben.

Im Übrigen ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, es liegen keine Meldungen zur Geschäftsordnung vor, also fahren wir mit der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE**„Aktuelle Entwicklung beim Flughafen Hahn“
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3043 –

Herr Schnabel, Sie werden jetzt gebraucht. Kommen Sie bitte. Wenn die Aktuelle Stunde zum Flughafen Hahn stattfindet, möchte ich als Abgeordneter des Rhein-Hunsrück-Kreises dazu reden.

(Vizepräsident Schnabel
übernimmt den Vorsitz)

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Besuch im Haus, und zwar Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen – – –

(Zurufe im Hause)

– Entschuldigung, das ist jetzt das alte Gefühl. Herr Präsident, wenn Sie erlauben, darf ich für die SPD-

Fraktion als Abgeordneter des Rhein-Hunsrück-Kreises zu dem Thema sprechen.

Vizepräsident Schnabel:

Herr Abgeordneter Mertes, Sie haben das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Besuch im Landtag, und zwar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Flughafen Hahn. Wir haben sie eben begrüßt. Wir haben sie als Landtag Rheinland-Pfalz zum Kaffee eingeladen.

Das Thema, über das wir heute reden, geht weit über den Hunsrück hinaus. Was ist die Ausgangsbasis gewesen? Hessen und Rheinland-Pfalz wollten ein Problem lösen, das auch in Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt eine Rolle spielt. Das ist die Frage, wie sich bei einer zusätzlichen Landebahn der Nachtflugverkehr entwickelt. Dazu gab es auch von Hessen eine politische Antwort. Wir wollen eine Mediation. Diese ist gemacht worden. Sie haben gesagt: Wir können nachts in diesem Ballungsgebiet nicht so fliegen. –

Daraufhin haben wir uns zusammengesetzt und gesagt: Wir bieten euch an, Frankfurt-Hahn im Hunsrück als Nachtflughafen, als Ersatz für das, was hier nicht mehr möglich ist, zu nehmen. – Das ist also ein Teilen von Lasten im Land. Es ist die Aufgabe der Landesregierung gewesen, sich zu engagieren.

Meine Damen und Herren, nun sind wir da. Wir haben uns die Aufgaben geteilt. Glauben Sie, dass das Dabeibleiben des Landes Hessen nicht genau die Unterstützung dafür ist, dass wir diese strategische Option haben wollen und in Zukunft haben werden?

(Beifall der SPD)

Wir übernehmen einen Teil des Lärms. Damit das klar ist, das haben alle Abgeordneten, die Bürgermeister und Landräte aus den Bereichen Rhein-Hunsrück, Birkenfeld, Kreuznach und Bernkastel-Wittlich übernommen. Sie wussten, dass sie das ihren Menschen zumuten. Dafür haben sie aber auch erwartet, dass man uns hilft, die Fragen der strukturellen Entwicklung im Hunsrück miteinander zu lösen.

Meine Damen und Herren, diese Antwort hat die Landesregierung gegeben. Sie hat uns geholfen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall der SPD)

Sie werden uns zu Recht fragen, warum Fraport ausgestiegen ist. Es gibt einen großen Unterschied in der Betrachtungsweise. Das eine ist die betriebswirtschaftli-

che Sicht einer Aktiengesellschaft. Das andere ist die volkswirtschaftliche Sicht einer Landesregierung. Ich würde mir manchmal wünschen, die Unternehmen hätten mehr Volkswirtschaftler als Betriebswirtschaftler.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir mit 60 Millionen Euro allein an Steuern und 40 Millionen Euro an Sozialabgaben von diesem Flughafen neben 3.500 Arbeitsplätzen innerhalb des Zaunes und 4.000 Arbeitsplätzen außerhalb des Zaunes profitieren, dann ist die Rechnung aufgegangen. So ist die Wahrheit.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt Leute, die wissen alles besser. Lieber Herr Kollege Bracht, ich las z. B., dass Sie dagegen sind, dass Fraport geht. Sie wollen, dass ein tüchtiger Flughafenunternehmer dabei bleibt.

Interessant ist, dass wir die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse, die wir auf dem Hahn haben, in neun Jahren unter Führung der Fraport erreicht haben. So viel sage ich zur Vergötzung der Frage, ob das ein Privater oder das Land richtig machen kann.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich sage Ihnen eins, reden Sie im Landtag so, wie Sie draußen im Hunsrück reden. Diese Doppelköpfigkeit ist unangenehm.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, man muss sich an den Kopf fassen, zumindest die Rhein-Hunsrücker CDU ist zusammen mit der Linkspartei und den GRÜNEN bei der Frage der Ablehnung dieses neuen Modells in einem Boot.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Genauso ist es. Kein anderer ist dieser Meinung, nur Sie drei.

(Beifall der SPD)

Herr Eymael redet klug daher. Es ist richtig, was er sagt. Wir brauchen neben Ryanair noch jemanden, der mitfliegt. Denken wir einmal fünf Jahre zurück, da war er Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.

Die Lage war damals genauso wie heute. Was war zu Ihrer Zeit die richtige Methode? Erinnern Sie sich noch?

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Wahrscheinlich ist es lange her. Sie erinnern sich nicht mehr. Ich sage Ihnen eins: Wer hierherkommt und über Ryanair polemisiert, der soll über die Lufthansa nachdenken.

(Eymael, FDP: Habe ich überhaupt nicht gemacht!)

Alles, was wir heute an Problemen haben, ist ein Teil der Tatsache, dass Fraport einen Aktionär hat, der Lufthansa heißt und stetig Steine in den Weg legt.

(Beifall bei der SPD)

Ich ärgere mich als Abgeordneter dieser Region mit vielen anderen darüber, dass das, was wir alle gemeinsam miteinander geschaffen haben, nur aus kleinen parteitaktischen Gründen zerredet werden soll.

(Zurufe von der CDU)

Es war und wird ein Segen sein, dass das Land die Verantwortung übernimmt, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann nur eines sagen, wir Hunsrücker danken ganz besonders. Die Menschen in Mainz, Wiesbaden und Frankfurt sollten mitdanken. Wir nehmen ihnen nämlich nicht die Nachtruhe.

(Anhaltend Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Gäste im Landtag begrüßen. Es sind fünf Gruppen. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde der 12. Jahrgangsstufe der Maria-Ward-Schule Mainz, die Altersabteilung der Freiwilligen Feuerwehren der Verbandsgemeinde Herrstein, Schülerinnen und Schüler des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kaiserslautern, 12. Jahrgangsstufe, Mitglieder des Mainzer Landtagsseminars, die wir schon gestern begrüßt haben, und Mitglieder des Landtagsseminars für Schülerinnen und Schüler. Seien Sie alle herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich darf Ihnen sagen, Sie bekommen heute eine ausgesprochen interessante und lebhaftige Debatte mit.

Ich erteile Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Kollege Mertes, als erstes muss ich mein Bedauern ausdrücken, es war nicht Ihrer Rolle würdig, so vorzugehen.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Das war eine reine Profilrede.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen genau, da wurde wieder der typische Spaltpilz Mertes deutlich, den wir aus dem Hunsrück oft genug kennen.

Herr Mertes, so mit dem Thema umzugehen, ist wirklich nicht sachgerecht.

(Pörksen, SPD: Wer macht das denn?
Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht um zwei Bewertungen. Sie haben nur eine vorgenommen. Das ist einseitig.

(Noss, SPD: Aber die war ehrlich im
Gegensatz zu Ihrer!)

– Das mag sein, dass sie einseitig ehrlich war. Aber die andere Seite ist auch zu betrachten.

Bezüglich des 10. Januars gibt es überhaupt kein Vertun, das habe ich immer deutlich nach außen gesagt. Herr Kollege Bracht ist auch dieser Meinung.

(Pörksen, SPD: Der sagt das nicht oder – – –)

Die Entscheidung vom 10. Januar bzw. 12. Januar, die am 10. Januar mit vorbereitet wurde, von Herrn Minister Hering war richtig. Das haben wir immer gesagt. Diese Entscheidung war ohne Wenn und Aber richtig. Die Probleme, die sich um diese zwei Tage abzeichneten, waren so groß, dass man nur so entscheiden konnte, wie Sie es gemacht haben. Punkt und Schluss, was diese Bewertung angeht.

(Hartloff, SPD: Das hat die Zeitung ganz
anders geschrieben!)

Das haben wir nie anders gesagt.

Die Probleme, die an diesen zwei bis drei Tagen zutage getreten sind, gehören auch zum Teil der Wahrheit. Ein Teil des Problems ist der Minister selbst gewesen.

(Beifall bei der CDU –
Widerspruch bei der SPD)

Das gehört einfach zur nüchternen Betrachtung hinzu.

(Harald Schweitzer, SPD: Hättest Du
doch geschwiegen!)

Die Vorgeschichte gehört dazu. Die Vorgeschichte heißt 18. Dezember. Das ist gar nicht solange her. Am 18. Dezember ist mit Einverständnis des Ministeriums, also des Ministers, ein mit der Fraport abgestimmtes Konzept verkündet worden.

Anders verkündet man so etwas nicht. In diesem Konzept ist die Entwicklungsgesellschaft mit enthalten. In diesem Konzept ist der „Hahn-Taler“ mit enthalten gewesen, sonst hätte es diese Verkündung nicht gegeben.

Vor der Fehleinschätzung habe ich immer gewarnt. Wer sich in dem Geschäft auskennt, hat davor gewarnt.

Die Fehleinschätzung war, dass Ryanair das nicht akzeptieren würde. Ryanair hat im September deutlich gemacht, als der „Hahn-Taler“ mit 5 Euro eingeführt werden sollte, da machen wir nicht mit, wir haben einen

bestehenden Vertrag, wenn man in diesen Vertrag eingreift, werden wir unsere Konsequenzen ziehen.

(Frau Spurzem, SPD: Deswegen hatte
er einen Plan B!)

Wer sich in diesem Geschäft auskennt, weiß, dass diese Konsequenzen bedeutet hätten – so wurde es dann auch am 10. Januar deutlich von der Ryanair formuliert –, sie hätten innerhalb eines Jahres 40 % bis 60 % abziehen können. Das kann ich von wem auch immer bewerten lassen wie ich will, aber es ist Tatsache. Die Ryanair hat gesagt, das machen wir. Man hat ihnen keinen Glauben geschenkt, und man hat das ignoriert. Große Marktanalysen, die gemacht worden sind, sind von völlig anderen Dingen ausgegangen, haben offensichtlich auch das Ministerium überzeugt zu sagen, wir signalisieren einmal, dass wir das genehmigen werden.

(Zurufe von der SPD)

Darum gehört die ganze Wahrheit auf den Tisch. Zu der ganzen Wahrheit gehört eben, dass dieser 10. Januar mit Wissen und mit Abstimmung des Ministeriums erst herbeigeführt wurde.

(Beifall bei der CDU –
Frau Mohr, SPD: Das ist jetzt die
Tatsachen verdreht!)

Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu.

Wir haben immer gesagt, und da gehört Herr Kollege Bracht dazu, dass man zu einem solchen Flughafen Private und das Know-how braucht. Wir haben auch formuliert, dass wir froh sind, dass es gelungen ist – wenn man so will –, privates Know-how von der Fraport jetzt am Hunsrück zu halten.

Wir begrüßen, dass die Crew, die Mannschaft um Schumacher jetzt dort gehalten wird. Das sah lange nicht immer so aus. Da konnte man im September, im Oktober lange nicht davon ausgehen. Diese Punkt ist von uns immer deutlich gemacht worden.

Zu dem nächsten Punkt haben wir gesagt, wir wollen, um das Flughafensystem erhalten, nicht eine falsche Konkurrenz entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Auch das ist sichergestellt worden, indem die Hessen dringeblieden sind. Da haben wir eine Reihe von Gesprächen geführt, auch mit dem hessischen Minister.

(Noss, SPD: Wer ist wir?)

Wir sind mit dem, was jetzt auf dem Weg ist – – –

Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar für das, was Sie uns im Ausschuss auch noch einmal bestätigt und mit auf den Weg gegeben haben, dass Sie innerhalb von drei Monaten ein Konzept auflegen, damit dies in der Perspektive deutlich wird.

(Glocke des Präsidenten)

Da sind wir auf einem guten Weg. Nur, das Problem ist mit dieser Landesregierung erst herbeigeführt worden.

(Beifall bei der CDU –
Frau Spurzem, SPD: Quatsch!)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es waren in der Tat liberale Verkehrsminister, nämlich Brüderle und Bauckhage, die den Hahn letztlich zum Fliegen gebracht haben. Es gab Geburtswehen.

(Zurufe von der SPD)

Es gab vorher auch andere, die den Flughafen mit weniger Erfolg betrieben haben. Wir wissen das alle noch. Wir waren damals froh, dass Fraport im Grundsatz eingestiegen ist. Es hat sich auch als äußerst positiv im Laufe der Zeit herausgestellt; denn damit wurde die Ryanair gewonnen, und es kam zu dieser Erfolgsstory „Hahn“, dem erfolgreichsten Konversionsprojekt im Lande Rheinland-Pfalz. 3.000 Arbeitsplätze direkt und vielleicht noch einmal 3.000 zusätzliche indirekt, Zulieferer, Dienstleister usw. Ich sage für meine Fraktion, wir wollen das erhalten. Wir wollen, dass der Hahn weiterhin einen Aufschwung nimmt. Wir wollen, dass diese Region davon profitiert, die Kaufkraft und die Wirtschaftskraft, alles erhalten bleibt.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wenn es um grundlegende Entscheidungen geht, die gefällt werden, dann darf man auch einmal nachfragen.

Bei all dem, was positiv gelaufen ist – – –

Herr Mertes, im Übrigen der „TV“ oder die „Rhein-Zeitung“ hat mir vorgeworfen, ich hätte mit Ryanair geschmust. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen.

Man muss die Strukturen analysieren und nachfragen dürfen, wie erfolgreiche Konzepte insgesamt aussehen können. Damit sind wir dabei, dass in den nächsten drei Monaten der Minister ein neues Konzept für diesen Flughafen insgesamt vorstellen wird, nicht nur für den Flugbereich.

Da muss man die Frage stellen, wenn es auf der einen Seite einen Monopolisten gibt, ob es noch Alternativen im Passagierbereich gibt oder nicht. Welche Alternativen gibt es im Bereich der Fracht, beim Cargo? Können wir das noch erweitern, ja oder nein? Wie sieht es mit den Liegenschaften, den bebauten und den unbebauten aus? Kann dies verwertet werden? Wie sieht es mit der Entwicklungsgesellschaft aus?

Das ist alles notwendig, um dem Hahn einen neuen Auftrieb zu geben, um diese Arbeitsplätze – ich sage

dies noch einmal – nicht nur jetzt sicher zu machen, sondern auch mittel- und langfristig abzusichern. Da geht es um die Zukunftskonzeption für den Hahn. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten mit entschieden. Das ist für uns die entscheidende Frage. Wir müssen bei diesem Punkt nach vorne gehen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen verstehe ich die ganze Aufregung nicht so ganz.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Betreiber des Flughafens, der sein Geschäft versteht. Der Minister hat im Ausschuss zugesagt, er wird nach einem privaten Partner Ausschau halten, der neben dem Land Rheinland-Pfalz Mitbetreiber werden und alles versuchen wird, diesen Hahn ein Stück weit weiterzuentwickeln.

Aber de facto ist es im Moment so, dass die Verluste voll beim Land auflaufen. Die Frage stellt sich, wenn Hessen so großes Interesse hat, warum Hessen nicht auch bei den Verlusten mit in die Verantwortung geht. Diese Frage kann man stellen. Es sind 17,5 % der Gesellschaftsanteile. Da könnten sie sich auch mit 17,5 % bei den Verlusten beteiligen. Das ist nicht der Fall.

Die ganzen Verluste bedeuten – das muss man offen und ehrlich sagen –, dass in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge auflaufen werden. Das sind die Altschulden mit 130 Millionen Euro, die abgezahlt werden müssen. Das sind die Neuinvestitionen, die für die Entwicklungsgesellschaft, das neue Terminal usw. notwendig sind, und es sind die jährlichen Verluste, die 16 Millionen Euro bis 20 Millionen Euro betragen. Das muss man offen ansprechen. Ich meine, wir reden hier in Deutschland wegen der Finanzkrise nur noch über Milliarden.

Ich glaube, wir müssten in Rheinland-Pfalz für jede Million dankbar sein, die wir irgendwo einsparen könnten.

Was mich ein bisschen misstrauisch gemacht hat, ist, dass Fraport im Grundsatz die Wirtschaftlichkeit auf absehbare Zeit infrage gestellt hat. Das war für mich ein Signal, hoppla, ob wir das im Land dann wirklich besser können. Aber die Frage ist: Wo war die Alternative? –

Die Alternative wäre gewesen, man hätte in einem Krisenmanagement irgendwo einen Kompromiss erreicht. Das war nicht möglich. Deswegen ist die Reißleine gezogen worden. Es war die einzige Möglichkeit, diesen Hahn auf diesem Stand, den wir jetzt haben, fortzubetreiben und vielleicht die Grundlage dafür zu schaffen, dass er weiterhin für diese Region erfolgreich sein wird.

Meine Damen und Herren, das will ich dann noch einmal abschließend sagen, wir sollten realistisch sein. Die Finanz- und die Wirtschaftskrise werden nicht dazu beitragen, dass wir von heute auf morgen Steigerungen haben werden, wie sie vielleicht noch vor Jahren prognostiziert worden sind.

Wenn man überlegt, dass der Frankfurter Flughafen, Frankfurt/Main, zurückgehende Passagierzahlen und

zurückgehendes Cargogeschäft hat, dann müssen wir in unserer Bewertung realistisch bleiben.

Ich kann nur hoffen, dass das Land Rheinland-Pfalz die Kraft hat, die Initiative ergreifen wird und die notwendigen Partner findet, um diesem Hahn dann wirklich eine Zukunft zu geben, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Flughafengesellschaft, die Firmen, die dort angesiedelt sind, alle eine positive Zukunft haben. Das wollen wir jedenfalls von unserer Fraktion erreichen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung steht ohne Wenn und Aber hinter dem Zukunftsprojekt am Flughafen Hahn.

(Beifall der SPD)

Wir haben auch den Mut und die Entschlossenheit, die notwendigen Entscheidungen dafür zu treffen. In der Tat gab es am 12. Januar keine verantwortbare Alternative zu der Entscheidung, die getroffen wurde. Ich bin froh, dass das von Ihnen heute in dieser Klarheit so ausgesprochen wurde. In den ersten Reaktionen nach dem 12. Januar war dies in dieser Deutlichkeit und Klarheit nicht zu vernehmen.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Licht, es gab nicht nur zu der Entscheidung, es gab auch zu der Vorgehensweise in den Monaten davor keine verantwortbare Alternative.

Wir haben in dem letzten halben bis dreiviertel Jahr mit dem Partner Fraport intensive Gespräche darüber geführt, wie das Betriebsergebnis verbessert werden kann, woran wir auch als Minderheitsgesellschafter ein hohes Interesse hatten. Wir haben in diesen Gesprächen auch entscheidende Bausteine für ein Konzept zur Verbesserung der Einnahmensituation der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH vorgetragen.

Von uns kam der Vorschlag, die Entwicklungsgesellschaft zu gründen, die wir auch mit dem sinnvollen Vorhaben auf den Weg bringen werden, fast 150 Hektar Fläche, die im Eigentum der Flughafengesellschaft steht, zu nutzen, zusätzliche Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch das Betriebsergebnis der Flughafengesellschaft zu verbessern.

Ich will das aufgreifen, was Herr Kollege Mertes gesagt hat. Wir haben Fraport viel zu verdanken. Das ist keine Frage. Fraport hat enorm in den Flughafen investiert. Wir werden mit Fraport auch weiter kooperieren. Fraport hat aber die betriebswirtschaftlichen Zielsetzungen, die

sie sich gesetzt hat, nicht erreicht; denn Zielsetzung war, im Jahr 2009, spätestens 2010 schwarze Zahlen zu haben. Es waren schon einmal frühere Daten angekündigt worden.

Wir haben auch sehen müssen, dass von diesem Profi nicht alle Möglichkeiten der Wertschöpfung mit vier Millionen Passagieren genutzt wurden, im Bereich Verkaufsgeschäft, im Gastronomiebereich, dem sogenannten Retail-Geschäft, zusätzliche Umsätze zu generieren. Auch dort haben wir entsprechende Vorschläge gemacht.

Diese beiden Bausteine werden in der Lage sein, das Betriebsergebnis nachhaltig zu verbessern. Das war für Fraport nicht ausreichend gewesen. Man wollte jetzt viel schneller zu einem positiven Betriebsergebnis kommen und die Gebührensituation verändern. Man hat mit Ryanair Gespräche geführt, ob sie bereit wäre, die Gebühren nach oben anzupassen. Diese Gespräche haben nicht sehr lange gedauert. Aus der Sicht von Ryanair ist das nachvollziehbar.

Es gibt einen Vertrag mit Ryanair, ausgehandelt von der Flughafengesellschaft mit dem Mehrheitsgesellschafter Fraport, dass die Gebühren bis zum Jahr 2016 festgeschrieben sind und es erstmals im Jahr 2011 die Möglichkeit gibt, über neue Gebühren zu sprechen. Ryanair hat im Jahr 2008 mitgeteilt, nach Blick auf den Kalender ist nicht das Jahr 2011. Damit waren im Grunde die Gespräche beendet.

Man hat dann den „Hahn-Taler“ konzipiert, eine Gebühr nicht zwischen dem Flughafen und einer Airline, sondern zwischen den Passagieren und dem Flughafen, die formell nicht die Zustimmung von Ryanair erfordert. Wir haben auch die Bedenken gesehen, die die Einführung des „Hahn-Talers“ haben wird. Wir hatten allerdings und haben ja derzeit noch formell einen Mehrheitsgesellschafter, der das Sagen in der Gesellschaft hat, der gesagt hat: Wir entscheiden abschließend, welche betriebswirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen getroffen werden. Wir bestehen auf der Einführung des „Hahn-Talers“. –

Sie wissen – das haben wir bewusst gemacht –, ich habe mich im Vorfeld zu dem „Hahn-Taler“ öffentlich nicht positioniert. Ich habe ausdrücklich auch über die Medien kommunizieren lassen, über den „Hahn-Taler“ ist das letzte Wort nicht gesprochen, wissend, wir können es nicht verhindern, dass der Mehrheitsgesellschafter auch gegen unsere Empfehlung diesen „Hahn-Taler“ durchsetzen will. Für uns war es wichtig, die Kommunikation zu Ryanair aufrechtzuerhalten und nicht den Eindruck zu erwecken, hier ist Fraport/Land Rheinland-Pfalz gegen den Hauptkunden Ryanair. Wir haben uns bewusst in einer Aussage zurückgehalten.

Wir haben im Dezember 2008, bevor die Flughafengesellschaft Fraport ihre Absicht kommuniziert hat, mit Fraport den Plan B besprochen, weil mir klar war, es kann nicht sein, dass wir sehenden Auges eine Situation herbeiführen, die den Flughafen in große Schwierigkeiten bringt und erst gehandelt werden kann, wenn der Flughafen in großen Schwierigkeiten ist, und mir bewusst gewesen ist, dann, wenn Ryanair nennenswerten

Verkehr oder fast komplett ihren Verkehr abgezogen hätte, dann hätten wir sowieso die Verantwortung für den Flughafen in größerem Umfang übernehmen wollen.

Deswegen haben wir klug vorplanend dieses vorhergesehen und einen Plan B vereinbart. Deswegen konnten wir handeln. Deswegen war ich in der Lage, am 12. Januar zu kommunizieren, nachdem die Reaktion von Ryanair klar war, der „Hahn-Taler“ wird gestoppt. Wir konnten binnen weniger Tage eine Anteilsübernahme mit Fraport verhandeln, weil vorher auch genau diese Situation und diese Möglichkeit bedacht gewesen ist.

Herr Licht, ich sage mit vollem Selbstbewusstsein, nicht nur zur Entscheidung, sondern auch zur Vorgehensweise gab es keine verantwortbare Alternative.

(Beifall der SPD)

Sie können mir glauben, das ist keine einfache Situation gewesen, wissend, wir haben Verantwortung für den Hunsrück, für den Norden von Rheinland-Pfalz, für 10.000 Arbeitsplätze, und in entscheidenden Fragen sind wir im Grunde nicht in der Lage, kompetent selbst abschließend zu entscheiden. Deswegen bedeutet die neue Konstellation, dass zukünftig über wesentliche Entscheidungen, die die Zukunft des Hunsrücks betreffen, die die Zukunft von Zehntausenden von Arbeitsplätzen betreffen, hier in Rheinland-Pfalz, in Mainz und im Hunsrück, und nicht abschließend in Wiesbaden und Frankfurt entschieden wird. Auch das ist für uns wichtig.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, mir ist auch eines deutlich gewesen. Das war auch die Ursache der anderen Vorgehensweise von Fraport, mit der wir nicht im Streit auseinandergegangen sind. Es gibt eine andere Grundauffassung und Priorität bezüglich der Funktion der Gesellschafter. Unsere Ausrichtung und Priorität ist klar:

1. Sicherung der Arbeitsplätze.
2. Schaffen der Voraussetzungen für weiteres Wachstum am Hahn und damit Schaffung weiterer Arbeitsplätze.
3. Auch wir wollen ein positives Betriebsergebnis.

Wir verfolgen dort aber eine langfristige Strategie. Wir wissen, es geht nicht nur um die Arbeitsplätze für die heutige Generation, wir wollen auch für eine kommende Generation am Hunsrück Arbeitsplätze sichern.

Deswegen verfolgen wir eine langfristige Strategie, wie sie auch viele Mittelständler verfolgen, wenn sie ihre Firma aufbauen. Das war der eigentliche Konfliktpunkt und Grundauseinandersetzung, die mit Fraport bestand. Es bestand eine andere Prioritätensetzung. Diese Prioritätensetzung, die auch in anderen großen Konzernen der Fall ist, ist Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir momentan haben.

Deswegen sollten wir auch selbstbewusst sagen, dass wir als öffentliche Hand eine andere Grundphilosophie verfolgen, die verantwortbar ist gegenüber einer Region.

Nach dieser Grundphilosophie werden wir auch zukünftig das Zukunftskonzept für den Flughafen Hahn aufbauen.

(Beifall der SPD)

Wir wollen strategische Partner natürlich auch zukünftig mit einbinden. Aber klare Aussage von uns ist: Zu einem geeigneten Zeitpunkt der geeignete Partner! – Wir werden dann einen Partner einbinden, der unsere Grundphilosophie mit vertritt. Es geht um Sicherung der Arbeitsplätze. Es geht darum, das Wachstumspotenzial am Hahn zu nutzen, und auch um ein positives Betriebsergebnis; in dieser Reihenfolge. Wer diesen Weg mit uns geht, ist als Partner willkommen. Dieser wird mit uns am Hahn auch finanziell erfolgreich sein. Nach einem solchen Partner werden wir Ausschau halten.

Wir werden auch – das habe ich Ihnen mitgeteilt – innerhalb von drei Monaten ein Wachstumskonzept für den Hahn vorlegen. Das wird die konkrete Ausgestaltung der Entwicklungsgesellschaft enthalten, wo wir sehr früh private Partner einbinden wollen und werden. Wir werden auch das Terminal umbauen und erweitern, weil wir damit die Kapazitäten nicht nur auf sieben Millionen Passagiere erweitern.

Wir schaffen dann die Möglichkeit, im enormen Umfang verstärkten Umsatz mit den Passagieren zu generieren und damit die Einnahmensituation am Hahn zu verbessern. Es gehört auch dazu, dass wir zusätzliche Airlines im Frachtgeschäft, in der Passage anwerben. Es gehört aber auch zur Redlichkeit: Wir alle haben die Erfolge mit Ryanair am Hahn gefeiert und haben auf weiteres Wachstum gesetzt, wissend, es gibt keine große Alternative zu Ryanair. Ryanair ist bezüglich der Passagiere die drittgrößte Fluggesellschaft in Europa, wenn ich die Kapitalausstattung betrachte, im Aktienwert ist sie die größte Fluggesellschaft.

Wenn man einen solchen großen Partner hat, mit dem man weiter wachsen kann, macht es auch keinen Sinn, sich wegen 3 Euro mit diesem Partner zu zerstreiten. Wir werden aber auch mit weiteren Airlines in diesem Bereich sprechen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Erfolgsgeschichte Hahn fortschreiben werden, weil wir große strategische Vorteile haben. Im Jahr 2016 wird der Hochmoselübergang fertig sein. Es gibt keinen Frachtflughafen in Europa mit einer solchen zentralen Lage, mit einer solchen idealen Verkehrsanbindung, mit einer 24-Stunden-Genehmigung, einer 3,8 Kilometer langen Landebahn.

Das Land Hessen hat gewusst, warum es in der Gesellschaft verbleibt, weil es nicht weiß, wie sich die Nachflugsituation am Flughafen Frankfurt/Main weiter gestalten wird. Das Land Hessen weiß, wie wichtig die strategische Partnerschaft hier ist. Ob Fraport in einer Bilanz von 15 Jahren die getroffene Entscheidung für richtig betrachtet wird, das müssen die Gremien von Fraport irgendwann entscheiden.

Klar ist aber auch, wir werden im Flughafensystem weiter miteinander kooperieren, die Flughafenkooperation

fortführen. Wir können nach wie vor auf die Dienstleistungsverträge mit Fraport zurückgreifen. Das gesamte Personal bleibt in der Flughafengesellschaft. Das ist ein weiterer großer Vorteil, den wir haben. Wir haben hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich habe heute Morgen spüren können, dass diese Menschen auch bereit sind, sich über das hinaus, was sie geleistet haben, besonders für ihren Flughafen zu engagieren, weil sie wissen, dass die Zukunft der Region davon abhängig ist.

Der weitere große Pluspunkt ist die Region. Ich bin der festen Überzeugung: Es gibt in Deutschland keinen Flughafen, von dem man das sagen kann. Unsere Region steht geschlossen hinter diesem Flughafen und seiner weiteren Entwicklung.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD –
Bracht, CDU: Haben Sie gehört?)

– Ich habe nach dem 12. Januar auch einige Anmerkungen gehört, die nicht geeignet waren zu sagen, hier steht einer mit flammendem Herzen voll hinter diesem Flughafen. Die Aussagen zu der getroffenen Entscheidung sind sehr differenziert gewesen.

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Deswegen will ich schließen.

Es war mit Sicherheit eine schwierige Entscheidung, die getroffen werden musste. Wir haben uns damit nicht leicht getan. Aber es gab zur Vorgehensweise, zum Management, zu den Gesprächen und zu den getroffenen Entscheidungen keine verantwortbare Alternative, weil die getroffene Entscheidung dafür steht: Wir sichern Arbeitsplätze, und wir sichern das Wachstum am Flughafen Hahn. Wir werden daraus, auch in Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz, eine betriebswirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft machen.

(Anhaltend Beifall der SPD –
Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Joachim Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Meine Damen und Herren, Sie haben ja recht, man erregt sich manchmal. Aber man kommt nach Hause, die Katze schnurrt, und man schaut in die Zeitung.

(Der Redner hält eine Zeitung hoch)

Dort steht: „Die Landesregierung steht vor einem schweren Fehler“, äußert sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Josef Bracht, zu den Plänen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

die Fraport AG und das Land Hessen als Anteilseigner vielleicht sogar ab Januar abzulösen.

Meine Damen und Herren, wenn das Solidarität mit der gemeinsamen Sache ist, dann ist das Wort aus Ihrem Sprachgebrauch irgendwie – – –

(Beifall der SPD)

Kollege Licht äußert sich nicht anders. Er sagt: Hatten die keinen Plan B? – Ich will Ihnen den Plan A erklären. Fraport hat gesagt: Betriebswirtschaftlich brauchen wir 5 Millionen Euro mehr. Nehmen wir den „Hahn-Taler“. Was, Ryanair geht weg? Sehr schlimm. Aber sie wissen doch als Geschäftsführer, wie sie dies zu verhandeln haben. Sie müssen eben Arbeitsplätze abbauen. Das ist mir persönlich geantwortet worden. Genau das haben wir zu verhindern gewünscht.

Plan B war, dass das Land die Verantwortung übernimmt. Das ist schwer genug. Das wird nicht einfach. Aber dann zu sagen, Sie wären in der Solidarität der Region geblieben. Meine Damen und Herren, fünfmal kommen Sie in dem Artikel vor. Das tut gut. Das weiß ich selbst.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es kann nicht so gewesen sein, dass das jetzt zwischen Tür und Angel erzählt worden ist. Das haben Sie ganz gezielt gesagt. Ich kann nur sagen, Sie haben eine Fehleinschätzung gemacht.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Vielleicht haben Sie die Einschätzung auch zu früh abgegeben, vielleicht hat auch Kollege Licht zu früh dazu etwas gesagt. In der Region waren wir uns im Klaren: Wenn Ryanair geht, dann werden wir die größten Probleme bekommen; denn mit einem Hauptkunden kann man so nicht umspringen. Damit das auch gesagt ist.

Wenn in Frankfurt die Lufthansa sagt, wir ziehen 10 % unserer Flüge z. B. nach München, dann ist dort auch die Erde am Zittern. Nur machen die es diskreter als Herr O'Leary. Das ist wahr.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage zum Schluss, wir hatten keine andere Alternative. Wir versuchen, es gut zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir werden uns bemühen, jemanden zu holen, der uns hilft. Aber wahr ist: Wer solche Sachen schreibt, der soll sie auch verantworten. Sie werden jetzt ja reden.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Bracht.

(Zuruf von der SPD: Jetzt schauen wir,
wie er die Kurve kriegt!)

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

wie Herr Kollege Mertens in populistischer Form versucht, die gemeinsame Arbeit

(Hartloff, SPD: Was war denn das bei Ihnen?)

pro Hahn über viele Jahre hinweg hier kaputt zu machen. Ich bin sehr enttäuscht darüber.

(Beifall der CDU)

Ich will diese Enttäuschung auch begründen.

(Frau Raab, SPD: Wir sind von Dir enttäuscht in der Region!)

– Lächerlich.

Diese CDU und wir Abgeordneten vor Ort haben jederzeit zum Hahn gestanden und stehen auch in diesem Jahr jederzeit dazu. Das will ich hier deutlich gemacht haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Fragen Sie Ihren Minister. Er hat uns vor Weihnachten zum Gespräch gebeten. Herr Minister, ich muss das jetzt hier sagen. Da haben Sie für ein Modell geworben, zu dem Sie am 12. nicht mehr gestanden haben. So ist das.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Sie haben bei uns aktiv dafür geworben – und haben nicht von einem Plan B gesprochen –, dass wir dieses 3-Säulen-Konzept mittragen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Herr Ministerpräsident, dieses 3-Säulen-Konzept sah vor:

1. Entwicklungsgesellschaft vor Ort gründen.
2. Die Fraport bleibt im Boot und investiert jedes Jahr zweistellig und bleibt Gesellschafter.
3. Das Dritte war der „Hahn-Taler“. Dafür haben Sie aktiv bei uns geworben. Bei diesem Gespräch haben wir wegen der Umstände zugesagt. Weil die Fraport gesagt hat, sie bleibt dabei, haben wir gesagt: Okay, dann gehen wir nicht aktiv dagegen vor. – So war es. Stimmt es, oder stimmt es nicht? Von einem Plan B haben Sie zu dieser Zeit nicht gesprochen. Das muss hier gesagt werden.

(Beifall der CDU)

Dann kam der 12. Januar, und keiner hat vorher mit uns gesprochen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Keiner hat in dieser Phase mit uns gesprochen. Wir waren von der völligen Kehrtwende überrascht.

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wir haben in dieser Situation nachgefragt, welche Argumente es dafür gibt. Das, was vorher richtig war, konnte nachher nicht falsch sein.

(Hartloff, SPD: Sie waren erst einmal dagegen!)

– Nein.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, muss ich wirklich aufhören? – Das ist sehr bedauerlich. Ich gehe davon aus, dass unser Bemühen in den letzten Wochen dazu beigetragen hat, dass es zu einer Kooperation kommt,

(Heiterkeit bei der SPD)

dass das Personal bleibt. Genauso ist es. Wir finden das, was sich jetzt offensichtlich abzeichnet, auch gut.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Wenn die Gespräche im Rund beendet sind, darf ich dem Kollegen Eymael das Wort erteilen.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einmal das bestätigen, was Herr Kollege Bracht gesagt hat, nämlich dass uns der Minister vorher informiert und dezidiert gesagt hat, dass der „Hahn-Taler“ kommen wird. Er wird zwar nicht mit 10 Euro, sondern mit 3 Euro kommen. Dafür wird Fraport investieren und unter anderem das Terminal umbauen.

Ich habe mir gedacht, ich stelle mich nicht in die Zeitung und jubele den „Hahn-Taler“ hoch, sondern überlegt, dass eigentlich die Landesregierung weiterhin eine Moderatorenrolle übernehmen müsste. Die CDU hat sich aber gleich hinter das Konzept des Wirtschaftsministers Hering gestellt und damit Aufsehen erregt. Keiner hat gewusst, weshalb das so war. Das war aber so, weil das aus einem Gespräch des Ministers mit den anderen Fraktionen heraus erfolgt ist. Deswegen muss man das einfach einmal klarstellen. Das gehört zur Wahrheitsfindung dazu.

Herr Präsident, deswegen sollte man auch nicht so polarisierend vorgehen, wie Sie das tun. Ich glaube, in den letzten zehn Jahren haben die drei im Landtag vertretenen Fraktionen alles dazu beigetragen, dass sich der Hahn positiv entwickelt hat.

(Beifall der FDP und der CDU)

Im Landtag war eine Fraktion vertreten, die dagegen gekämpft hat. Das waren die GRÜNEN, die heute noch dagegen kämpfen. Diese drei Fraktionen haben im Grundsatz an einem Strang in ein und dieselbe Richtung gezogen. Ich bin davon überzeugt, dass das auch in Zukunft so sein wird.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Ich bitte auch darum, dass weiterhin die Kontakte zu Frankfurt bestehen bleiben; denn das Know-how und die internationalen Kontakte, die notwendig sind, um einen solchen Flughafen zu entwickeln, gibt es von Fraport aus in einem ganz anderen Umfang, weil das ein international erfolgreicher Flughafenbetreiber ist.

Das hat das Land Rheinland-Pfalz noch nicht bewiesen. Deswegen wird die Aufgabe schwer werden. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Deshalb bin ich Präsident Mertes dankbar, dass er erklärt hat, dass schwere Zeiten auf uns zukommen. Aus diesem Grund sollte man die Sache nüchtern und objektiv angehen, vernünftig miteinander umgehen und, wenn es machbar ist, mit Ryanair neue Lösungen entwickeln, damit auch andere Flieger dorthin kommen können. Das wäre optimal;

(Glocke des Präsidenten)

denn dieses Presseverfahren ist nicht das Verfahren der Zukunft. Ein solcher Vorgang kann immer wieder einmal vorkommen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden über das Land und insbesondere von einem zentralen und wichtigen Projekt für den Hunsrück. Wenn man aus vertraulichen Gesprächen, die geführt werden, zitiert, sollte man auch die Gesprächsgegenstände korrekt und richtig wiedergeben. Ich habe in diesem Prozess Wert darauf gelegt, Sie zu informieren.

Ich habe Ihnen dargestellt, wie die Verhandlungen mit Fraport, einer formell privatrechtlichen Gesellschaft, gelaufen sind, wohl wissend, wer dort Gesellschafter ist und mit welchen Interessenslagen man es zu tun hat. Jeder kann nachschauen, wie der Aktienbesitz aufgeteilt

ist, und zwar von der Lufthansa über das Land Hessen und die Stadt Frankfurt.

Ich habe Ihnen gesagt, dass wir die zielführenden Lösungsbausteine mit entwickelt und mit Fraport gesprochen haben, dass die ursprünglich angedachte Höhe völlig indiskutabel ist. Ich habe auch mitgeteilt, dass wir die drei Euro nicht öffentlich begrüßen und uns zurückhalten werden, weil ich in einer schwierigen Situation war.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich habe dafür geworben, dass der Partner Fraport mit an Bord bleiben kann. Es war auch eine Zielsetzung von mir, aufgrund der finanziellen Dimension zu schauen, ob es einen Weg gibt, dass Fraport mit dabei bleibt und nicht von vornherein zu verbieten, es auch gegen unseren Rat mit dem Taler zu versuchen. Ich habe Ihnen mitgeteilt, welche Studien Fraport vorgenommen hat, und dass sie aus ihrer Sicht glaubt, dass das funktioniert. Wir haben auch immer gesagt – darüber habe ich mit dem Kollegen Licht gesprochen –, dass die Grundvoraussetzung ist, dass es zu keiner nennenswerten Reaktion von Ryanair führt. Das habe ich dort auch klar gesagt.

(Bracht, CDU: Davon gehen Sie auch aus, haben Sie gesagt!)

Ich habe gesagt, wir müssen diese Option von Fraport zunächst unterstellen, weil wir es in der Situation auch nicht gesellschaftsrechtlich verhindern konnten.

Sie wissen, wir haben mit Fraport eine Konstellation von Konditionen besprochen, die für das Land Rheinland-Pfalz günstig sind. Wir hatten den Plan B aber auch unter der Voraussetzung genannt, dass dies nicht Dritten mitgeteilt werden darf. Das ist aus der Interessenslage der Fraport verständlich.

Sie müssen wissen, wir haben eine Gesellschaft übernommen. Herr Eymael, deswegen ist es auch betriebswirtschaftlich inkorrekt zu sagen, wir übernehmen Schulden.

Wir kaufen Anteile einer Gesellschaft, die 72 Millionen Euro Eigenkapital und eine Eigenkapitalquote von 35 % hat. Ein Großteil der Unternehmen mit diesem Bilanzvolumen wäre froh, ein annähernd so hohes Eigenkapital zu haben. Deswegen ist es falsch zu kommunizieren, wir kaufen Schulden. Wir haben im Grunde genommen eine werthaltige Gesellschaft gekauft.

(Beifall der SPD)

Ich will eines klarstellen. Wir haben darauf gedrungen, dass die Entscheidung am 12. Januar 2009, am Montagmorgen, gefällt wird. Fraport hatte daran kein Interesse. Ich habe gesagt, sie fällt vor dem 13. Januar 2009, bevor Ryanair in die Pressekonferenz geht.

Wir haben, nachdem mit Fraport eine Einigung über das Ausstiegsszenario erzielt worden ist, unmittelbar versucht, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen. Wir können

nichts dafür, dass der eine oder andere in einer Veranstaltung gewesen ist.

Wir haben darauf Wert gelegt, Sie in dieser wichtigen Frage mit einzubinden. Dann sollte man auch aus diesen Gesprächen, wenn man sie öffentlich macht, korrekt ohne taktischen Hintergrund zitieren. Wir haben Sie informiert.

Wir hatten mit diesem Partner den Plan B besprochen. Dass dies so gewesen ist, können Sie an Folgendem ersehen: Hätten wir den Plan B nicht gehabt, wären wir nicht in der Lage gewesen, binnen zehn Tagen über den Kauf eines Flughafens mit den notwendigen notariellen Verträgen, Begleitverträgen und Bilanzen eine abschließende Einigung zu erzielen.

Wir haben die Verantwortung wahrgenommen und eine zielgerichtete Vorgehensweise gehabt. Wir lassen uns von Ihnen nicht unterstellen, nicht seriös gehandelt zu haben. Wir haben Sie in diese Entscheidung eingebunden. Wir werden trotz der Wortmeldung von Ihnen auch zukünftig das Parlament vernünftig einbinden, weil ich das für wichtig halte.

(Licht, CDU: Er war der Anstoß! –
Abg. Licht, CDU, deutet auf
Abg. Mertes, SPD –
Abg. Mertes, SPD, hält einen
Zeitungsartikel hoch)

Das Zitat vom Kollegen Mertes war ziemlich deutlich gewesen.

Wir sollten unsere Kräfte jetzt darauf konzentrieren, gemeinsam das Zukunftsprojekt zu entwickeln. Es geht darum, den Flughafen Hahn weiterzuentwickeln. Es hilft keine Debatte darüber, was in der Vergangenheit gewesen ist.

Den Menschen vor Ort hilft, dass wir gemeinsam das Zukunftsprojekt angehen und das Konzept entwickeln. Ich biete Ihnen an, Sie in diese Entwicklung mit einzubinden. Es geht um einen ganz wesentlichen Baustein der Zukunft für die Wirtschaftsentwicklung im Norden des Landes Rheinland-Pfalz. Deshalb sollten wir dieser gemeinsamen Verantwortung in dem Stil, wie wir Debatten führen, gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht jetzt pro Fraktion noch eine Redezeit von drei Minuten zur Verfügung. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Bracht, Sie haben das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will klarstellen – auch im Nachgang zu dem, was

der Herr Minister gesagt hat –, dass ich aus dem Gespräch, das wir vor Weihnachten geführt haben, nichts Falsches berichtet habe.

(Pörksen, SPD: Aus einem vertraulichen Gespräch! Jawohl!)

Sie haben uns damals nichts von einem Plan B gesagt, sondern Sie haben aktiv für dieses Konzept geworben, wobei ich schon sage, dass Sie durchaus die Risiken aufgezeigt haben. Sie haben aber bei uns aktiv für das damalige Modell geworben. In der Zwischenphase haben Sie uns nicht in Kenntnis gehalten über die Frage, wie sich das verändert hat. Dann kam der 12. Januar, und da war das plötzlich anders. Nun gut, so ist das.

Herr Kollege Mertes, zu Ihrem Auftritt ist anzumerken, dass wir gemeinsam Verantwortung für unsere Region tragen, die wir vertreten. Wir tragen aber auch gemeinsam die Verantwortung für unser Land. Wir müssen von beiden Schaden abwenden. Das ist sicher Aufgabe der Regierungsfraktion, aber es ist auch Aufgabe der Oppositionsfraktionen, Dinge kritisch zu hinterfragen. Wenn der Herr Ministerpräsident meint, das sei alles destruktiv, weiß ich nicht, wo er lebt. Mit Demokratie hat das auf jeden Fall nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

Die CDU ist froh – ich gehe davon aus, dass dies auch ein Stück weit auf unseren Druck hin gelungen ist –,

(Ministerpräsident Beck: Natürlich! Nur!)

dass es jetzt zwar keine Beteiligung der Fraport gibt, aber eine aktive und engagierte Kooperation mit der Fraport bestehen bleibt. Das ist meiner Meinung nach gut für den Hahn; denn der Hahn ist das, was er heute ist, durch die Fraport geworden, als sie vor zehn bis zwölf Jahren mit ihrem flughafentechnischen Know-how eingestiegen ist. An diesen Sachverhalt muss man immer wieder erinnern. Deshalb ist es gut, dass es weiter die Kooperation geben wird. Es ist gut, dass das Personal übernommen wird. Es ist auch gut, dass das Land Hessen ein Stück mit dabei bleibt und die Verantwortung und die Last, die dieser Flughafen für uns alle neben den vielen positiven Punkten für uns auch mit sich bringt, ein Stück zumindest geteilt wird.

Wenn der Herr Minister sagt, dass die Landesregierung nach einem strategischen Partner weiter Ausschau hält, ist auch das genau in unserem Sinne, da auch wir das verlangt haben. Ich bin froh darüber, dass das so geschieht.

An der Stelle versichere ich noch einmal: Die CDU und wir als regionale Abgeordnete – Alexander Licht und ich sowie in der Region Bettina Dickes, Anke Beilstein und andere – arbeiten sehr intensiv mit und bleiben auch konstruktiv dabei. Wir sind aber auch ein Stück kritisch. Das ist unsere Aufgabe. Meiner Meinung nach hat das dazu beigetragen, dass der Hahn heute das ist, was er ist.

Wir sind auf das gespannt, was der Herr Minister in den nächsten drei Monaten als Gesamtzukunftskonzept

vorlegen wird. Wir werden in der Region im Hinblick auf die angedachte Entwicklungsgesellschaft – sofern sie kommt und abhängig davon, wie sie kommt, weil sie noch nicht ganz in trockenen Tüchern ist – aktiv unseren Beitrag dazu leisten, dass es mit dem Hahn weiter vorwärtsgeht. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass wir zu wirtschaftlichen Ergebnissen kommen, damit der Hahn, die dortigen Arbeitsplätze und die Menschen in der Region eine gute Zukunft haben werden.

Herrn Kollegen Mertes bitte ich abschließend, zu einem Miteinander in dieser Frage zurückzukehren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Stunde abgehandelt.

Bevor wir in die zweite Runde gehen, darf ich ganz herzlich Herrn Generalmajor Gerhard Stelz begrüßen. Er ist der Befehlshaber des Wehrbereichs II. Er ist zu seinem Antrittsbesuch zu unserem Präsidenten, Herrn Joachim Mertes, gekommen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Honorarchaos im Gesundheitssystem – Ärzteversorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet?“ auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3074 –

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Rheinland-Pfalz – das freut mich sehr – Einigkeit darüber, dass unser Gesundheitssystem sozial und solidarisch bleiben muss. Es ist auch erfreulich, dass wir eine gute medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz in den Städten haben. Auf dem flachen Land häufen sich aber die Probleme. Die Ärzteversorgung ist dort sehr unterschiedlich.

Zu den Problemen, die sich häufen, zählt beispielsweise – das ist das Ergebnis einer Kleinen Anfrage –, dass im Donnersbergkreis in den Jahren 2005 bis 2007 elf Allgemeinmediziner weggegangen sind und nur drei dazukamen. Das bedeutet ein Delta von acht Ärzten im Donnersbergkreis. In vielen anderen Kreisen sieht es ähnlich aus. Das muss uns Gedanken machen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz Krankenhäuser, in denen das Personal Gehaltsverzicht übt, damit das Krankenhaus keine roten Zahlen schreibt. Wir haben massive

Rekrutierungsprobleme bei deutschsprachigen und deutschen Ärzten für die Ambulanz und für den stationären Bereich.

Meine Damen und Herren, weshalb haben wir diese Probleme? Weil wir generell ein Nachwuchsproblem in der Medizin haben. Nur ca. 40 % der Jungen und Mädchen, die mit dem Studium starten, gehen nachher in die direkte ärztliche Versorgung. Nur 40%! Das ist ein dramatischer Wert.

Meine Damen und Herren, das hängt mit der von diesen Menschen so empfundenen Inattraktivität des ärztlichen Berufs zusammen. Das hängt auch mit der Honorarsituation zusammen. Damit sind wir beim Thema.

Die Landesregierung hat – auch aufgrund des Druckes durch Ärztedemonstrationen – das Versprechen abgegeben, die Honorarsituation deutlich zu verbessern, um die Niederlassungsattraktivität zu verbessern. Sie hat versprochen, ein transparenteres System der Honorierung einzuführen und die Budgetierung zu beenden.

Die Landesregierung trägt in dieser Frage eine hohe Verantwortung; denn der seinerzeitige SPD-Bundesvorsitzende hat uns an dieser Stelle immer wieder deutlich gemacht, dass er ganz persönlich in nächtelangen Sitzungen und in direkten Gesprächen mit der Kanzlerin Einfluss genommen hat. Auch die Zustimmung des Landes im Bundesrat spricht für diese Verantwortung. Es hieß, in den ambulanten Bereich gingen 2,5 Milliarden Euro zusätzlich.

Das wurde von der Landesregierung sehr hoffnungsfroh auf einen Honorarzuwachs von 10 % bis 20 % hochgerechnet. Das ist sehr viel. Es wurden also erhebliche Hoffnungen geweckt. Die kritischen Fragen, die wir aus der Opposition heraus gestellt haben, wurden mehr oder weniger weggewischt. Zum Teil wurden Nachfragen sogar ins Lächerliche gezogen.

Meine Damen und Herren, jetzt ist die Honorarreform da. Was haben wir? Ein Riesenchaos. Fast die Hälfte der Ärzte hat Widerspruch gegen die Bescheide eingelegt. Das jetzige Honorierungssystem transparent zu nennen, ist ein Witz. Kompliziertes ist noch sehr viel komplizierter geworden. Ein Ende der Budgetierung ist natürlich nicht gegeben. Die Sachen haben nur einen anderen Namen bekommen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Dass diese Situation – ich höre schon die erwarteten Einwände des Ministerpräsidenten – der Landesregierung und auch der bundespolitischen Verantwortung zur Last gelegt wird, will man nicht wahrhaben. Man sagt, das sei auf das Versagen der Selbstverwaltung zurückzuführen.

(Ministerpräsident Beck:
Das ist die Aufgabe!)

Die Kassenärztliche Vereinigung hingegen sagt, das seien die Auflagen der Bundes-KV. Die Bundes-KV sagt,

das sei auf die Gesundheitsreform zurückzuführen. Herr Ministerpräsident, da schließt sich der Kreis.

(Ministerpräsident Beck: Da sind die 2,5 Milliarden Euro – – –)

Das kann ich Ihnen auch an Ihrem Geburtstag nicht ersparen. Es muss die politische Verantwortung dafür übernommen werden, die Kassenärztliche Vereinigung in Form einer Zentralisierung an die Kandare zu nehmen, die die Ärzteschaft nicht will, dafür gesorgt zu haben, dass sich die Ärzteschaft in der Kassenärztlichen Vereinigung nicht mehr vertreten fühlt, von 2,5 Milliarden Euro und 10 % bis 20 % – ich kann das zitieren – Honorarzuwachs zu sprechen, aber dann diese Katastrophe ausgelöst zu haben.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Weitere Ausführungen werden im zweiten Teil folgen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Als nächster Rednerin darf ich Frau Kollegin Grosse das Wort erteilen.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Schmitz, das kann ich Ihnen jetzt aber nicht ersparen: Allein der Titel dieser Aktuellen Stunde „Honorarchaos im Gesundheitssystem – Ärzteversorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet?“!

(Dr. Schmitz, FDP: Frau Grosse, diesen Titel haben wir nie gewählt! Fragen Sie bei der Landtagsverwaltung nach! Der Präsident hat richtig zitiert! Vielleicht wiederholt er das noch einmal!)

– Ich weiß jetzt nicht, wer sich das wie ausgedacht hat. So lautet aber der Titel Ihrer Aktuellen Stunde.

Ich weiß nicht, wie es funktionieren kann, wenn man es nicht einreicht, dass es dann so draufsteht. Das verstehe ich jetzt nicht.

Der Titel der Aktuellen Stunde heißt so, wie ich ihn eben genannt habe.

(Schreiner, CDU: Eben nicht!)

Meine Damen und Herren, damit trägt man dann zur Verwirrung bei. Lassen Sie mich darauf eingehen, was Herr Dr. Schmitz gesagt hat.

(Creutzmann, FDP: Das ist besser!)

Warum haben wir eigentlich diese Honorarreform, meine Damen und Herren? Es geht darum, die vertragsärztlichen Leistungen grundsätzlich mit festen Preisen zu

vergüten. Herr Dr. Schmitz, darauf sind Sie vorhin eingegangen.

Wir haben jetzt die Eurogebührenordnung. Das ist gut so, meine Damen und Herren. Wir haben eine Überarbeitung der EBM. Auch das ist gut so, meine Damen und Herren. Das ist ein großes Ziel des GKV-WSG gewesen. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Die Kalkulierbarkeit der Ärztinnen und Ärzte in Bezug auf ihr Einkommen ist erheblich größer geworden. Auch das begrüßen wir.

Herr Dr. Schmitz, wenn Sie davon sprechen, dass die Landesregierung Versprechungen abgegeben hat, die sie nicht gehalten hat, dann sage ich: Weit gefehlt, die Landesregierung hat versprochen und gehalten. Dafür möchte ich ausdrücklich dem Ministerpräsidenten und der Ministerin danken.

Wir haben in Rheinland-Pfalz Zuwächse von 8,6 % zu verzeichnen, was die Honorarvergütung der Ärztinnen und Ärzte betrifft.

(Beifall der SPD)

Das bedeutet in Zahlen 112 Millionen Euro. Das wiederum bedeutet im Schnitt – ich weiß, es ist ein bisschen schwierig, was die Durchschnittswerte betrifft – eine Steigerung für die 6.700 Ärzte, die in Rheinland-Pfalz tätig sind, von 17.000 Euro.

(Beifall bei der SPD – Dr. Schmitz, FDP: Was?)

– Nichts „was“. Es gibt eine Steigerung im Schnitt von 17.000 Euro.

Meine Damen und Herren, wir haben bundesweit nicht 2,6 Milliarden Euro, sondern nahezu 3 Milliarden Euro mehr als Vergütung für die niedergelassenen Ärzte. Dass die Aufgabe der Verteilung und der Honorare eine Aufgabe der Selbstverwaltung ist, haben Sie eben auch angesprochen.

Meine Damen und Herren, wie die Honorare verteilt werden, ist zunächst auf Bundesebene und dann auf Landesebene von der Selbstverwaltung der Kassenärztlichen Vereinigung festgelegt worden.

Nun gab es in Rheinland-Pfalz ein paar Schwierigkeiten, weil die Kassenärztliche Vereinigung und die Kassen sich nicht ha-ben einigen können. Das ist tatsächlich ein schwieriger Punkt gewesen, weil dort die regionalen Bezüge nicht angemessen bewertet werden konnten.

Das wird jetzt revidiert und geändert. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines eindeutig sagen: Auf die Selbstverwaltung kann das Gesundheitsministerium nicht einwirken. Warum auch? Es ist eben Aufgabe der Selbstverwaltung. Es ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung.

Ich halte es auch nicht für redlich, wenn wir dieses Thema ausführlich im Ausschuss besprechen, die Ministerin

ausführlich darauf Bezug genommen hat, was wir im Einzelnen gefragt haben,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Dr. Schmitz, FDP: Keine Zahlen!)

wir ausdrücklich übereingekommen sind, welche großen Leistungen die Ministerin in Bezug auf die Honorarsteigerungen in Rheinland-Pfalz für die niedergelassenen Ärzte bundesweit erwirken konnte

(Dr. Schmitz, FDP: War es vielleicht eine andere Sitzung?)

– nein – und wir dann eine solche Aktuelle Stunde vorfinden, Herr Dr. Schmitz.

Lassen Sie mich eines noch sagen: Die Kassenärztliche Vereinigung hat jetzt auch, was das Regelleistungsvolumen angeht, Simulationsrechnungen angeboten, ebenso wie eine Hotline, um diese Missverständnisse, die tatsächlich vorhanden waren, zu beheben.

Das heißt, viele Ärzte sind davon ausgegangen, dass dieses Regelleistungsvolumen alles ist, worauf sie sich beziehen können. Das ist nicht so.

Es gibt weitere Leistungen, die außerhalb des Regelleistungsvolumens berechnet und angerechnet werden können. Es gibt Simulationsrechnungen von der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese besagen, dass es zum Teil für die Praxen eine 50 %ige Steigerung außerhalb der Regelleistungsvolumina gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich glaube das ist ein wichtiger Punkt, auf den wir hier hinweisen müssen. Ich glaube, wenn wir die ersten Missverständnisse aus dem Weg geräumt haben, sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich will ganz kurz auf Folgendes hinweisen, eine Klarstellung von unserer Seite. Die FDP hat am 3. Februar eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Honorarchaos im Gesundheitssystem – Ärzteversorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet?“ beantragt.

(Frau Grosse, SPD: Hört! Hört!)

Genau mit diesem Rubrum ist der Antrag hier eingegangen und so weitergegeben worden.

(Dr. Schmitz, FDP: Das war der erste Teil!)

Ich wollte das nur der Ordnung halber sagen.

Ich glaube, jetzt können wir in der Tagesordnung weitergehen. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie der Titel heißt, ist völlig egal, die Probleme sind die gleichen.

(Dr. Schmitz, FDP: Sehr gut!)

Es geht um die Probleme. Wir diskutieren hier nicht über Überschriften, sondern es geht um Probleme.

Frau Grosse, das ist wieder ein typischer Reflex. Ich wiederhole mich, ich weiß. Es gibt keine Probleme, laut SPD und Landesregierung. Es gibt keine Probleme.

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Es ist alles wunderbar. Bei uns stapeln sich die Zuschriften von niedergelassenen Ärzten wirklich häufchenweise. Man kann sie gar nicht mehr alle beantworten, aber die SPD sagt, es gebe keine Probleme.

Jetzt noch einmal zur Sache. Es ist ein bisschen komplizierter. Das Hauptproblem ist, es sind Erwartungen geweckt worden, die bei Weitem nicht erfüllt werden können.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP –
Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Ich möchte ein Zitat vom 2. April 2008 auf dem Ärztetag, der im Schloss stattgefunden hat, von Ministerpräsident Beck nennen: „Die Reform wird die Qualität der Gesundheitsversorgung der Versicherten verbessern. Die Ärztinnen und Ärzte können künftig noch mehr auf den Behandlungsbedarf ihrer Patienten eingehen und können zusätzliche Leistungen erbringen. Dafür werden sie auch zusätzlich honoriert.“

(Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Ab 2009 kann ein niedergelassener Arzt bis zu 10 % und mehr an Einkommenssteigerungen erwarten.“ Originalzitat von damals.

Das trifft bei den Ärzten nicht zu. Wir müssen einmal davon wegkommen, von Durchschnittswerten zu reden.

Ich möchte Ihnen einmal die Situation nennen. Natürlich gibt es die eine oder andere Gruppe, die mehr bekommt als in der Vergangenheit. Richtig ist aber auch, dass die Mehrzahl weniger bekommt. Das ist der Punkt.

(Beifall der CDU –
Frau Grosse, SPD: Das stimmt nicht!)

Deswegen gibt es diese Riesenbeschwerden.

Ich kann aufgrund der Zeit nicht auf alle Punkte eingehen. Es gibt nach meinem Dafürhalten drei Probleme, die bei der ganzen Reform nicht gelöst worden sind:

1. Es hat überhaupt keine Konvergenzphase gegeben. Im Krankenhausbereich haben wir eine Konvergenzpha-

se gehabt, im niedergelassenen Bereich überhaupt nicht, weil die Struktur der Praxen draußen sehr unterschiedlich ist.

2. Die regionalen Besonderheiten und die Individualität einer Praxis, auch über die Regelleistungsvolumina, sind völlig weggefallen. Über die Verteilung der Regelleistungsvolumina kann man sicherlich vortrefflich streiten. Das kann vielleicht im zweiten Teil noch einmal gesagt werden.

3. Ich möchte Ihnen nur noch einmal etwas zu den durchschnittlichen 17.000 Euro sagen. Die Kassenärztliche Vereinigung hat auch Berechnungen gemacht für die Rückstellungen, die gemacht werden müssen. Dafür sind pro Arzt in Rheinland-Pfalz jeweils 17.000 Euro notwendig. Das, was an Mehrverdienst dort eintrifft, muss schon als Rückstellung wieder irgendwo anders eingestellt werden, um die Mehrleistung letztendlich zu bezahlen. Das heißt, das ist ein „linke Tasche, rechte Tasche“-Beispiel.

Ich möchte ein Beispiel bringen, wie die Situation wirklich aussieht.

(Frau Anklam-Trapp, SPD: Finden Sie es nicht?)

– Doch, ich finde es sehr wohl. Ich kann nur in der Zeit nicht alles vortragen, um Ihnen einmal deutlich zu machen, wie viele Ärzte Verluste von den Regelleistungsvolumina zwischen 10 % und 20 % hinnehmen müssen.

Diese Mehrverdienste kann bei Weitem nicht jede Praxis anbieten. Das sind bestimmte Gruppen, die über diese Regelleistungsvolumina hinausgehen. Aber die meisten bewegen sich in den Regelleistungsvolumina. Es gibt dabei noch einen erheblichen Unterschied zwischen Hausarzt- und Facharztbereich. Ich werde gleich im zweiten Teil die Zahlen noch konkret nachliefern.

Auf jeden Fall steht eines fest:

1. Was versprochen worden ist oder was die Menschen sich erhofft haben, ist nicht angekommen. Das ist eindeutig.

2. Es sind deutliche Verlierer in dem neuen Prozess zu finden, obwohl das Geld zusätzlich zur Verfügung gestellt worden ist.

3. Es gibt jede Menge Probleme, gerade im ländlichen Bereich, die dann auch Auswirkungen auf die ärztliche Besetzung haben.

Der wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang ist vielleicht, gerade die kleinen Praxen, die Ein-Mann-Praxen, schneiden bei dieser Entwicklung schlechter ab. Größere Praxen kommen eher zurecht. Man kann sich einmal überlegen, welcher politische Hintergrund dem zugrunde liegt. Ich behaupte, das Gesundheitsministerium ist weiterhin auf dem Weg, die freie Ärzteschaft auszublitzen und alle Ärzte zu Angestellten zu machen. Genau das ist doch der Weg. Wir haben Regelleistungsvolumina, bei denen feste Gelder gezahlt werden, und vor diesem Hintergrund fragt sich ein Arzt, weshalb er sich überhaupt noch selbstständig machen soll.

Abschließend kann ich Ihnen doch noch die Zahlen präsentieren. Bezogen auf die Regelleistungsvolumina und unter Zugrundelegung eines fiktiven Fallwertes stellt sich die Entwicklung im Zeitraum von 2008 bis 2009 wie folgt dar:

Die Hausärzte verlieren 10,1 %, die Chirurgen 2,3 %, die Gynäkologen 6,3 %, die HNO-Ärzte 14,4 %, die Hautärzte 10,9 %, die Kardiologen 11,2 % und die Nervenärzte 8,4 %.

Es gibt auch einige positive Entwicklungen:

Die Augenärzte gewinnen 2,1 %.

(Glocke der Präsidentin)

Ich kann sie aus Zeitgründen nicht mehr alle aufführen. Aber es gibt einen riesengroßen Unmut, und die Probleme sind da. Vor diesem Hintergrund zu sagen, alles sei gut und alle bekämen mehr, ist wirklich weltfremd.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren und Damen! Herr Dr. Schmitz, ich weiß nicht, welches Wort ich wählen soll, aber es ist ziemlich unseriös, was Sie heute gesagt haben. Bei Herrn Dr. Rosenbauer fehlt mir manchmal regelrecht die Fantasie, was ich darauf überhaupt noch antworten soll.

(Beifall der SPD)

Ihre Worte sind immer die gleichen: „Sie tun immer gerade so, als hätten wir kein Problem.“ – Das ist einfach unglaublich, insbesondere nach der letzten Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses. Ich gehe darauf gleich noch im Detail ein.

Herr Dr. Schmitz, was Sie sagen, ist deshalb unseriös, da weder Herr Ministerpräsident Beck noch ich jemals behauptet haben, wir würden ein neues Honorarsystem einführen. Was soll denn dieser Käse? – Wir wissen doch ganz genau, dass die Selbstverwaltung dafür zuständig ist, und wir haben auch immer gesagt, dass wir verstehen, was bei der Ärzteschaft los ist. Wir kämpfen für mehr Geld – das haben wir beide auch intensiv getan –, und wir kämpfen für eine neue Honorarreform.

(Beifall der SPD –

Ministerpräsident Beck: Das ist wirklich unglaublich!)

Aber wir haben nie behauptet, wir seien diejenigen, die die Honorarreform machen. Im Gegenteil! – Wir waren

diejenigen, die entgegen vieler Strömungen innerhalb der SPD, die immer davon gesprochen haben, die Kassenärztlichen Vereinigungen zu zerschlagen, immer an der Selbstverwaltung festgehalten haben. Wir wollten die Selbstverwaltung nicht in dem Sinne entmachten, dass sie nicht mehr für ihr eigenes Honorarsystem zuständig ist, sondern wir haben uns im Gegenteil dafür eingesetzt, dass die Selbstverwaltung dies auch in Zukunft tut.

(Dr. Schmitz, FDP: Aber die KV-Zentralisierung! Was sagen Sie dazu?)

– Sehr geehrter Herr Dr. Schmitz, die Zusammenführung der Kassenärztlichen Vereinigungen ist etwas ganz anderes, als die Selbstverwaltung insgesamt nicht zu wollen. Die Fusion ist eine gemeinsame Aktion gewesen, die wir auch damals unterstützt haben. Ich habe diese Fusion mit unterstützt. Aber dies ist etwas anderes, als davon zu sprechen, wir hätten das Honorarsystem eingeführt oder wollten gar die Kassenärztliche Vereinigung nicht. Das ist einfach ein Unterschied. Es ist nicht seriös, dies einfach so zu vermischen und so zu tun, als sei es dasselbe.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist, wir waren erfolgreich. Ich gehe auch noch einmal auf das Geld ein. Wir haben in Rheinland-Pfalz 112 Millionen Euro mehr, und selbst die Ärzte können dieses Geld nicht einfach fressen. – Ich sage es einmal ganz provokativ. Dieses Geld ist bei den Ärzten. Herr Dr. Rosenbauer, es ist nicht so, wie Sie sagen, dass angeblich kein Mensch weiß, wo das Geld ist. Natürlich ist dieses Geld bei den Ärzten.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das habe ich nicht gesagt! Nehmen Sie es bitte zurück, das habe ich so nicht gesagt! Es ist unglaublich!)

Auf die Verteilungsproblematik werde ich gleich noch einmal eingehen.

Wir haben 8,6 % erreicht. Ich denke, das ist nicht schlecht, wenn man sieht, wie viel Geld das ist. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, dass die FDP so gut wie keine gesundheitspolitische Debatte auslöst, um gleichzeitig zu sagen, dass die Beiträge für die Krankenversicherung zu hoch sind. 3 Milliarden Euro oder 2,5 Milliarden Euro mehr für die Ärzte müssen schließlich auch finanziert werden.

Ich bekunde auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ganz offen, dass mehr Beiträge erforderlich sind, da wir sowohl im Krankenhaus als auch bei den Ärzten mehr Geld brauchen. Ich rechtfertige das, und ich stehe auch dazu. Ich finde auch, es ist richtig, dass wir das tun, und man kann es heute nicht so darstellen, als wäre es nichts. Das ärgert mich auch maßgeblich.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig anzusprechen. Ich bin nicht die Selbstverwaltung. Ich sage dies auch noch einmal ganz bewusst an die Adresse der Ärzte in unseren Reihen im Parlament. Ich bin nicht die Selbstverwaltung, und ich kann auch nicht jeden Bescheid, den die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz erlässt, im

Detail erklären. Ich werde mir auch nicht die Mühe machen, das irgendwann einmal zu tun. Das ist nämlich nicht meine Aufgabe.

(Beifall der SPD)

Die Selbstverwaltung hat aus meiner Sicht inzwischen sehr gut reagiert. Bei uns herrscht auch kein Chaos. Es gab in den ersten Wochen ein ziemliches Chaos, das muss man sagen, und es war auch nicht richtig, dies der Politik in die Schuhe zu schieben. Die Politik hat sich für mehr Geld und ein neues Honorarsystem eingesetzt. Dieses Honorarsystem wurde von der KBV und dem Spitzenverband der Krankenkassen, unterstützt durch Herrn Professor Dr. Wasem, entwickelt. Es ist nicht fair und auch nicht seriös, so zu tun, als seien Einzelteile des Honorarsystems uns zuzuordnen.

(Beifall der SPD)

Die Eckpunkte sind von den Spitzenverbänden und der KBV entwickelt worden, und es ist doch selbstredend, dass Ärzte und Krankenkassen möglicherweise auch unterschiedliche Meinungen in einem solchen Gremium vertreten. Es ist selbstredend, dass in diesem Gremium unterschiedliche Sichtweisen zusammengebracht werden müssen und eine Honorarreform am Ende vielleicht aus Sicht der Ärzte einen Kompromiss darstellt, da nicht alles, was sie wollen, seitens der Krankenkassen bezahlt wird. Das ist doch selbstverständlich. Aber das kann man doch – bitte schön – nicht der Politik vor die Füße werfen. Das ist einfach nicht die richtige Adresse in diesem Fall.

(Beifall der SPD)

Ich komme nun zu Herrn Dr. Rosenbauer. Sie haben gesagt, das Geld sei nicht angekommen; das habe ich aufgeschrieben. Ihre immer wieder aufgestellte Behauptung, die SPD – sprich, die Gesundheitsministerin – wolle die freie Ärzteschaft abschaffen, finde ich nicht nur nicht seriös, sondern dies empfinde ich sogar schon als Anmaßung. Was soll das? Ich habe schon – ich weiß nicht, wie oft – betont, dass wir gerade in einem ländlich strukturierten Land wie Rheinland-Pfalz absolut auf die doppelte Facharztschiene angewiesen sind und wir die Fachärzte und selbstverständlich auch die Hausärzte im ländlichen Bereich brauchen. Das ist meine ganz persönliche Überzeugung. Deshalb ist es einfach vollkommen neben der Sache, so etwas zu behaupten. Es entspricht nicht der Realität und auch absolut nicht meiner Meinung.

(Beifall der SPD)

Ich habe vorhin schon gesagt, die Wogen haben sich inzwischen etwas geglättet. Schließlich ist es ein neues Honorarsystem, und auch die Kassenärztliche Vereinigung hat vor sehr großen Herausforderungen gestanden, was die Verteilung dieses Geldes betraf. Inzwischen sind viele Probleme ausgeräumt worden, aber dennoch muss man sagen, natürlich gibt es Ärzte, die bevorteilt sind, und es gibt andere, die ein bisschen das Nachsehen haben. Das Nachsehen erklärt sich deshalb, weil wir in wenigen Bereichen in Rheinland-Pfalz weit über dem Bundesdurchschnitt lagen, was die Honorarie-

zung betraf. Das ist ein Problem, und diese Ärzte müssen nun natürlich mit der Situation umgehen, dass sich dies verändern wird.

Ein anderer Punkt ist aber, dass wir viele Ärzte haben, die von diesen 112 Millionen Euro profitieren. Ich sage noch einmal, die Ärztinnen und Ärzte haben zu Beginn fälschlicherweise angenommen, dass der Bescheid über das Regelleistungsvolumen tatsächlich der Gesamtverdienst der Ärzte sei. Dies ist natürlich nicht der Fall.

Das ist natürlich nicht die alleinige Einnahmequelle, sondern es gibt darüber hinaus zahlreiche Leistungen, die bewusst außerhalb des Regelleistungsvolumens gewährt werden. Dies sind beispielsweise Präventions-, Labor- und Wegegeelder, Gelder für Notfälle und Bereitschaftsdienst usw. All dies sind Leistungen mit festen Preisen und ohne Mengensteuerung. Das gehört natürlich dazu.

Herr Dr. Rosenbauer hat darauf hingewiesen, die Kassenärztliche Vereinigung hat wegen der Vorwegvergütung und der Härtefälle Rückstellungen gebildet, die extrem hoch waren. 56 % der Gesamtgelder wurden als Rückstellungen gehalten. Dies ist inzwischen seitens der Kassenärztlichen Vereinigung korrigiert worden. Es gibt Bundesländer, deren Rückstellungen gerade einmal 10 % bis 15 % betragen. Bei uns sind es 56 %. Dies ist eine Unmasse von Geld, die aus diesem Gesamtvergütungsvolumen zurückgehalten worden ist.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Dafür gab es aber eine Ursache! Sagen Sie bitte, warum das so war! –
Dr. Schmitz, FDP: Sind die zu dumm, das hinzubekommen?)

– Herr Dr. Schmitz, ich sage das nicht. Ich sage nur, die Kassenärztliche Vereinigung war verpflichtet – und das hat sie auch richtig gemacht –, im November vorläufige Bescheide zu verschicken. Man muss doch einfach einmal einräumen, auch die Kassenärztliche Vereinigung war mit einem ganz neuen System konfrontiert.

Sie konnten auch nicht abschließend abschätzen, was das alles bedeutet. Sie können selbst jetzt nach einem Vierteljahr nicht abschätzen, wie viel Rückstellungen sie am Ende wirklich brauchen.

(Dr. Schmitz, FDP: Genau, das sagen wir ja!)

– Herr Dr. Schmitz, es gibt aber kein Bundesland in der ganzen Bundesrepublik, bei dem man über die Hälfte der Vergütung für Rückstellungen zurückgehalten hat. Das braucht man auch nicht. Das sieht die Kassenärztliche Vereinigung jetzt auch ein und hat deshalb korrigiert. Sie hatten unheimlich viele Widersprüche. Die Kassenärztliche Vereinigung versichert uns heute, dass sie, nachdem dies alles etwas stärker geklärt ist, in der Lage ist, dem ganz überwiegenden Anteil aller Widersprüche im positiven Sinne abzuwehren.

Ich möchte auch noch sagen, der Zeitrahmen war besonders eng. Deshalb kann man jetzt nur mit Hochdruck an diesen Korrekturen arbeiten. Ich möchte aber noch einmal betonen, nicht ich, sondern die Kassenärztliche Vereinigung.

Es gibt inzwischen auch eine Konvergenzphase. Das ist kritisiert worden. Der gemeinsame Bundesausschuss hat sich noch einmal getroffen und hat gesagt, um regionale Verwerfungen ausgleichen zu können, wurde jetzt eine Konvergenzphase eingeräumt. Aber die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass sie das überhaupt nicht in Anspruch nehmen muss, sondern sie das jetzt, nachdem etwas Licht in das Ganze gekommen ist, über Praxisbesonderheiten oder ähnliche Dinge bereinigen kann.

Nichtsdestotrotz begrüße ich, dass man über eine Konvergenzregelung eine größere Flexibilität hat.

Ich komme jetzt noch einmal zum Abschluss zu unserer Rolle. Wir haben uns politisch immer für eine bessere Vergütung und für ein besseres Honorarsystem eingesetzt. Wir sind seit Anfang Dezember rund um die Uhr im intensivsten Kontakt mit der Kassenärztlichen Vereinigung wegen dieser ganzen Unklarheiten. Wir haben in vielen Fällen, in denen es Schwierigkeiten gab, zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen moderiert. Das machen wir auch diesmal wieder.

Es gibt zwei Bereiche, bei denen wir nicht so ganz sicher sind, ob das wirklich aufgehen kann. Es wird jetzt in Kürze ein Gespräch mit dem Staatssekretär, den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung stattfinden, um diese Einzelfälle noch zu besprechen, und zwar in Moderation unseres Hauses.

Ich sage aber auch noch einmal ganz klar, ich glaube, man muss noch etwas Geduld haben. Ich wundere mich, mit welcher Gewissheit Sie heute schon das Honorarsystem hier beurteilen. Aus meiner Sicht ist es wirklich transparenter. Man braucht aber ein bisschen Zeit. Das Regelleistungsvolumen hat feste Punktwerte. Es gibt keine floatenden Punktwerte mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Das war einer der wichtigen Punkte. Nichtsdestotrotz muss man natürlich Regelleistungsvolumina festlegen. Das macht die Kassenärztliche Vereinigung. Sie wird Routine entwickeln. Sie kann noch keine Routine dabei haben. Das heißt, ich glaube, in einem Jahr können wir ernsthaft darüber debattieren, ob es wirklich etwas gebracht hat oder nicht. Ich bin davon überzeugt, dass das neue Honorarsystem wirklich sehr viel besser und sehr viel transparenter ist.

Ich bitte Sie herzlich, nicht in dieses Credo hinein zu verfallen. 100 Millionen Euro sind nichts. Ich glaube, dass die Ärztinnen und Ärzte in Rheinland-Pfalz zufrieden sein können und die wenigen Konfliktfälle, die es noch gibt, auch ausgeräumt werden können.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse der

Realschule in Germersheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um drei Themen. Mir war der Titel auch deshalb so wichtig, weil es in erster Linie um die Patientenversorgung in der Fläche geht und in zweiter Linie um die Probleme, die die Ministerin eingeräumt hat, nämlich das Chaos im Honorarsystem, das wir zurzeit noch haben.

(Pörksen, SPD: Was heißt hier „eingeräumt“?)

Ich danke Ihnen, dass sie darauf eingegangen sind, dass Sie hoffnungsfroh vom nächsten Jahr sprechen. Dann sehen wir weiter. Zurzeit haben wir und in den letzten Wochen hatten wir eine katastrophale Situation.

Frau Kollegin Grosse, das, was Sie gesagt haben, ist an Schönrednerischem nicht mehr zu übertreffen. Das grenzt für mich an das Zynische. Zu behaupten, die Arztpraxen hätten im Schnitt 17.000 Euro zusätzlich, vermittelt das Bild, jeder Arzt bekommt 17.000 Euro zusätzlich. Das ist eine Unverschämtheit. Die Ministerin hat klargestellt, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Auch zu diesen Verlierern müssen Sie etwas sagen. Das ist das Gegenteil von Attraktivitätssteigerung.

(Beifall der FDP und des Abg. Dr. Enders, CDU)

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um Honore bei dem, was der Ministerpräsident immer wieder betont hat. Es geht um Honorare, um eine Transparenzverbesserung und um das Ende der Budgetierung.

Zu den Honoraren habe ich einiges gesagt. Wie steht es um die Transparenz? Frau Kollegin Grosse, dass wir diese Aktuelle Stunde beantragt haben, hängt damit zusammen, dass wir im Sozialpolitischen Ausschuss viele Antworten gar nicht bekommen haben. Ich unterstelle der Ministerin nicht, dass sie sich nicht redlich bemüht. Aber ich halte fest, dass die Ergebnisse nicht so sind, dass man damit zufrieden sein kann. Das Gegenteil von Transparenz ist geschaffen worden.

Frau Ministerin, das von Ihnen jetzt so hoch gelobte Honorarsystem beendet auch die Budgetierung nicht. Das ist doch eine Mogelpackung. – das kennt man von Hütchenspielen –, zu behaupten, die Budgetierung sei beendet. Wir haben erstens, zweitens, drittens ein Regelleistungsvolumen. Dieses wird jedes Quartal neu berechnet. Dann haben wir extrabudgetäre Sonderleistungen, die sie benannt haben.

(Glocke der Präsidentin)

Diese sind nicht budgetiert, führen aber dazu, dass alles andere, was an Umsätzen erfolgt – ich komme zum Schluss –, wieder einer Budgetierung unterliegt, diesmal in verfallenden Eurowerten.

Zur geschmacklichen Abrundung: Das Regelleistungsvolumen schöpfen Sie nur aus, wenn Sie 5 % mehr Arbeit als in der Vergangenheit bringen. Auch das sollte hier gesagt werden.

Danke sehr.

(Beifall der FDP und des Abg. Dr. Enders, CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Kollegin Grosse das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Schmitz, bei aller Hochachtung, wenn Sie mir aber vorwerfen, es sei geradezu zynisch, was ich hier vorbringen würde, so habe ich da wirklich Interpretationsschwierigkeiten.

Natürlich gibt es auch Verlierer. Es gibt Schwierigkeiten, es gibt Missverständnisse. Aber ich habe ausdrücklich auch gesagt, dass die Kassenärztliche Vereinigung dabei ist, das nachzubessern.

Nun sind Sie in einer Situation, die verhältnismäßig komfortabel ist, weil Sie auf Bundesebene und auch auf Landesebene in einer Ecke stehen und sagen: Alles, was Ihr da macht – übrigens in einer Großen Koalition, Herr Dr. Rosenbauer, nur dass wir daran noch einmal erinnern –, ist Quatsch.

(Dr. Schmitz, FDP: Richtig!)

– Okay. Das ist Ihre Auffassung. Diese ist dann zumindest ehrlich und wird auf Bundes- und Landesebene so vertreten, weit weg von dem, was ich denke, aber wenigstens ist sie in sich schlüssig.

Dann komme ich zur CDU.

(Harald Schweitzer, SPD: Oje!)

Es ist schon verrückt, dass sich Herr Dr. Rosenbauer hierhin stellt und gegen eine Reform wettet,

(Dr. Rosenbauer, CDU: Habe ich gar nicht!)

die wir auf Bundesebene gemeinsam beschlossen haben. Da verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Herr Baldauf steht gestern hier und sagt wörtlich zum Gesundheitsfonds, er sei eine Erfindung der Kanzlerin, die wir, die SPD, mitgetragen hätten, damit wir den morbiditätsbezogenen Risikostrukturausgleich mit in die Reformen hineinbekommen. Herr Baldauf sagt: Wir haben ihn nicht gewollt. –

Er hat dies wörtlich so gesagt: Wir haben ihn nicht gewollt. – Eine größere Diskrepanz zwischen Bundes- und Landespolitik kann ich mir überhaupt nicht vorstellen als

das, was Sie, meine Damen und Herren von der CDU, hier abliefern.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben wir ein Problem, das wir auch im Ausschuss besprochen haben – das sehe ich auch so –, wo es um die Belegärzte geht. Das ist ein Problem. Bei den Belegärzten und deren Vergütung sollte es eine neue Organisation geben. Da hat die CDU-Bundestagsfraktion nachträglich eine Absenkung der Beleg-DRGs um 20 % durchgesetzt.

(Glocke der Präsidentin)

Weil es ein nicht zustimmungspflichtiges Gesetz ist, haben die Länder dort wenig Einfluss. Aber ich finde, vielleicht darf sich der Herr Rosenbauer dazu auch einmal äußern. Das wird die Attraktivität des Arztberufes mit Sicherheit auch nicht steigern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, ich möchte zunächst einmal festhalten, Sie haben am Anfang gesagt, ich hätte irgendwelches komisches Zeug erzählt.

(Ramsauer, SPD: Recht hat sie!)

– Herr Ramsauer, also wirklich, gehen Sie doch noch einmal etwas essen. Das ist einfach besser.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie hier aber ausgeführt, ich hätte die Konvergenzphase angesprochen. Sie haben bestätigt, dass die Konvergenzphase jetzt nachgebessert worden ist.

Ich habe als Zweites die Regelleistungsvolumina angesprochen. Dazu haben Sie sich auch geäußert. Das haben Sie zugegeben. Sie haben inhaltlich zu all den Punkten, die ich genannt habe, in der zweiten Phase Ihrer Rede bestätigt, dass das so ist. Dann weiß ich nicht, warum man sich hier hinstellt und grundsätzlich sagen kann: Sie haben nur Unsinn erzählt. –

Sie haben auch Dinge gesagt, die ich gesagt haben soll. Das Geld wäre einfach so versickert. Das habe ich überhaupt nicht gesagt. Ich habe gesagt, es gibt Verlierer, und es gibt auch in Teilen Gewinner. Dann müssen wir einmal in die Materie ein wenig einsteigen. Man kann nicht immer darüber hinwegreden.

Das Problem ist, dass das Ganze auf das Jahr 2007 aufsetzt.

(Staatsministerin Frau Dreyer: Das wussten Sie vorher schon!)

– Ja, Moment, dann kann ich aber nicht solche Versprechungen machen.

Die Kostensteigerungen im Jahr 2008 gehen von vornherein weg. Das muss man sehen. Alles, was dort beschrieben worden ist, geht weg.

Das Zweite ist Folgendes: Wir wollen, dass die Dinge vorangetrieben werden. Man muss dabei realistisch sein und nicht nur mit der rosaroten Brille schauen.

Sie haben gesagt, Rheinland-Pfalz hat besonders gut abgeschnitten. Diese Dinge sind immer wieder wiederholt worden. Ich habe hier die Liste. Ich kann sie Ihnen gerne vorlesen.

(Staatsministerin Frau Dreyer: Über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder!)

– Ich kann Ihnen auch die westdeutschen Länder vorlesen. Ich weiß das. Zum Beispiel hat Westfalen-Lippe mehr bekommen. Schleswig-Holstein hat auch mehr bekommen. Es kann doch nicht die Diskussion darüber geben, welches Land mehr bekommt. Die Frage ist, wie wir den Arztberuf stärken und den Arzt in der Fläche halten, damit er die Menschen versorgt. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Es geht nicht um die Frage, wie es zwischen den Ländern aussieht, sondern es geht darum, wie jeder vor Ort seinen Beitrag dazu leisten kann, dass die Versorgung gesichert wird. Das ist unsere Aufgabe. Ich glaube, in diesem Bereich ist einiges möglich.

Leider reicht die Zeit nicht, inhaltlich darauf stärker einzugehen. Es ist aller Mühe wert, genau hinzuschauen, warum die Dinge so sind, wie sie sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Ausmaß, Ursachen und Folgen der Bearbeitungsrückstände von Proben im Landesuntersuchungsamt bzw. den Instituten für Lebensmittelchemie des Landes Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/3076 –

Ich erteile Frau Kollegin Schäfer das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Kenntnis davon erlangt, dass es 2007

und 2008 in drei Instituten für Lebensmittelchemie des Landesuntersuchungsamtes Probenrückstände gegeben hat und noch immer gibt. Das ist zum Teil in ganz massiver Form so. Was heißt das? Es gibt einen Bearbeitungsstau bei den vorliegenden Proben. Wir gehen von einem Zeitraum zwischen mindestens sechs Wochen und bis zu einem halben Jahr aus. Wir haben auch Kenntnis über Rückstände von über einem Jahr.

Wir haben das mit Kleinen Anfragen abgefragt. Die Reaktion der Landesregierung war bemerkenswert. Ich sage Ihnen eines: Die Landesregierung drückt sich. Sie zieht sich darauf zurück, dass es angeblich keine Definition von Rückständen gäbe. Es wird bagatellisiert.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus der Kleinen Anfrage: Es kann „wegen unvorhergesehenen apparativen Problemen oder außerplanmäßigen eiligen Proben aus aktuellem Anlass ... immer wieder einmal dazu kommen, dass planmäßig Proben zurückgestellt werden“. – So weit das Zitat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Leiter des Landesuntersuchungsamtes beziffert die Probenrückstände in einem Schreiben an das Ministerium und bestätigt uns damit die Situation, die ich eben genannt habe. Er nennt in einem Schreiben an das Ministerium als Begründung, dass Personal fehlt. Es geht um viel Personal. Aus dem Schreiben geht hervor, dass es um über 114 Stellen geht.

Wir wissen aus verschiedenen anderen zuverlässigen Quellen, dass das so ist. Wir wissen aus den Organigrammen der Institute für Lebensmittelchemie, dass die Einrichtungen in personeller Hinsicht chronisch unterversorgt sind. Man kann nachlesen, dass einige Abteilungen nicht wiederbesetzt wurden. Vielfach steht „N.N.“ für noch nicht besetzt im Organigramm.

Ich habe das kontinuierlich überprüft. Man sieht, dass ständig neue Organigramme mit Umbesetzungen und mit neu geschaffenen Stellen kommen. Diese neu geschaffenen Stellen stehen schon einen Monat später nicht mehr im Organigramm. Es gibt dann eine neue Stelle. Wir gehen davon aus, dass das mit Genehmigung des Ministeriums geschieht.

Meine Damen und Herren, wir wissen von einem hohen Krankheitsstand. Man sollte sich darüber Gedanken machen. Es stellt sich die Frage, ob das mit dienstlicher Überlastung einhergeht.

Der entscheidende Beweis, den ich Ihnen jetzt nenne, ist, dass das Ministerium eine Urlaubssperre verhängt. Ursprünglich sollte sie über Weihnachten gehen, nach Verhandlungen gilt sie ab 5. Januar. Im Landesuntersuchungsamt werden Überstunden angeordnet. Das gilt auch für die drei betroffenen Institute. Bis Mitte Februar sollen alle Probenrückstände beseitigt sein.

(Dr. Wilke, CDU: Hört, hört!)

Es stellt sich die Frage, warum solche drastischen Maßnahmen auf dem Rücken der Mitarbeiter verhängt werden, wenn es angeblich doch kein strukturelles Proben-

rückstandsproblem gibt. Soll ich Ihnen die Antwort sagen? Diese liegt auf der Hand. Es liegt die Vermutung nahe, dass der Missstand vertuscht werden soll.

(Beifall der CDU)

Warum sonst hat man zu einer so kurzfristigen – ich sage, so kurzsichtigen – Maßnahme gegriffen? Das Problem als solches wird damit nicht an der Wurzel gepackt. Das würde nämlich bedeuten, Stellen zu besetzen, Stellen aufzustocken und Organisationsfragen zu klären. Hier wird lediglich mit einer Urlaubssperre und Mehrarbeit reagiert. Das führt dazu, dass es neue Rückstände geben wird. Wir fragen uns, wann Sie diese wieder mit Mehrarbeit und Überstunden abbauen wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es stellt sich weiter die Frage, ob jetzt vielleicht das Probeverfahren verkürzt wird. Was ist, wenn bei den Untersuchungen nur auf einen Teil der Stoffe untersucht wird und andere ausgespart werden, weil dafür vielleicht die Zeit nicht reicht? Gewährt das am Ende Lebensmittelsicherheit?

Gerade heute erhalte ich eine Antwort auf eine Kleine Anfrage zurück. Die Kleine Anfrage erhält die gleiche unglaubliche Antwort der Ministerin, wie sie sie schon im Januar Herrn Kollegen Dr. Axel Wilke gegeben hat. Das war vor unserer Pressekonferenz, bei der wir auf die Missstände aufmerksam gemacht haben.

(Glocke der Präsidentin)

Wir gehen davon aus, dass das im Ministerium bekannt war. Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Sie über die Zustände bzw. Missstände informiert sind. Wenn das nicht so ist, stelle ich mir die Frage, warum Sie das nicht interessiert.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Kollegin Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lebensmittelüberwachung stellt einen wichtigen Bereich des Verbraucherschutzes dar. Das ist sicher unumstritten. Hierzu gab es schon in der Vergangenheit ein Bündel an Maßnahmen, um dies sicherzustellen. Dazu gehört unter anderem die Umstrukturierung durch die Zusammenführung der Untersuchungsämter in ein Landesuntersuchungsamt und die regelmäßige Bewilligung von neuen Stellen im Haushalt, für die ich mich z. B. im Jahr 2004 als Verbraucherschutzpolitische Sprecherin stark gemacht habe. Meine Fraktion hat mich dabei unterstützt.

Frau Schäfer, außerdem lassen Sie völlig außer Acht, dass es neue Technologien zur Erweiterung des Analysespektrums gibt, die eine genauere und schnellere

Analyse erlauben. Allein im Bereich Lebensmittelkontrolle sind 340 Personen beschäftigt. Dadurch wird einer guten Koordination und Information der Lebensmittelüberwachung Rechnung getragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

So werden bei eventuellen Problemen die Verbraucherinnen und Verbraucher schnell und umfassend informiert. Es gibt außerdem, angesiedelt in den Kreisen und kreisfreien Städten, die, wie Sie wissen, unmittelbar vor Ort für die Lebensmittelkontrolle zuständig sind, 98 Lebensmittelkontrolleure und 34,5 Stellen für Veterinäre, was nicht immer statistisch aufgeführt wird.

So wurden 2007 z. B. 21.147 Proben genommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

– Hören Sie bitte einmal zu und reden Sie nicht immer dazwischen.

Davon wurden knapp 4.000 beanstandet. Es handelt sich hierbei um Irreführung der Verbraucher, falsche Kennzeichnung, Keimträger oder schädliche Substanzen. Wirkliche Gefahr für die Verbraucher und deren Gesundheit ging bei 21.150 untersuchten Proben nur von 30 Proben aus.

Damit will ich die Relation klarmachen, worüber wir heute reden.

Frau Kollegin Schäfer, die von Ihnen aufgezeigte Dramaturgie für den Verbraucherschutz entbehrt jeder sachlichen und fachlichen Grundlage, ist lebensfern und dient wieder einmal der Verunsicherung der Verbraucher.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Aussagen über die zahlreichen zurückgestellten Proben ergeben sich aus Routineuntersuchungen und den aktuellen Untersuchungen, die zusätzlich anstehen. Selbstverständlich muss bei Verdacht auf akute Vorfälle, die Gesundheitsgefahren beinhalten, wie der letzte Melanin-Skandal in chinesischen Bonbons, Uran im Trinkwasser, Dioxin im Schweinefleisch aus Irland oder Manipulationen im italienischen Wein das vom Landesuntersuchungsamt natürlich vorrangig und absolut prioritär untersucht werden.

Da werden Planproben zunächst einmal zurückgestellt. Daraus eine akute Gefahr für die Bevölkerung abzuleiten, ist für mich nur verständlich im Hinblick auf Ihren Wahlkampf vor Ort. Auch wenn ich Ihre Ambitionen verstehe, sollten sie nicht zu Verunsicherungstaktiken für die Bevölkerung führen. Das ist einfach unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Was die Urlaubssperre nach den Weihnachtsferien angeht – Sie sehen, ich gehe Punkt für Punkt darauf ein –, so gilt es Fristen einzuhalten.

In der zweiten Februarhälfte müssen alle geprobten Produkte beim Bund und der EU vorgelegt worden sein.

Es ist richtig, dass dann aufgrund der aktuellen Vorfälle im Landesuntersuchungsamt ein Engpass entsteht.

(Dr. Wilke, CDU: Welche Vorfälle?)

Die Ministerin hat diese Maßnahme mit der Personalvertretung vereinbart und abgestimmt. Auch das ist etwas völlig Normales. Lassen Sie mich dazu eines sagen: Sind Sie schon einmal auf die Idee gekommen, bei der derzeitigen Konjunkturlage wären bundesweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer froh, wenn sie Überstunden machen könnten? Auch das muss einmal gesagt werden.

(Heiterkeit bei der CDU –
Dr. Wilke, CDU: Das ist ja die Höhe!)

Sie fordern natürlich zusätzliches Personal und reden vom Kaputtsparen, so im „TV“ vom 22. Januar 2009.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich mache dann in der zweiten Runde weiter.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Probenrückstände bis zu 29 % – ich nehme an, pro Jahr von der Jahresmenge – sind prinzipiell untolerierbar.

Lebensmittelproben sind, wenn sie mehrere Wochen alt sind, nur noch von historischem Interesse. Die kann man eigentlich wegwerfen.

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP, und
vereinzelt bei der CDU)

Zum Beispiel bei Textilien und Spielsachen dürfen Chargen, von denen Proben genommen wurden, nicht verkauft werden.

(Frau Schäfer, CDU: Genau,
das ist der Punkt!)

Wenn man weiß, dass Moden Zyklen von sechs Wochen haben, dann kann der Händler die ganze Charge wegschmeißen, wenn sie dann erst untersucht wird. Deshalb sind längere Bearbeitungszeiten untolerierbar, selbst wenn nur Routineproben betroffen sind.

Verehrte Kollegen von der CDU, die Forderung nach mehr Personal ist in diesem Fall viel zu einfach. Das ginge schließlich auf Kosten unseres defizitären Haushalts und auf Kosten des Steuerzahlers. Auch Personalräte und Gewerkschaften wissen genau, dass, wenn Produktivitätsfortschritte verhindert werden, dies auf

Kosten der Löhne geht, weshalb Gewerkschaften selten eine höhere Anzahl von Einstellungen fordern.

Sie machen es sich viel zu einfach mit der Lösung und den Ursachen. Die Ursachen des Problems liegen sicherlich nicht beim Personal, und die Lösung auch nicht.

(Dr. Wilke, CDU: Wir reden mit den Leuten!)

Offenbar gibt es ein ziemliches Chaos von wegen Stellen ständig verlagern, und was weiß ich. Aber es gibt viele andere Fragen, die durchaus brisant sind.

Die Rückstände sind – da bin ich sicher – nicht erst 2008 entstanden. Bei 2007 bin ich sicher. Frau Schäfer sagt, 2003 schon.

Die Frage ist, ob die Ministerin davon gewusst hat. Auf jeden Fall musste der Präsident des Landesuntersuchungsamtes es wissen und sie unterrichten. Er kann auch nicht anführen, nichts gewusst zu haben; denn das hieße, dass er in seinem eigenen Hause nicht Bescheid wüsste.

Man kann auch nicht mit plötzlichen, unvorhersehbaren Ereignissen wie Melanin usw. kommen. Die sind zwar im Einzelnen plötzlich und unvorhersehbar. Man weiß aber, dass pro Jahr mehrere solcher Dinge kommen und muss dafür Pufferkapazitäten einplanen, wenn man so etwas ordentlich führt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den letzten 30 Jahren hat die Labortechnik enorme Fortschritte gemacht, auch in Speziallaboren. Analysegeräte können seit 20 Jahren grundsätzlich an EDV angeschlossen werden. Die Frage ist, ob der Gerätepark überhaupt up to date ist. Seit wann gibt es ein Laborinformationssystem? Meines Wissens nach gibt es bis heute keins. Es wird gerade erst eingeführt. Warum ist das nicht seit Jahren komplett eingeführt?

Kostenstellenarten und -trägerrechnung sind seit 20 Jahren in solchen Bereichen selbstverständlich, Controlling ebenfalls. Controlling soll aber heute erst eingeführt werden. Das ist heute selbstverständlich mit modernen Analysegeräten und modernen Laborinformationssystemen kombiniert. Dann können sie mit einer Vollstelle ein Mehrfaches von dem machen, was sie vor zehn Jahren noch machen konnten. Warum wird das alles jetzt erst eingeführt oder befindet sich gerade erst in Einführung und nicht schon seit Jahren?

Dann soll es eine Beratung durch eine Firma BSL aus München geben, die meines Wissens aber ein Prüflabor ist und gar kein am Markt eingeführtes Beratungsunternehmen. Da erheben sich Fragen nach Interessenkollisionen. Werden dort auch Laboranalysen für andere Labore gemacht? Haben die schon länger Geschäftsbeziehungen mit Rheinland-Pfalz? Warum hat dieses Institut keine Sofortmaßnahmen empfohlen, und warum wurden sie nicht gegen Probenabbau ergriffen? Warum gibt es überhaupt noch vier Standorte? Die sind für den Steuerzahler viel zu teuer. Rheinland-Pfalz ist schon für einen Standort relativ klein. Das haben die Zahlen, die Frau Elsner nannte, auch schon klagemacht.

Das Landesuntersuchungsamt ist als solches vor neun Jahren entstanden, das heißt, es war neun Jahre lang, und eigentlich vor allem vor neun Jahren, Gelegenheit, die ganze Sache modern zu organisieren.

Frau Elsner, diese Neuorganisation ist heute keine Entschuldigung mehr.

(Glocke der Präsidentin)

Hier liegen grundlegende Versäumnisse über Jahre vor.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen und Kollegen! Die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hat bei der Landesregierung im Übrigen ebenso wie beim Landesuntersuchungsamt Vorrang und ist zu jeder Zeit sichergestellt, auch was die Lebensmittelkontrolle betrifft. Deshalb wird im Übrigen – ich bin dankbar, dass Frau Elsner darauf eingegangen ist – bei einem konkreten Verdacht einer möglichen gesundheitlichen Gefährdung sofort gehandelt, und Ressourcen werden entsprechend gesteuert.

Auch im Labor gehen derartige Probenuntersuchungen vor. Ich will Ihnen nur einige Beispiele aus jüngster Zeit nennen. So haben zum Beispiel die Untersuchungen von Trinkwasser auf Uran das Labor in Speyer besonders belastet. Ebenfalls in Speyer wurden dann die vor Weihnachten vor allen Dingen aufgetretenen Dioxinbelastungen im irischen Rindfleisch untersucht.

(Dr. Wilke, CDU: Schweinefleisch!)

Im ILC in Trier wurden die Proben vor allem von Milch und anderen Produkten aus China, die Melanin-belastet waren, untersucht. Die Untersuchungen auf Wein vor dem Hintergrund des italienischen Weinskandals waren eine Herausforderung für das ILCA in Mainz gewesen, um nur einige Beispiele der jüngsten Zeit zu nennen.

Die Proben, die im Rahmen des nationalen Probenplanes oder der Probenpläne des europäischen Monitorings entnommen und untersucht werden, haben nicht diesen Anspruch, aktuelle Gefahren durch schnelle und zügige Bearbeitung abzuwehren. Sie dienen vielmehr einem Monitoring – wie schon der Name heißt –, um einen Überblick über Güte und Belastung von Lebensmittel- und Produktgruppen sowie von Bedarfsgegenständen zu erhalten. Schon allein aus labororganisatorischen und im Übrigen – Frau Schellhaaß, das müssten Sie aus Ihrer Zeit noch wissen – auch aus Effizienzgründen werden Probenreihen zusammengestellt, d. h. ganze Gebinde. Solche Proben stehen nicht am selben Tag oder in derselben Woche zur Untersuchung an. Das heißt, es gibt

systembedingt immer – und das nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in allen Bundesländern – zurückgestellte Proben.

(Frau Schäfer, CDU: Genau, bis zu einem Jahr!)

– Auch das könnte ich Ihnen erklären, wenn ich Zeit habe; wahrscheinlich mache ich es hinterher. Allerdings lege ich Wert darauf, dass das Landesuntersuchungsamt die vom Bund und der Europäischen Union zur Weitergabe der Jahresprobenergebnisse gesetzten Stichtage einhält. Einer ist Ende Februar.

Dies war auch der Grund dafür, dass ich unmittelbar, als wir von möglichen Verzögerungen erfahren haben, darauf gedrängt habe, dass mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten diese Stichtage eingehalten werden. Dazu gehören auch die befristete Anordnung von Überstunden und eine Urlaubssperre für einen im Übrigen kleineren Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesuntersuchungsamtes.

(Dr. Wilke, CDU: Das zeigt, dass in der Organisation der Wurm drin ist!)

Dies war geboten, in der Umsetzung verhältnismäßig und auch sozial vertretbar. Nicht über Weihnachten, sondern erst ab dem 5. Januar 2008 wurden diese Maßnahmen verfügt.

(Frau Schäfer, CDU: Genau, nach Verhandlungen! – Dr. Wilke, CDU: Ursprünglich über Weihnachten! Das ist die Höhe!)

Ich darf ergänzen, dass die Personalvertretung diesem Vorgehen zugestimmt hat. Ich will mich ausdrücklich bei den Mitgliedern des Personalrats und auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den betroffenen Instituten für dieses kooperative Miteinander bedanken, das auch von der Verantwortung für die Ergebnisse dieser wichtigen Behörde getragen ist.

(Frau Schäfer, CDU: Das ist auch bitter notwendig!)

Zusätzlich hat das Amt auf unsere Bitten hin ein Konzept vorgelegt, das Gewähr dafür trägt, dass die Probenergebnisse bis zu den von Bund und EU gesetzten Stichtagen vorliegen werden. Das Landesuntersuchungsamt ist – das ist richtig – ein vergleichsweise junges Amt, das im Jahr 2000 aus vier Chemischen Untersuchungsämtern und acht weiteren Einrichtungen entstanden ist.

Ziel war es ausdrücklich, die im Land vorhandene Fachkompetenz unter einem Dach zu bündeln und zu stärken sowie Synergieeffekte und im Übrigen Einsparungen zu erzielen. Daraus wurde damals überhaupt kein Hehl gemacht. Es gab auch aus dem Parlament damals meines Wissens keine Proteste.

Diese Organisationsentscheidung hat sich bewährt. Das Landesuntersuchungsamt hat seine Leistungsfähigkeit schon häufig mit Erfolg unter Beweis gestellt. Ich darf im Übrigen auch an BSE, Geflügelpest, Schweinepest, Tollwut, jüngst Blauzungenkrankheit oder aus dem Lebensmittelbereich an Acrylamid, Uran, Melanin oder auch jüngste Dioxinfälle erinnern.

Auch nach der Gründung des Landesuntersuchungsamtes unterliegt diese Behörde wie die gesamte Verwaltung der ständigen Aufgabenkritik. Deshalb gab es Veränderungen in der Organisation und eine Optimierung der Aufgabenwahrnehmung, unter anderem durch Konzentration der Aufgaben an bestimmten Standorten.

Zudem haben wir einen externen Gutachter beauftragt, ein schlüssiges und auch auf die zukünftigen Entwicklungen ausgerichtetes Konzept für staatliche Labore – im Übrigen nicht nur im Geschäftsbereich des Umweltministeriums – zu erarbeiten. Der Gutachter wird dies demnächst vorstellen. Wir werden dann die Schlüsse daraus zu ziehen haben – wie schon während der Erstellung des Gutachtens selbstverständlich immer in enger Beteiligung des Personalrates.

Vor diesem Hintergrund haben wir auch deutlich gemacht – das haben Sie unserer Presseerklärung entnehmen können –, dass es durchaus nachvollziehbare Gründe gibt, dass Proben zeitweise zurückgestellt wurden.

Reorganisation, neue effizientere Laborgeräte, Umstellung auf wirkungsvollere Untersuchungsmethoden oder auch die Implementierung eines Laborinformationssystems – das sind ja nur Stichworte – bedeuten aber in jedem Fall immer wieder neue Einarbeitungszeiten. Veränderungen sind in Umbruchphasen immer auch mit Effizienzeinbrüchen verbunden, bevor sie richtig greifen können.

Wir wissen auch um die angespannte Personalsituation in einigen Bereichen des Landesuntersuchungsamtes.

(Dr. Wilke, CDU: Aha! Seit wann?)

– Ja. Deshalb haben wir bereits im Frühjahr 2008 bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 reagiert. In diesem Doppelhaushalt – hier möchte ich auch dem Kollegen Finanzminister, aber auch der den Haushalt tragenden SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön sagen – gibt es für unseren Geschäftsbereich ein deutlich aufgestocktes Personalbudget.

Ich nenne einmal eine Hausnummer von 50 zusätzlichen Zahlfällen. Hiervon wird das Landesuntersuchungsamt überproportional profitieren, wie im Übrigen auch im vorhergehenden Doppelhaushalt das Landesuntersuchungsamt überproportional von Personalmehrausgaben profitiert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, es ist Ihr gutes Recht – das will ich auch nicht kritisieren –, dass Sie sich intensiv mit der Lebensmittelüberwachung in Rheinland-Pfalz auseinandersetzen. Allerdings habe ich etwas gegen Ihre Methoden.

(Frau Schäfer, CDU: Das verstehe ich!)

Ich will hier nur die Aufforderung an Mitglieder der Personalvertretung erwähnen, dass Presseerkklärungen der CDU im Hause über E-Mails verteilt werden.

(Harald Schweitzer, SPD: Was? – Pörksen, SPD: Wie bitte?)

Sie wissen, dass das gegen die Bestimmungen des Personalvertretungsrechts verstößt. Es ist auch nicht passiert, ohne dass wir hier Einfluss genommen haben.

(Dr. Wilke, CDU: Keine Aufforderung! –
Harald Schweitzer, SPD: Die ticken doch
nicht mehr richtig! –
Dr. Wilke, CDU: Wir informieren!)

Ich wende mich auch gegen unlautere Behauptungen, die suggerieren, die Verbraucherinnen und Verbraucher wären gefährdet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben Sie dann Gott sei Dank selbst an einer Stelle wieder relativiert.

(Frau Schäfer, CDU: Gott sei Dank gibt es
hier noch Meinungsfreiheit!)

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber nicht aus der Verantwortung will ich Sie allerdings für eine schlüssige Argumentation entlassen. Es geht einfach nicht – wir haben gestern und heute wieder mehrere Beispiele gehabt –, wenn Sie jetzt hier beim Landesuntersuchungsamt konkret erneut mehr Personal, also mehr Ausgaben – an anderer Stelle waren es Lehrer, dann Polizisten – verlangen, wenn es aber gestern um ein Konjunkturprogramm ging oder wie vor kurzem bei der Haushaltsberatung, Sie dann angeblich fehlende Sparbemühungen bei der Landesregierung geißeln.

Gleichzeitig wiederum fordern Sie auf Bundesebene – aber nicht nur dort, auch das ist gestern hier geäußert worden –, dass die Steuern deutlich gesenkt werden und die Handlungsfähigkeit des Staates – das würde das hier dann auch konkret bedeuten –, nämlich die Leistungsfähigkeit auch von solchen Behörden, eingeschränkt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: So ist es!)

Das ist keine schlüssige Argumentation.

(Harald Schweitzer, SPD:
Das ist aber dümmlich!)

In meinen Augen unterstreicht das auch, dass Ihre Arbeit hier wenig glaubwürdig ist und dies sicherlich auch in Richtung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen so gesehen wird.

Auf einige Vorwürfe, die hier wohlfeil kommuniziert werden, kann und will ich überhaupt nicht eingehen. Alles hat natürlich auch seinen Ort, auch die Gespräche, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesuntersuchungsamt und selbstverständlich nicht hier geführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Landesuntersuchungsamt wird eine sehr engagierte und kompetente Arbeit das ganze Jahr über und auch bei ganz besonderen Herausforderungen geleistet. Dafür will ich mich zum Schluss ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat nun Frau Kollegin Schäfer.

(Harald Schweitzer, SPD: Ach ja, was
muten wir uns zu!)

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wie die SPD und die Frau Ministerin hier die Probleme ignorieren, die auf dem Tisch liegen. Ich bin trotzdem dankbar, dass Sie zumindest, was das Personal angeht, offensichtlich auf dem richtigen Weg sind und sehen, dass es hier doch diese personellen Probleme gibt, was die Stellen angeht.

Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie sich einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedankt haben; denn das ist genau das Richtige. Es ist auch das, was wir montiert haben: die Art und Weise, wie Sie mit den Mitarbeitern umgehen und dass die Mitarbeiter das Gefühl haben, sie seien dafür verantwortlich. – Das sind sie nicht,

(Beifall der CDU)

sondern es sind grundsätzliche Missstände dafür verantwortlich. Die Stellensituation ist das eine, das andere ist – Frau Schellhaaß, da sind wir absolut d'accord – z. B. die Organisation. Man kann eine solche Riesenumorganisation nicht vornehmen, aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Zeit lassen, sich darauf einzulassen.

(Beifall des Abg. Baldauf, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fakt ist, dass es Beweise dafür gibt, dass es sich bei den Probenrückständen nicht in allen Fällen um Bagatellen oder Routineuntersuchungen handelt.

Wir haben Kenntnis darüber, dass es Anfang 2008 eine bundesweite Aufforderung aus Berlin gab, Proben aus Pharmaprodukten zu nehmen und nach bestimmten Stoffen zu untersuchen. Es gab wohl einen Hinweis auf Unverträglichkeiten. Das war Anfang 2008. Raten Sie mal, wann einige der betreffenden Firmen die Rückmeldungen schriftlicher Art über die Art und Weise dieser Untersuchung bekommen haben. In diesem Jahr. Ein ganzes Jahr haben die Firmen darauf warten müssen, bis sie eine Rückmeldung bekommen. Das ist genau das, was nicht geht. Das bringt im Übrigen auch Unternehmen in Existenznot. Es ist natürlich auch eine Frage der Produktsicherheit, die außer Frage steht.

(Beifall der CDU)

Ich will noch etwas dazu sagen, weil Sie sagen, es sei unglaublich, dass wir uns an die Personalräte wenden.

(Pörksen, SPD: Das hat sie nicht gesagt!)

Entschuldigung, wir haben noch Meinungsfreiheit. Noch besteht Meinungsfreiheit.

(Glocke der Präsidentin –
Pörksen, SPD: Das hat sie nicht gesagt!
Sie lügen jetzt!)

Ich bin auch gerne bereit, in einem erneuten Schreiben – wenn ich diesen Satz noch zu Ende führen darf – an die Personalräte vielleicht einmal unsere Reden zur Kenntnis zu geben. Auch das wird mir wohl erlaubt sein.

(Pörksen, SPD: Sie sagen die Unwahrheit! –
Harald Schweitzer, SPD: Was wollen Sie
mit dem Mist? –
Pörksen, SPD: Das ist eine Unwahrheit,
die Sie erzählen!)

Ansonsten: Ziehen Sie die Konsequenzen, üben Sie Ihre Fachaufsicht aus.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, danke schön.

Frau Schäfer, was Sie hier machen, ist einfach keine seriöse Politik.

(Frau Schäfer, CDU: Nee!)

– Nein. Wenn Sie Worte wie „Missstand“ vertuschen

(Frau Schäfer, CDU: Das ist total daneben!
Es tut mir leid!)

und es jetzt neue Stellen gibt, dann ist es auch wieder nicht recht, weil sich die Mitarbeiter nicht darauf einstellen können.

(Frau Schäfer, CDU: Bekommen Sie
auch so viele Briefe wie ich,
auch anonyme Briefe?)

– Ich bekomme keine Briefe, wir fahren dorthin. Der Arbeitskreis Umwelt macht dort Besuche, und wir sprechen persönlich mit den Leuten.

(Frau Schäfer, CDU: Weil Sie sich nicht recht
trauen, Ihre Meinung zu sagen!)

Ich hätte mir auch gewünscht, wenn Sie zu den letzten Haushaltsberatungen entsprechende Anträge gestellt hätten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie schlagen immer hinterher alles Mögliche vor – die Ministerin hat es auch gesagt –, das kostet selbstverständlich auch Geld, aber selbst stellen Sie keine Anträge, weil Sie sich in den Haushaltsberatungen nicht vorwerfen lassen wollen oder uns nicht vorwerfen wollen,

(Frau Schäfer, CDU: Das ist wieder voll daneben!
Aber macht nichts!)

dass wir den Schuldenstaat betreiben. Wir kennen das. Ihre Fraktion wäre mit Ihnen d'accord gegangen in der Schule und bei der Polizei Leute einzustellen. Die Ministerin hat ganz eindeutig klargemacht, dass wir durch die Umstrukturierung andere Möglichkeiten für das Landesuntersuchungsamt sehen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch einmal dorthin zu fahren. Sie lassen alles andere nicht gelten, außer die Schlagworte, die Sie hier anbringen. Das kann es auch nicht sein, Frau Schäfer. Es muss schon ein bisschen fundierter sein. Sie haben mir wahrscheinlich auch nicht zugehört, dass es die Proben gibt, die akut sind, wie Melanin, wenn es auftaucht, und dass es die Planproben gibt.

(Frau Schäfer, CDU: Sie haben mir nicht zugehört!
Das ist wieder voll daneben!)

Die aktuellen Vorfälle müssen sehr schnell untersucht werden.

(Glocke der Präsidentin –
Frau Schäfer, CDU: Ja, genau!)

Sie wollen hier wahrscheinlich ein Netz für irgendwelche Umweltskandale aufbauen, wozu mehr Menschen gebraucht werden. Mit „lebensfern“ habe ich gemeint, dass die dann in der Warteschleife sind.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin.

Auch ich wollte mich in dem Zusammenhang ganz herzlich beim Landesuntersuchungsamt bedanken; denn dessen Mitarbeiter haben schließlich dafür gesorgt, dass es keine wirklichen Ausbreitungen von gesundheitsschädlichen Lebensmittelskandalen gab.

(Glocke der Präsidentin)

Die Untersuchungen waren zeitnah und präzise. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Kollegin Schellhaaß, bitte schön.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Conrad hat völlig recht, wenn sie sagt, dass die Chargen zu Reihen zusammengestellt werden müssen. Aber genau das ist ein Argument für einen Standort und nicht für

verschiedene kleine Labore. Im Übrigen: Der Träger der von Ihnen gelobten landwirtschaftlichen Forschungsanstalt ist der Bezirksverband Rheinland-Pfalz.

(Ramsauer, SPD: Kurpfalz!)

– Pardon, ja, Pfalz, keine Landeseinrichtung.

Die Organisation ist Aufgabe des Präsidenten des Landesuntersuchungsamtes, gegebenenfalls, wenn er nicht auf dem neuesten Stand der Kenntnisse ist, begleitet durch die Beratung eines am Markt eingeführten Beratungsunternehmens, nicht unbedingt eines Prüfunternehmens. Dazu habe ich nichts gehört.

Die Ministerin hat die Funktion einer Aufsichtsratsvorsitzenden, und die Mitarbeiter sind wirklich nicht verantwortlich, im Gegenteil. Auf deren Rücken werden Organisationsmängel ausgetragen; denn wenn man notwendige Rationalisierungsaufgaben rechtzeitig angeht, kann man sie in Ruhe ohne unzumutbare Belastungen für die Mitarbeiter und sozialverträglich gestalten. Wenn man die Rationalisierungsaufgaben jedoch zu spät anfängt, geht dies alles nicht.

Auf meine Fragen habe ich keine einzige Antwort bekommen. Ganz offensichtlich ist hier die rechtzeitige Neuorganisation versäumt worden, und sie ist auch heute nicht in Riesenschritten auf dem Wege dorthin, wohin sie muss. Dazu muss sich der Präsident nach seinen Kompetenzen fragen lassen, und dem federführenden Ministerium kann die Verantwortung nicht genommen werden.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 17:**

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz nach § 20 LGG und über Frauen in Führungspositionen (Berichtszeitraum 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2007) Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/1869; Vorlage 15/2139) auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/1895 –

Für die Besprechung des Berichtes wurde eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Sahler-Fesel das Wort.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Antrag der SPD-Fraktion besprechen wir heute den Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz. Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen

und Männern ist ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion. Sie brauchen sich nur einmal die Reihen der Abgeordneten – wenn sie denn alle da sind – anzuschauen, bei denen wir als SPD-Fraktion unbestritten den höchsten Frauenanteil in diesem Plenum stellen. Das sollte auch einmal gesagt sein.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Wie bitte?)

Aber gerade wenn es um Gleichstellung geht, richtet sich das Augenmerk auf die Landesregierung, der eine besondere Vorbild- und Vorreiterfunktion zukommt. Dieser Verantwortung, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung in hohem Maße gerecht.

(Beifall der SPD)

Seit dem Jahre 2006 liegt die Federführung nach der Zuordnung der Abteilung „Frauen“ in das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen bei Staatsministerin Malu Dreyer.

Das 1995 in Kraft getretene Landesgleichstellungsgesetz (LGG) hat die Grundlage für eine erfolgreiche Frauenförderung im öffentlichen Dienst geschaffen und ist ein wichtiges Instrument zeitgemäßer Personalentwicklung.

Ziel des Gesetzes ist es, die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst zu fördern und bestehende Benachteiligungen von Frauen abzubauen.

Im Klartext: Ziel ist es, Frauen die gleiche Teilhabe an allen Ämtern des öffentlichen Dienstes zu ermöglichen.

Die Landesregierung berichtet alle vier Jahre über die Umsetzung des Gesetzes. Der nun seit Mai vorliegende 3. Bericht des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz umfasst den Berichtszeitraum 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2007.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Sie zeigen eine weiterhin positive Entwicklung. Der Frauenanteil im höheren Dienst sowohl bei den Beamten als auch bei den Beschäftigten in Führungspositionen und in Gremien ist erneut angestiegen. Zum Stichtag 30. Juni 2007 war über die Hälfte der Beschäftigten im gesamten Landesdienst Frauen.

(Pörksen, SPD: Das ist Gleichstellung?)

– Ja, Landesgleichstellung. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen seit 1995 zeigt den kontinuierlichen Anstieg des Frauenanteils von 42,1 % auf sage und schreibe 51,3 %.

Meine Damen und Herren, ich höre schon das Rumoren von der Männerseite. Mit diesem Ergebnis könnten wir Frauen uns zurücklehnen und feststellen, dass das Ziel erreicht ist. So einfach ist die Welt der Gleichstellung leider nicht.

Erstmalig werden in diesem Bericht der Landesregierung die Beschäftigungsanteile von Männern und Frauen

exemplarisch anhand des Beschäftigungsvolumens ermittelt. Hier zeigt sich, dass ein Zählen nur nach den Köpfen den hohen Anteil von Frauen in Teilzeit nicht berücksichtigt und das Ergebnis relativiert werden muss.

Zur Verdeutlichung nenne ich ein paar Zahlen. Im Jahr 2007 arbeiteten 68 % aller Beschäftigten in Vollzeit und 32 % in Teilzeit. Die Teilzeitquote der Männer hat sich zwar von 19 % auf 22 % erhöht,

(Frau Spurzem, SPD: Doch so viel!)

aber immer noch sind Frauen mit 78 % weitaus häufiger teilzeitbeschäftigt.

Nach wie vor sind es die Frauen, die überwiegend die Sorge um die Kindererziehung und die Familie übernehmen und deshalb die Berufsausübung zurückstellen.

Die Landesregierung hat mit dem „Audit Familie und Beruf“, an dem sich alle Ressorts beteiligt haben, ein deutliches Zeichen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt. Alle Ressorts haben auch die Zertifizierung erhalten. Meinen herzlichen Glückwunsch zu dieser Zertifizierung! Das soll an dieser Stelle auch gesagt werden.

(Beifall der SPD)

Es ist wichtig, dass das Land auch hier mit gutem Beispiel vorangeht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Einrichtung von Telearbeitsplätzen für Frauen und Männer, die Unterstützung und Förderung von Elternzeit und Teilzeit für Väter und insbesondere auch die Führungspositionen in Teilzeit; denn gerade Führungspositionen in Teilzeit sind unterrepräsentiert.

Das Projekt der Landesregierung „Führen in Teilzeit (FIT)“ hat genau dieses Defizit aufgegriffen und gezeigt, dass Teilzeitarbeit auch für Führungspositionen geeignet sein kann.

Ein Problembereich zeigt sich in der Fortbildung. Männer nehmen als Vollzeitbeschäftigte doppelt so oft an Fortbildungen teil als Frauen. Bei den teilzeitbeschäftigten Frauen ist der Anteil der Teilnahme von Fortbildungen sogar von 64 % auf 30 % gesunken. Hier besteht Handlungsbedarf im Sinne von Ursachenforschung und passgenauer Abhilfe.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Auch wenn der Frauenanteil in allen Besoldungsgruppen gestiegen ist, so sind es weiterhin die Frauen, die in den höchsten Entgeltgruppen besonders wenig vertreten sind. Die Prognosen lassen allerdings einen Silberstreif am Horizont zu.

Die Bewerbungsquote der Frauen liegt in den meisten Bereichen über 50 %. Auch die Einstellungsquote entspricht der Bewerbungsquote. Ich bin mir sicher, eines Tages werden die Frauen auch paritätisch in den oberen Entgeltgruppen und in den Führungsgremien vertreten sein.

Der Ministerrat hat im Januar 2008 die Einführung eines Reißverschlussverfahrens bei der Nachbesetzung von

Gremien beschlossen, sodass dann, wenn ein Mann ausscheidet, bis zum Erreichen der Parität eine Frau nachrücken muss. Dieses Verfahren unterstützen wir ausdrücklich, um eine paritätische Besetzung der Gremien zu erreichen.

Meine Damen und Herren, das Landesgleichstellungsgesetz ist ein Baustein in Richtung tatsächlicher Gleichbehandlung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Die SPD-Fraktion unterstützt die Maßnahmen und Bemühungen der Landesregierung und bedankt sich ausdrücklich bei den engagierten Gleichstellungsbeauftragten für ihren tagtäglichen und nicht immer einfachen Einsatz.

Meine Damen und Herren, wir sind uns in diesem Hause sicherlich in der Bewertung einig, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam fraktionsübergreifend gehen!

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich die Technikerklassen III und IV des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum Eifel. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Wopperer.

Abg. Frau Wopperer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Im Jahr 1869 schrieb John Stuart Mill: Die Ungleichheit von Mann und Frau ist an und für sich ein Unrecht und gegenwärtig eines der wesentlichsten Hindernisse für eine höhere Vervollkommnung der Menschheit. –

Bereits vor 140 Jahren hat der britische Philosoph, ein Mann, der seiner Zeit weit voraus war, den gesellschaftlichen Mehrwert der geschlechtlichen Gleichstellung für unsere Gemeinschaft erkannt.

Heute, nach fast eineinhalb Jahrhunderten, können wir sagen, dass rechtlich für die Frauen viel bewegt wurde, und zwar sowohl was den Abbau bestehender Benachteiligungen von Frauen betrifft als auch die Durchsetzung der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichwohl gibt es nach wie vor ein geschlechts- und gleichstellungspolitisches Defizit in den Bereichen Führungspositionen, Beförderungen und Gremienbesetzung, wie aus dem 3. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes hervorgeht.

Wir alle hier im Raum teilen gewiss nicht die Prognose der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die vor einigen Jahren festgestellt hat, dass die vollständige

Gleichberechtigung erst in etwa 960 Jahren erreicht wäre, wenn die Frauenförderung mit gleichbleibendem Tempo weiter greife. Doch wäre es umgekehrt auch töricht, sich mit dem bisher Erreichten zufrieden zu geben.

Erfreulich ist zunächst die Zahl von 51,3 % Frauenanteil – diese hat auch meine Kollegin erwähnt – der insgesamt in den rheinland-pfälzischen Verwaltungen beschäftigten Personen. Anders sieht es bei den Frauen in Führungspositionen aus. Hier können wir nüchtern feststellen, dass es keinen Grund gibt, in Freudentaumel auszubrechen; denn je höher die Position und die Vergütung, desto niedriger ist der Frauenanteil.

Gegenwärtig sind es in der öffentlichen Verwaltung bei den Referentinnen und stellvertretenden Referats- bzw. Abteilungsleiterinnen um die 20 %, während der Frauenanteil bei den Dienststellenleitungen mit lediglich 12 % am niedrigsten ist. Ergo: Je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. – Hier treten wir seit Jahren auf der Stelle.

Auch bei Beförderungen, Höhergruppierungen und Laufbahnaufstiegen herrscht eine deutliche Disparität. So steht der Quote von über 50 % bei den Beamten in Vollzeit eine von nur 15 % bei vollzeitbeschäftigten Beamtinnen gegenüber. Gänzlich unbefriedigend ist die Situation bei teilzeitbeschäftigten Frauen mit einer Quote von unter 10 %, die ohnehin schon wegen verkürzter Arbeitszeit finanzielle Nachteile – Stichwort Rente – hinnehmen müssen. Hier besteht deutlicher Handlungsbedarf.

(Beifall der CDU)

Unbefriedigend ist auch die Situation im Bereich der Gremien. Hier müssen neue Strategien der Besetzung gefunden werden, um den Anteil von Frauen zu erhöhen. Ein wichtiger Indikator dafür, dass man längst noch nicht von einer tatsächlichen Gleichstellung sprechen kann, ist das erstmals in diesem Bericht ermittelte Beschäftigungsvolumen. Sie haben es bereits gehört.

Setzt man die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Relation, so ergibt sich trotz höherer Beschäftigtenzahlen von Frauen in vielen Bereichen ein Mehr an Beschäftigungsvolumen aufseiten der Männer, und zwar ein erhöhtes und hohes Volumen.

Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Teilzeitbeschäftigten bei der Frauendomäne immer noch mit 78 % zu verorten sind. Auch an diesem Punkt gilt es dringend anzusetzen.

Wir müssen die Rechte der Frauen am Arbeitsplatz stärken. Nach wie vor ist zum Beispiel ein Problem die verdeckte Diskriminierung bei Beförderungen, die sogenannte gläserne Decke. In diesem Fall benötigen wir klare Regularien, um den Nachweis der Nichtberücksichtigung transparenter zu machen. So hat jetzt erstmals ein Landesarbeitsgericht verfügt, dass statistische Nachweise berücksichtigungsfähig sind. Wenn man sich vorstellt, dass es Unternehmen gibt, die in der Mehrzahl Frauen beschäftigen und im Aufsichtsrat von 27 Plätzen kein einziger Platz von einer Frau besetzt ist, kann das

nicht der Gesellschaft entsprechen. In diesem Bereich muss man genauer hinschauen.

Eine Gleichberechtigung setzt immer auch eine ernst gemeinte Familienpolitik voraus, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigt. Laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hat sich der Einfluss von Ehe und Kindern auf die Arbeitszeiten von Frauen in den vergangenen Jahren weiter verstärkt und nicht vermindert. Verheiratete Frauen und Frauen mit Kindern arbeiten laut der Studie heute deutlich weniger Stunden pro Woche im Erwerbsgeschäft als im Jahr 2001. Wir müssen also aufpassen, dass sich die Schere zwischen den Arbeitszeiten für Geld und denen der Männer mit Kindern nicht weiter öffnet.

Mit Aktions- und PR-Programmen alleine lassen sich Familie und Beruf nicht in Einklang bringen, meine Damen und Herren. Zielführender wäre es, geeignete Rahmenbedingungen und notwendige Voraussetzungen dafür zu schaffen, sprich innovativ zu sein. Richtungweisend ist da ein mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg und mit Europa-Fördermitteln gestartetes Projekt „Zielorientierte Prozessförderung“, genannt Projekt „ZoPF“, mit dem Ziel einer Förderung von innovativen Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum.

Dabei sollen vier Netzwerke installiert werden, nämlich „Bauernhof erleben“, „Betreuung und Pflege von Menschen“ sowie „Tourismus“ und „Dienstleistungen“. Das sind Bereiche, die man nutzbringend mit dem Wirtschaftsfaktor Tourismus verzahnen könnte.

Eine weitere Möglichkeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen wäre die verstärkte Nutzung von Telearbeit, bei der Frauen und Männer ohne lästige Anfahrtswege zum Arbeitsplatz von zu Hause aus arbeiten können. Das setzt aber voraus – da knüpfe ich an die Diskussion von gestern Nachmittag an –, dass die ländlichen Regionen flächendeckend mit DSL-Anschlüssen versorgt werden.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Gleichstellung der Geschlechter ist meines Erachtens deren allgemeine Akzeptanz, aber auch die Erkenntnis ihres gesamtgesellschaftlichen Nutzens im Sinne eines John Stuart Mill; denn damit Gender auch wirklich zum Mainstream wird, muss sich etwas in den Köpfen ändern. Man kann das auch Bewusstseinswandel nennen. Der lässt sich nicht mit Gesetzen allein herbeiführen. Man sieht jetzt gerade auch, dass der eine oder andere dem Thema kein großes Interesse entgegenbringt.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, in den fast 14 Jahren seines Bestehens wurde mithilfe des Landesgleichstellungsgesetzes einiges erreicht. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen kann indessen in vielen Bereichen des Erwerbslebens noch keine Rede sein. Deshalb dürfen wir das Thema „Gleichberechtigung“ nicht als erledigt ansehen, sondern müssen den eingeschlagenen Weg kontinuierlich weitergehen. Allerdings darf das nicht so lange dauern, wie von der Inter-

nationalen Arbeitsorganisation prophezeit, nämlich 960 Jahre.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Frau Kollegin Schellhaaß.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Sahler-Fesel, statistische Zahlen sind nicht immer so schrecklich sinnvoll. Lassen Sie mich anmerken, dass dann, wenn wir Ihre Frauenquote erreichen wollen, wir eine Drittel-Frau mehr haben müssten.

(Licht, CDU: Das wird schwierig! Was wollen Sie damit sagen?)

Der Umfang des Berichts ist groß.

(Pörksen, SPD: Wollen Sie eine haben von uns?)

Auch darin machen nicht alle Zahlen statistisch einen Sinn. Zum Beispiel frage ich mich nach dem Sinn der Zahlen zum Frauenanteil in Führungspositionen im Rechnungshof. Die Anzahl der Dienststellenleiterinnen ist mit 0 % angegeben und die der stellvertretenden mit 100 %. Das sind enorme Zahlen. Dabei muss man aber wissen, dass es dafür jeweils eine einzige Stelle gibt.

Andere Zahlen sind aber durchaus interessant. Oder anders gefragt: Weshalb werden solche Zahlen zum Beispiel nicht für die Staatskanzlei veröffentlicht? Wir haben 0 % Ministerpräsidentinnen und wir haben 0 % stellvertretende Ministerpräsidentinnen. Im Übrigen ist in der Staatskanzlei ein Rückschritt zu verzeichnen.

(Ministerpräsident Beck: Wir haben aber mehr Frauen im Kabinett als die FDP-Fraktion Mitglieder!)

– Nein, Ministerinnen haben Sie gerade genauso viele, wobei Sie insgesamt mehr Kabinettsmitglieder haben als wir Abgeordnete.

(Ministerpräsident Beck: Das ist gut so!)

– Nein, das ist nicht gut so. Herr Ministerpräsident, mit Ihnen habe ich es gerade.

(Ministerpräsident Beck: Frau Kollegin, mit 60 Jahren kommt keine Geschlechtsumwandlung mehr. Das ist vorbei!)

In der Staatskanzlei waren immerhin im Jahr 2003 33 % Abteilungsleiterinnen, während es jetzt 0 % sind. Wir hatten im Jahr 2003 0 % Dienststellenleiterinnen, während wir 2007 immer noch 0 % haben.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht! Was ist mit Frau Barzen?)

– So steht das im Bericht.

Wir hatten 2003 30 % Referatsleiterinnen, während es heute 0 % sind. Ich zitiere nur aus dem Bericht auf Seite 32.

(Ministerpräsident Beck:
Das ist ein alter Bericht!)

– Er liegt uns heute vor.

Rückschritte gibt es auch im Wirtschaftsministerium. Im Jahr 2003 gab es – das zitiere ich natürlich mit besonderem Genuss – 23 % Abteilungsleiterinnen, während es jetzt nur noch 3 % gibt, wobei ich mich frage, wie viele Abteilungsleiterinnen vorhanden sind, wenn eine Person 3 % ausmacht. Das nur zur Statistik.

Bei den Dienststellenleiterinnen sind es damals wie heute 0 %. Referatsleiterinnen waren es damals 21 %, während es heute 11 % sind. Trotz der 220 Seiten ist in dem Bericht nicht alles ganz befriedigend.

Wie eben von Ihnen schon angefragt, kann ich Ihnen übrigens mitteilen, dass wir bei den Ministerinnen ein Verhältnis von 5 : 3 haben, was einem Satz von immerhin 37,5 % entspricht, während sich bei den Staatssekretärinnen das Verhältnis auf 9 : 3 beläuft und sich damit ein Anteil von 25 % ergibt. Dies nur zur Ergänzung des 1,1 Kilo schweren Berichts.

Der Bericht enthält aber auch sehr interessante Zahlen. Die obersten Landesbehörden beschäftigen wesentlich mehr Männer als Frauen. Zum 30. Juni 2007 waren in Teilzeit 16.678 Männer beschäftigt, während es bei den Frauen 29.619 waren. Wenn man das in Vollzeitkräfte umrechnet, haben wir insgesamt 14.836 Männern 21.891 Frauen gegenüberstehen.

Bei einzelnen Behörden ist der Frauenüberhang sehr hoch. Typischerweise ist das in den Bereichen Bildung, Arbeit und Soziales der Fall. Das gilt auch für das Ministerium für Bildung und Wissenschaft. In einzelnen Ministerien haben wir Zahlen, wonach 14.000 Männern 28.000 Frauen gegenüberstehen. Dort sind also doppelt so viele Frauen als Männer beschäftigt.

Sehr bemerkenswert ist das Verhältnis von Bewerbungen zu Einstellungen bei den Frauen und Männern bei einigen Tarifgruppen. Das ist auch dem Bericht zu entnehmen. Hier liegt schon fast der Gedanke der Diskriminierung von Männern nahe. Schade, dass nur die Prozentsätze und nicht auch die absoluten Zahlen genannt werden, die vorhanden sein müssen, wenn man Prozentsätze ausgerechnet hat.

In der Vergütungsgruppe BAT II a haben wir beispielsweise bei den Bewerbungen einen Frauenanteil von nur 21,6 %. Nur gut jede fünfte Bewerbung kommt also von einer Frau. Bei den Vollzeiteinstellungen haben wir dann aber einen Satz von 52,8 % zu verzeichnen. Bei Frauen in Teilzeit entfallen auf die Einstellungen sogar 70 %. Für einige andere Berufsgruppen könnte ich das genauso weiterführen. Da wir leider keinen Overhead-Projektor haben, wäre es langweilig, wenn ich das alles vorlese.

(Hartloff, SPD: Nicht unbedingt „leider“, sondern so ist Parlament!)

Ich füge aber noch hinzu: Die Anzahl der Einstellungen liegt in diesen Gruppen zwischen 282 und 1.080. Sie bewegt sich also in statistisch durchaus brauchbaren Größenordnungen.

Ich selbst habe im Ausschuss wiederholt darauf hingewiesen, dass die jungen Frauen dabei sind, die Männer in der Qualifikation zu überholen. Es wundert mich aber dann doch ein kleines bisschen, dass das bei Einstellungen zu solchen Verhältnissen führt.

Nun gibt es natürlich auch Bereiche, in denen sich ganz überwiegend Frauen beworben haben, im Sozialministerium z. B. gut 70 %, im Ministerium für Bildung und Wissenschaft auch. Das spricht ganz sicher, wie im Bericht auch so gesehen, für die Attraktivität dieser Arbeitsplätze für Frauen, leider aber auch dafür, dass das Rollenverständnis von Männern und Frauen nach wie vor sehr traditionell ausgerichtet ist.

Dafür, dass das so ist, spricht auch der hohe Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung, nämlich 78 % – das wurde eben schon angesprochen, glaube ich –, und der geringe Anteil von Männern.

Also Fazit: Das Land tut als Arbeitgeber sehr viel für Frauen bei Einstellungen und Arbeitsbedingungen. Ich nenne hier kurz die Möglichkeit der Telearbeit, die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten, wobei so etwas schief gehen kann, wenn die Kompetenzen der Führungspositionen nicht entsprechend mitwachsen; denn dann muss man wirklich Ahnung haben von dem, was zuhause gemacht wird, und die Bereitschaft, sich durchzusetzen, wenn einmal nicht getan wird, was getan werden soll. Dies sind dann natürlich nur Einzelfälle.

Ab und zu scheint bei den Einstellungen das Pendel schon nach der anderen Seite auszuschlagen. Wie gesagt, wir wollen ja auch Männer nicht diskriminieren,

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

aber die Defizite in der gesellschaftlichen Rollenverteilung werden in diesem Bericht bei allem Positiven, was das Land für Frauen tut, auch deutlich sichtbar, wenn Männer hier vorwiegend in Führungspositionen sind.

Wenn die Führungsposition nach wie vor eine Domäne der Männer ist, liegt das teilweise auch am Wollen der Frauen,

(Ministerpräsident Beck: Das ist eine klare Kampfansage an den Fraktionsvorsitzenden der FDP! – Kuhn, FDP: Nicht so laut!)

zu einem ganz ordentlichen Teil aber auch daran, dass die Rollenverteilung in der Gesellschaft nach wie vor traditionell ist und viele Männer – wir haben etliche junge auf der Tribüne sitzen – überhaupt noch nicht verstanden haben, was ihnen entgeht, wenn sie sich nicht intensiv an der Familienarbeit und an der Erziehung von Kindern beteiligen.

(Beifall der FDP –
Licht, CDU: Das kann ich bestätigen! –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Frau Präsidentin, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Dem Appell von Frau Schellhaaß möchte ich mich anschließen, vor allem an die jungen Männer auf der Tribüne, auch wenn wir die normal gar nicht ansprechen dürfen. Ich glaube, es ist aber wichtig, das zu registrieren.

Zur Ehrenrettung der Staatskanzlei vielleicht eine Erklärung: Die Funktion der Dienststellenleitung gibt es dort nicht. Das sind eigentlich nur Stellen im nachgeordneten Bereich. Deshalb steht dort eine Null. Das hat nichts damit zu tun, dass bestimmte Stellen nicht geschlechterspezifisch aufgeteilt sind, sondern dass es diese Stelle nicht gibt.

Ich möchte auch noch eines sagen, es zeigt sich immer in Ministerien wie dem Umweltministerium, dass wir dort ein schlechtes Verhältnis auch bei der Bewerberquote haben. Die ganzen Maßnahmen, die wir durchführen, beispielsweise Ada-Lovelace-Projekt, Heranführen von Frauen und Mädchen an Technikberufe und wissenschaftliche Berufe, sind schon wichtig; denn in all diesen Ministerien, in denen auch solche Ausbildungen gefragt sind, fällt das Verhältnis der Bewerberquote nicht so aus, dass man sagen könnte, man hätte die große Chance, zahlreiche Frauen einzustellen.

Nichtsdestotrotz gebe ich den Kolleginnen, die hier gesprochen haben, selbstverständlich recht, dass wir noch viel zu tun haben.

Ich möchte einmal daran erinnern, weil es fast zwangsläufig ist in diesem Jahr: Das Grundgesetz feiert seinen 60. Geburtstag. Damals ist am 18. Januar 1949 im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates in seiner zweiten Beratung der wunderschöne Programmsatz beschlossen worden: Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Das war damals natürlich rechtlich gesehen ein unglaublicher Durchbruch. Das ist auch immer noch gut, dass es so ist, aber man muss sagen, in der tatsächlichen Umsetzung haben wir leider nach wie vor große Probleme.

Wir haben aber auch Erfolge, z. B. das Landesgleichstellungsgesetz, das jetzt auch schon ein paar Jahre alt ist. Es ist 1995 verabschiedet worden.

Ich erinnere mich gut, damals war ich wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landtag. Man hat darüber gestritten, ob die Quote verfassungsgemäß ist und Förderpläne wirklich gewollt sind. Das alles ist dann gekommen. Heute muss man einfach sagen, es ist wirklich ein Meilenstein rheinland-pfälzischer Frauenpolitik gewesen, dass dieses Landesgleichstellungsgesetz gekommen ist, einfach weil man verfolgen kann, dass es rechtliche Grundlage

dafür ist, dass Frauenförderung auch sehr strukturiert im öffentlichen Dienst durchgeführt worden ist.

(Beifall der SPD)

– Genau, es war nämlich ein harter Kampf damals, vor allem für die Frauen.

Es heißt auch, dass der öffentliche Dienst durchaus Vorreiter ist, wenn man sich das ganze gesamte Beschäftigtenleben anschaut. Dort ist der Anteil von Frauen in wichtigen Funktionen erheblich höher als in allen anderen Bereichen unserer Wirtschaft oder sonstigen Beschäftigungsbereichen.

Natürlich aber befinden wir uns, gerade was Führungskräfte betrifft, noch lange nicht im gleichstellungspolitischen Paradies. Das muss man auch sehr deutlich sagen.

(Ministerpräsident Beck: Im Paradies sind die Entscheidungen immer von Frauen ausgegangen!)

Man darf auch sagen, die Besetzung von Führungspositionen spiegelt eigentlich sehr gut wider, wie weit man mit der Gleichstellung wirklich gekommen ist, weil dort, wo sozusagen die Luft dünner wird, man letztendlich auch die Entscheidung treffen muss, Mann oder Frau. Da haben es Frauen nach wie vor in vielen Bereichen ziemlich schwer.

Es ist erfreulich, dass im mittleren und gehobenen Dienst inzwischen 54 % im gehobenen und 56 % im mittleren Dienst Beamtinnen sind. Aber wir haben auch immer noch die Problematik, dass die Zahl kontinuierlich abnimmt, je höher man sich im Hierarchiebereich bewegt.

Ich finde, wir sind im Kabinett eigentlich ganz gut aufgestellt. Den Frauen wird auch immer doppelt so gut zugehört; das muss man auch noch einfach einmal hier betonen.

Auf der Ebene der Abteilungsleiterinnen ist das ganz unterschiedlich. In meinem Ministerium beträgt die Quote 50 : 50. In anderen Ministerien haben die Kolleginnen es auch etwas schwerer mit den Einstellungsprofilen. Trotzdem muss man daran natürlich weiter arbeiten.

Was uns Hoffnung gibt, was im Landesgleichstellungsbericht sehr deutlich wird, ist, dass die Frauen inzwischen sehr gut auf der Referentenebene repräsentiert sind, sodass man hoffen kann, dass diese Referentinnen in die Leitungspositionen wie stellvertretende Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiterin nachwachsen. Das war früher auch ein Problem, dass man gar nicht den Personalpool hatte, darauf zurückzugreifen.

Es gibt viele gute Beispiele, die in den Ministerien durchgeführt werden. Ich möchte aber vor allem ganz kurz auf die Gründe eingehen, warum es nach wie vor problematisch ist. Ich glaube, Frau Wopperer und Frau Sahler-Fesel haben es angesprochen.

Da ist die Vereinbarkeit. Es sind die Frauen, die an einer Stelle ihrer Karriereplanung den Wunsch nach dem

ersten Kind haben. Man kann deutlich sehen, es gibt dann einen Knick in der Karriereentwicklung.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Deshalb ist es wirklich sehr wichtig, dass wir weiterhin viel für das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ tun.

Ich freue mich darüber, dass die Landesregierung insgesamt jetzt auch komplett auditiert ist und viele Maßnahmen in unterschiedlichsten Bereichen durchführt. Ich nenne einmal die Staatskanzlei. Dort wird z. B. die Möglichkeit geboten, bis zu zwei Fünftel der individuell vereinbarten regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit in alternierender Telearbeit am häuslichen Arbeitsplatz zu leisten.

Aus dem persönlichen Erleben bekomme ich schon mit, dass die Telearbeit wirklich außerordentlich wichtig ist für junge Mütter und junge Väter.

Ich nenne das Audit „Familie und Beruf“, das wir alle umgesetzt haben und in dessen Rahmen wir gute Maßnahmen entwickelt haben. Wenn z. B. die Tagesbetreuung einmal ausfällt, kann das Kind mit ins Ministerium gebracht werden. Wir haben eigentlich alle Räume, in denen Mütter und Kinder oder Väter und Kinder einen Tag verbringen können.

Ich nenne das Ministerium für Finanzen. Dort sind besondere Schulungen für Rückkehrerinnen entwickelt; denn es ist auch nicht ganz einfach, wieder einzusteigen. Sie stellen den Rückkehrerinnen Mentoren und Mentorinnen an die Seite, um möglichst schnell diesen Einzug ins Berufsleben gelingen zu lassen.

Ich möchte aber auch noch einmal sagen, wir brauchen mehr männliche Beschäftigte, die die aktive Vaterschaft wirklich leben. Das ist ernst gemeint; denn solange es immer nur die Frauen sind, bleibt es wahrscheinlich letztendlich ein Stück diskriminierendes Element, bezogen auf das Berufsleben, wenn Väter das nicht vormachen. Das Elterngeld ist für uns eine Chance, dass mehr Väter tatsächlich Auszeiten nehmen.

(Beifall des Abg. Kuhn, FDP)

Es gibt eigentlich keinen einfacheren Weg für Väter als im öffentlichen Dienst. Wenn wir es im öffentlichen Dienst nicht hinbekommen, wo wir alle Möglichkeiten haben, von Telearbeit bis zur flexiblen Arbeitszeit, dann frage ich mich, wo das in unserer Gesellschaft hinführen soll.

Nein, das war jetzt übertrieben.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Aber es ist wirklich ernst gemeint, mehr junge Männer sollten ihre Aufgabe wahrnehmen. Für die Kinder ist es auch schön, davon einmal abgesehen, wenn sie ihre Väter öfter zu Gesicht bekommen.

Es gibt auch noch ein Vorurteil, das immer noch nicht ausgeräumt worden ist, nämlich dass in höheren Positionen keine Teilzeit gearbeitet werden kann.

Unsere Teilzeitkräfte sind überdurchschnittlich flexibel und einsatzbereit. Das muss man ganz klar sagen. Diejenigen, die in den Führungspositionen sind, allemal. Wenn diese Personen auch noch einen Telearbeitsplatz haben, bekommen sie das alles sehr gut hin.

Ich glaube, es hat ein bisschen etwas damit zu tun, dass in den meisten Führungsetagen nach wie vor die Vorstellung einer ständigen Verfügbarkeit vorherrscht, und zwar weniger hinsichtlich der Ergebnisorientierung als viel stärker hinsichtlich einer Präsenzkultur. Eine Führungsperson muss danach immer greifbar sein. Aber diese Personen sind häufig trotzdem genauso effizient in ihrer Arbeit. Es gibt andere Wege, auf sie zurückzugreifen, wenn man sie unbedingt braucht. Sie müssen deswegen nicht immer unbedingt Vollzeit im Amt sein.

Wir haben in der Landesregierung ein tolles Modellprojekt „Führen in Teilzeit“ mit sehr guten Ergebnissen durchgeführt, und wir wollen versuchen, dieses Projekt noch stärker in die Fläche zu bringen.

Ich glaube, wir brauchen noch mehr weibliche Vorbilder, die zeigen, wie das System gut funktionieren kann. Wir haben deshalb ein Mentorinnenprojekt aufgelegt, bei dem wir jüngeren Frauen Frauen in Führungspositionen zur Seite stellen, die erfolgreich sind und Familie und Beruf gut vereinbaren und ein gutes Beispiel abgeben. Dieses Mentorinnenprojekt werden wir auch für angehende Führungsfrauen in der öffentlichen Verwaltung entwickeln.

Mein letzter Punkt sind die Frauen in Gremien. Dies ist ein Leidenspunkt persönlicher Art von mir. Zwar sind gemäß des Gleichstellungsberichts 42 % Frauen in unseren Gremien vertreten – dies stellt eine ganz klare Verbesserung dar –, aber wenn man sich die Zahlen in ihrer Tiefe betrachtet, merkt man, dass in den Gremien, in denen tatsächlich etwas bewegt werden kann, die Frauen absolut unterrepräsentiert sind. Daran müssen wir noch etwas verändern.

Es fand eine Tagung statt, zu der auch Gäste aus Norwegen und Schweden eingeladen waren. In Norwegen beträgt der Frauenanteil in Gremien 40 %. Der ehemalige norwegische Wirtschaftsminister Ansgar Gabrielsen sagte: Die norwegische Wirtschaft hat, soweit ich es beurteilen kann, keine Probleme gehabt, die Forderungen einer Frauenquote von 40 % zu erfüllen. Warum sollte das, was für Wirtschaftsunternehmen in Norwegen gilt, nicht auch bei uns möglich sein?

Ich glaube, es ist eine Frage des Selbstverständnisses und vielleicht auch in gewisser Weise der Normalität. Frauen können sehr viel, sie sind heutzutage im Durchschnitt besser ausgebildet als die Männer, aber sie müssen einmal die Chance erhalten, in solchen Gremien mitzuarbeiten. Ich persönlich bin schon immer sehr frauenbewegt, aber mir macht es am meisten Spaß, in Gremien zu arbeiten, in denen Männer und Frauen gleichermaßen vertreten sind, da ganz unterschiedliche Sichtweisen eingebracht werden. Dies ist unser Ziel.

Auf dieser Fachtagung sind viele positive Dinge entwickelt worden. So ist beispielsweise vorgeschlagen worden, ein Doppelbenennungsverfahren einzuführen. Das heißt, wenn ein Gremium komplett neu besetzt oder wiederbesetzt wird, muss für die zu benennende Stelle immer zwingend ein Mann und eine Frau benannt werden, damit man darauf achten kann, dieses Gremium auch einigermaßen paritätisch zu besetzen. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, dass die Gleichstellungsbeauftragten noch stärker mit einbezogen werden.

Das Kabinett hat im Übrigen vor rund einem Jahr das Reißverschlussverfahren beschlossen. Das heißt, dass wir in unseren eigenen Gremien darauf achten, dass beim Ausscheiden einer Person immer eine Person des anderen Geschlechts nachrückt. Das sind in der Regel Frauen. In den Anfängen hat dies nach meiner Auffassung schon sehr gut funktioniert.

Dass dies nicht ganz einfach ist, ist auch klar; denn viele Organisationen – Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Gewerkschaften – sind in ihren entscheidenden Positionen nicht mit Frauen besetzt. Dies macht es sehr kompliziert, Frauen in diese Gremien zu entsenden. Aber ich glaube, so langsam wird ein Schuh daraus. Wir haben den Eindruck, dass man sich in unseren Gremien aufgrund des Reißverschlussverfahrens tatsächlich darum bemüht, eine Frau in ein Gremium zu schicken.

In diesem Sinne, der Kampf geht weiter. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Es wäre sehr schön, wenn wir es schaffen könnten, mit dem nächsten Gleichstellungsbericht noch bessere Ergebnisse vorlegen zu können. Der öffentliche Dienst macht es schon sehr gut. Erstrebenswert wäre es, wenn sich noch mehr Frauen in Führungspositionen in Gremien befänden.

Ich danke sehr herzlich für diese parteiübergreifende Unterstützung in dieser Sache.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Tagesordnungspunkt hat mit der Besprechung seine Erledigung gefunden.

Wir kommen nun zu **Punkt 18** der Tagesordnung:

Neue Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union verhindern

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/2531 –

dazu:

Für einen wirkungsvollen Diskriminierungsschutz und umfassende Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3073 –

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dötsch.

(Ministerpräsident Beck: Der Kampf um Gerechtigkeit geht weiter!)

Abg. Dötsch, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was auf europäischer Ebene ursprünglich als Mitteilung oder auch als Empfehlung gedacht war, wurde am 2. Juli vergangenen Jahres im Rahmen eines Sozialpaktes von der EU-Kommission als 5. Antidiskriminierungsrichtlinie vorgelegt. Dies war Anlass für die CDU-Fraktion, dieses Thema in den Landtag einzubringen.

Meine Damen und Herren, dabei lege ich Wert auf die Feststellung, dass sich die CDU-Fraktion entschieden gegen jede Art von Diskriminierung stellt.

(Beifall der CDU)

Fest verankert auf dem Boden eines christlichen Menschenbildes stehen wir uneingeschränkt zu den Werten der von Ludwig Erhard formulierten sozialen Marktwirtschaft. Diesen Grundlagen sind sich auch – das ist meine, das ist unsere Überzeugung – die überaus größte Anzahl der Selbstständigen und die Unternehmer in der insbesondere vom Mittelstand geprägten rheinland-pfälzischen Wirtschaft verpflichtet.

Der Mittelstand – die Familienbetriebe und die Handwerksbetriebe – gehen in der Regel verantwortungsbewusst und sozial mit den Menschen um, mit Kunden, Geschäftspartnern und Mitarbeitern. Das richtige soziale Umfeld, familiäre Bindungen, Freundschaften und gesellschaftliches Engagement bilden ein wichtiges Korrektiv für ein funktionierendes Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

(Beifall der CDU)

Vier EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung sind bereits in deutsches Recht umgesetzt. Das allgemeine Gleichstellungsgesetz geht bereits jetzt darüber hinaus. Diesen vier Richtlinien soll nun eine fünfte folgen.

Richtlinien, Gesetze und Vorschriften allein sind jedoch der falsche Weg, um Diskriminierung effektiv zu bekämpfen. Um Diskriminierungen aus der Welt zu schaffen, müssen sich die Wertevorstellungen in den Köpfen der Menschen ändern. Dies kann man nicht durch Richtlinien und Gesetze erzwingen. Solche Regelungen führen zu Bürokratie, Kosten und Rechtsunsicherheit. Das haben zumindest die Erfahrungen der bayerischen Wirtschaft mit dem AGG gezeigt.

Noch mehr Richtlinien suggerieren, man müsse sich nur hart an den Vorgaben orientieren, und damit habe man seinen sozialen Verpflichtungen Genüge getan. Eigenverantwortung und zusätzliches Engagement bleiben auf der Strecke. Die Rahmenrichtlinie bringt nicht die gewünschte Integration derjenigen, die wir schützen wol-

len, sondern vielmehr die Gefahr einer Ausgrenzung mit sich. Dies wollen wir als CDU-Fraktion nicht.

(Beifall der CDU)

Mit den in der Richtlinie zwischenzeitlich vorgesehenen Ausnahmeregelungen geht die Kommission bereits auf die Kritik der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament ein. Die Ausnahmen reichen aber nicht aus, um die Bedenken auszuräumen. Der vorgesehene Richtlinienentwurf beinhaltet Sonderklauseln, unter anderem für den Bereich der Kirchen, der jedoch sehr weit und konturenlos ausgestaltet ist, sowie auch für den Bereich des Wohnraums. Äußerst kritisch zu bewerten ist, dass der Richtlinienentwurf den Bereich der Weltanschauung ohne Einschränkung schützt.

Der deutsche Gesetzgeber hat in der Vergangenheit bewusst darauf verzichtet. Sollte die Weltanschauung von den Rahmenrichtlinien erfasst werden, ist in Deutschland damit zu rechnen, dass sich beispielsweise die Sekte Scientology auf dieses Merkmal berufen kann. Damit kann ein Gastwirt die Vermietung eines Raumes an diese Gruppe nicht mehr ablehnen.

Gegen Deutschland und weitere 13 Mitgliedstaaten laufen darüber hinaus bereits Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof wegen mangelhafter Umsetzung der vier vorhandenen Richtlinien auf dem Gebiet der Antidiskriminierung.

Es ist zu befürchten, dass die neue Rahmenrichtlinie die vorhandene Rechtsunsicherheit weiter verstärkt. Die Richtlinie bezieht sich auf ein Menschenbild, das es so in der ganz großen Mehrheit in Rheinland-Pfalz und in Deutschland nicht gibt. Gerade aber ein solches Handeln den Menschen zu unterstellen, die ihr Geld in Wohnraum, Arbeitsplätze und Wirtschaft, also in unser Land investieren, grenzt schon an Diskriminierung dieser Berufsgruppen.

Gestern haben wir über den Bürokratieabbau gesprochen und über die EU-Bürokratie geklagt. Wir haben nicht die Möglichkeit, über die Antidiskriminierungsrichtlinie zu entscheiden. Diese Landesregierung kann und sollte jedoch

(Glocke des Präsidenten)

ihren Einfluss auf die Entscheidung in Brüssel geltend machen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Kollegin Steinruck.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine kurze Anmerkung zur CDU-Fraktion. Sie sollten die

Begriffsdefinition „Gleichstellung“ und „Gleichbehandlung“ klären. Es ist nicht das allgemeine Gleichstellungsgesetz, wie in Ihrem Antrag erwähnt, sondern Gleichbehandlung ist das richtige Wort.

Ich möchte Sie zu Beginn meiner Rede daran erinnern, in der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2009 hat unser Ministerpräsident Kurt Beck in seiner Rede gesagt – ich zitiere –: Im Umgang mit kranken und behinderten Menschen zeigt sich die Qualität einer Gesellschaft. – Ich habe den Applaus, auch Ihren Applaus, noch sehr wohl in den Ohren.

Umso seltsamer finde ich Ihren Antrag „Neue Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union verhindern“.

Auch wenn Sie sagen, Sie sind gegen jede Art der Diskriminierung, Ihr Handeln zeigt etwas anderes. Sie treten den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Menschen mit diesem Antrag mit Füßen. Wir meinen, es ist gut und richtig, dass der Diskriminierungsschutz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dötsch, umso besser, wenn diese Richtlinie einmal überflüssig wird, weil die Menschen wirklich anders denken, dass es selbstverständlich ist, niemanden mehr zu diskriminieren. Umso besser, dann wird die Richtlinie irgendwann einmal überflüssig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland nimmt eine Vorreiterrolle ein, wenn es um den Diskriminierungsschutz geht. Der Nachbesserungsbedarf aufgrund der Richtlinie, die zu erwarten ist, wird bei uns in Deutschland minimal sein.

Die neue Antidiskriminierungsrichtlinie schließt im Nachgang zu den bereits vier geltenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinien bestehende Gesetzeslücken und weitet den Anwendungsbereich aus. Es wird eine EU-einheitliche Definition für Behinderung geben. Auch die Ausweitung auf chronisch kranke Menschen ist vorgesehen. Damit kommt es zu einer ganz deutlichen Verbesserung der Gleichbehandlung und auch der Mobilität in der EU.

Natürlich – das hat uns nicht überrascht – stimmt die CDU in den Chor mancher Wirtschaftsfunktionäre ein. Ich vermute, wenn da unten die Behindertenverbände genau zum gleichen Thema demonstrieren würden, würden Sie da auch stehen. Sie würden schon wieder irgendeine Regelung finden, dass es denn dann wieder passt.

Sie malen den Teufel an die Wand, was Kosten und Bürokratie betrifft. Aber in allen bisherigen Stufen der Antidiskriminierungsrichtlinie wurde das widerlegt. Ihre Argumente beruhen nicht auf Fakten. Das ist nachweisbar.

(Frau Thelen, CDU: Haben Sie den Antrag gelesen? Das ist nicht zum Thema!)

Sie beruhen auf Vorurteilen. Da darf ich auch Albert Einstein zitieren, der sagte: Es ist leichter, den Kern eines Atoms zu spalten, als ein Vorurteil aus der Welt zu schaffen. –

(Pörksen, SPD: Guter Mann!)

Für mich ist das seitens der CDU-Fraktion blinde Wirtschaftshörigkeit und Panikmache!

(Bracht, CDU: Fragen Sie einmal draußen die Leute im Land, was die dazu sagen! –
Creutzmann, FDP: Oje! –
Weitere Zurufe im Hause)

Ich erinnere an die Warnung der Vergangenheit. Es ist keine Klageflut eingetreten.

(Weitere Zurufe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Es gab keine Unternehmenspleiten. Alles ist ausgeblieben.

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Steinruck.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Gerade die mittelständischen Unternehmen sind damit klargekommen.

(Bracht, CDU: Das hat nichts mit dem Leben draußen zu tun, was Sie hier erzählen! –
Weitere Zurufe im Hause)

Natürlich werden wir – wie bisher – die Sorgen und Nöte auch ernst nehmen. In der Vergangenheit wurde mit Beratung, mit Information z. B. durch die Kammern oder die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gute Arbeit geleistet.

(Unruhe im Hause)

Wenn Sie das Thema „Bürokratie“ erwähnen – – –

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Steinruck, ich möchte Sie kurz unterbrechen. Werte Kolleginnen und Kollegen, Zwischenrufe beleben natürlich ein Parlament, das ist gar keine Frage,

(Pörksen, SPD: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

aber ich bitte Sie, den Lärmpegel etwas nach unten zu bringen. Das Wort hat Frau Kollegin Steinruck.

(Hartloff, SPD: Das hat vielleicht auch etwas mit Diskriminierung zu tun!)

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Wenn Sie schon die Angst vor der Bürokratie erwähnen, dann sollten Sie doch vielleicht ein bisschen Vertrauen zu Herrn Stoiber haben. Er ist doch in Brüssel, um Bürokratie abzubauen.

Der Richtlinienentwurf sieht genügend Flexibilität vor, um auch kleineren und mittleren Unternehmen die Umsetzung zu erleichtern und ihnen auch entgegenzukommen.

Im Übrigen hat die Kommission im Vorfeld eine Testgruppe von europäischen Unternehmen befragt. Nach Ansicht der Geschäftswelt ist ein EU-weit einheitliches Maß zum Schutz von Diskriminierung ausgesprochen hilfreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstredend lehnen wir den Antrag der CDU ab und legen einen eigenen vor.

Zu einem sozialen Europa gehört, dass niemand aufgrund von Religion, Behinderung, Alter und sexueller Orientierung diskriminiert werden darf. Dafür steht die SPD.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschulklasse der Nikolaus-August-Otto-Schule Diez. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Redebeitrag von Frau Steinruck hat man schon Angst, etwas zu kritisieren, um nicht in die falsche Ecke gestellt zu werden.

(Frau Pepper, SPD: Ach, Herr Creutzmann! – Pörksen, SPD. Da brauchen Sie keine Angst zu haben, da stehen Sie schon!)

Deswegen sage ich vorweg, wir wollen keine Diskriminierung von Menschen. Wir müssen alle gemeinsam Vorurteile und Ressentiments bekämpfen.

Frau Kollegin, ich habe aber den Eindruck, dass Sie die Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Ausrichtung überhaupt nicht gelesen haben.

(Baldauf, CDU: So ist das!)

Das ist zwar mühselig, aber anders kann man Ihren Redebeitrag nicht verstehen.

Meine Damen und Herren, die Eurokraten sind in Brüssel wieder am Werk gewesen. Am 2.7.2008 – ich habe den Wortlaut eben zitiert – wurde die sogenannte Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet. Obwohl die Kommission erkennt, Frau Steinruck – deswegen muss man es auch einmal lesen –, dass bei dieser Richtlinie das Subsidiaritätsprinzip Anwendung findet, da der Vorschlag nicht in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fällt, löst sie mit der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie eine neue Regulierungsflut über Europa aus. Die Richtlinie ist überflüssig, bürokratisch und lebensfern.

Der Vorschlag der Kommission greift massiv in die Vertragsfreiheit ein und schafft in der Praxis unnötige Rechtsunsicherheit.

Meine Damen und Herren, nachdem nur neun Monate vergangen sind, seit die Umsetzungsfrist der Vorgängerrichtlinie 2004/113/EG abgelaufen ist, meinte die Kommission, mit einer weiteren Richtlinie nachbessern zu müssen.

Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass das bislang von der Europäischen Union geschaffene und im deutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – in der Tat, Frau Steinruck, AGG – umgesetzte Regelwerk völlig ausreichend ist, zumal der deutsche Gesetzgeber die damalige Richtlinie noch verschärft hat.

Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Wertevermittlung per Gesetz, wie sie die Eurokraten in der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie vorschreiben wollen, verfehlt ist. Das AGG hat der Wirtschaft geschätzte Kosten von jährlich rund 1,7 Milliarden Euro aufgebürdet. Das sind die Kosten in Deutschland jährlich.

(Zuruf aus dem Hause)

Herr Staatssekretär, diese Zahl ist nicht von mir, diese hat Herr Glos in einer Presseerklärung bekannt gegeben. Ich gehe einmal davon aus, dass der Bundeswirtschaftsminister richtige Zahlen in die Welt setzt. Das muss man einmal unterstellen.

Ich zweifle die Zahl jetzt nicht an. Selbst wenn es bloß 1,5 Milliarden Euro wären, dann wäre das immer noch zu viel.

Die geplante 5. Antidiskriminierungsrichtlinie würde den ohnehin hohen Kostendruck auf die Wirtschaft nochmals nahezu unkalkulierbar erhöhen und damit weit über das Ziel hinausschießen.

Schutz vor Diskriminierung ist wichtig. Jedoch hat die deutsche Wirtschaft auf diesem Feld bereits Erhebliches geleistet, was Anerkennung verdient. Neue Maßnahmenpakete aus Brüssel, die mehr schaden als nützen, sind deshalb völlig überflüssig.

Interessant dabei ist, dass der Vorschlag der Kommission in Brüssel auch von den Sozialdemokraten und den Kommunisten unterstützt wird. Ich wollte eine rhetorische Frage stellen. Ich frage die Landesregierung, wie sie im Bundesrat am 19. September 2008, als diese Richtlinie unter Vorsitz von Karl Peter Bruch beraten

wurde, abgestimmt hat, weil das aus dem mir vorliegenden Protokoll nicht ersichtlich ist. Ich gehe davon aus, dass das alles von der Landesregierung gutgeheißen wird, weil es die Frau Kollegin Steinruck vorgetragen hat.

Die von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinie würde unser Rechtssystem in Deutschland verändern, was für die FDP nicht akzeptabel ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die jetzt vorgelegte Antidiskriminierungsrichtlinie so weitgehende Regelungen enthält, wie die Verschiebung der Beweislast, das Verbot, Schadensersatzansprüche der Höhe nach zu begrenzen, oder die Hilfe bei der Durchsetzung gerichtlicher Ansprüche durch Antidiskriminierungsverbände, dann kann davon keine Rede mehr sein, dass die Richtlinie nur ein Mindestmaß an Schutz bietet.

(Beifall der FDP)

Diese Richtlinie würde einen enormen Dokumentationsaufwand verursachen, weil das Unternehmen rein vorsorglich alles für den Fall vorsorglich dokumentieren muss, dass es mit einem Diskriminierungsvorwurf konfrontiert wird. Leidtragender dieser Dokumentation wäre vor allem die mittelständische Wirtschaft, die bereits heute schon genug mit Bürokratiekosten belastet ist.

(Glocke des Präsidenten)

– Schon fertig?

(Zuruf von der SPD: Schon lange!)

Ich sage das bewusst. Ich habe versucht, es kurz zu machen. Sie sehen, eine solche komplexe Materie schafft man nicht in kurzer Zeit.

(Glocke des Präsidenten)

Sie sehen, die Haltung der FDP ist klar. Das Ding muss weg.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Frau Staatsministerin Malu Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Ich möchte zwei bis drei Vorbemerkungen machen. Als Erstes treffe ich eine allgemeine Feststellung. Wir verabschiedeten im Landtag die UN-Konvention zur Gleichstellung behinderter Menschen. Dazu haben nur Sozialpolitiker gesprochen. Ich frage mich, wo heute die Sozialpolitiker und Sozialpolitikerinnen in den Fraktionen sind. Heute sprechen die Leute, die für die Wirtschaft

zuständig sind, und vertreten eine andere Meinung. Das geht nicht. Man kann nicht einerseits sagen, man ist für Gleichstellung und Antidiskriminierung, andererseits an einem Punkt, an dem es einem bei der Umsetzung nicht passt, andere Kollegen eine andere Meinung vertreten lassen.

(Beifall der SPD)

Die Antidiskriminierungsrichtlinie baut auch auf der verabschiedeten UN-Konvention auf.

(Bracht, CDU: Die schießt weit über das Ziel hinaus!)

Ich komme zum zweiten Punkt. Die Kosten des AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz), die Herr Abgeordneter Creutzmann im Sinne von Herrn Glos zitiert hat, sind reine Schätzungen, und sonst nichts. Sie sind in keiner Weise belegt. Die Wirtschaft hat es vor der Verabschiedung und nach der Verabschiedung des AGG gesagt.

Wir wissen aus der alltäglichen Praxis, dass es nicht so ist, dass Unternehmen täglich mit unnötiger Bürokratie oder Ähnlichem konfrontiert werden. Wir wissen um den Effekt, dass das Thema „Antidiskriminierung“ in Deutschland erfolgreich behandelt wird. Das ist Sinn und Zweck des Ganzen. Man kann sagen, wir können froh sein, dass wir das erreicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum dritten Punkt als Vorbemerkung. Das geht auch an Herrn Dötsch. Ich bin nicht sicher, ob diejenigen, die heute den Entwurf pauschal ablehnen, verkennen, dass die Verhandlungen von allen zuständigen EU-Ministern positiv begleitet wurden. Deutschland wurde von der Ministerin Ursula von der Leyen vertreten. Bereits am 11. Juni 2008 ist das freigegeben worden. Bedenken sind vorgetragen worden. Diese werden im Verfahren erörtert. Ministerin Ursula von der Leyen hat für Deutschland klar gesagt, dass Deutschland dieser Richtlinie nicht im Weg stehen wird.

(Pörksen, SPD: Nur der Herr Dötsch!)

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie wissen, wovon Sie sprechen. In Brüssel ist man ziemlich ratlos über die deutsche Haltung, die man mitgeteilt bekommt. Sie haben vorhin gesagt, das AGG ist weitergehend, als es die EU ursprünglich gefordert hat. Im Prinzip ist das AGG das Vorbild für die neue Richtlinie. Aus Brüsseler Sicht ist es total unlogisch, dass von allen EU-Staaten nur Deutschland diese vehementen Bedenken vorbringt und es auf unterschiedlichen Ebenen ablehnt. Das ist inhaltlich in keiner Weise nachvollziehbar.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, die Zeit lässt es nicht zu, dass ich auf jeden inhaltlichen Punkt eingehe. Ich sage nur so viel: Bei jedem einzelnen Punkt muss man bei der Umsetzung den Maßstab der Angemessenheit und Vermeidung von unverhältnismäßigem Mehraufwand berücksichtigen. Das heißt, kein Unter-

nehmen wird gezwungen, beispielsweise in Bezug auf die Barrierefreiheit Dinge zu tun, die es wirtschaftlich nicht vertreten kann.

Ich möchte an Folgendes erinnern: Die Vereinigten Staaten haben mit dem Civil Rights Act „Americans with Disabilities“ von 1991 ein vergleichbares Prinzip eingeführt, nämlich Barrierefreiheit je nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten einzuführen. Dabei waren die Unternehmen verpflichtet, ihre Angebote schrittweise zu machen. Damit konnten auch kleinere Geschäfte und Restaurants mittelfristig die Barrierefreiheit in den Vereinigten Staaten sicherstellen. Wenn wir heute in die Vereinigten Staaten gehen, dann sehen und merken wir, dass dieser Grundsatz umgesetzt worden ist, ohne dass ein Unternehmen sozusagen geprügelt oder eingeeignet worden ist, dass es in wirtschaftliche Existenznöte geraten ist.

Die Zukunft des neuen Richtlinienvorschlages ist wegen des Einstimmigkeitsprinzips bei der Antidiskriminierungsmaßnahme noch ungewiss. Ich betone noch einmal, dass sich alle EU-Minister und -Ministerinnen nicht diesem Vorschlag verweigert haben, sondern dass sie zahlreiche Veränderungsvorschläge eingebracht haben. Ich rate nicht, dass man sich diesem als Europaabgeordneter verweigert. Das gilt auch für unsere Abgeordneten.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass ca. 1,4 Millionen Menschen die Forderung nach einer Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet haben. Ich weiß auch nicht, ob Sie wissen, dass der Lissabon-Vertrag für den Fall einer so breiten Initiative vorsieht, dass die Kommission aktiv wird. Das ist dort Gott sei Dank so geregelt. So viele Europäerinnen und Europäer sprechen sich für eine solche Sache aus.

Ich komme zum Ende. Es gäbe noch sehr viel zu diesem Thema zu sagen. Weil es noch nicht nötig war, hat sich die Landesregierung noch nicht abschließend festgelegt. Klar ist, wir werden uns an diesem Punkt nicht lächerlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Der endgültige Entwurf wird noch ausgearbeitet. Es wird darüber noch diskutiert. Wir werden diesen endgültigen Entwurf sorgfältig prüfen. Wenn er in unser Gesellschaftsbild passt, dafür zu sorgen, dass man wegen Alter, Geschlecht oder Behinderung nicht diskriminiert werden darf, und er verhältnismäßig in der Umsetzung ist, dann werden wir wie damals beim AGG zu dem Ergebnis kommen, dass wir eine solche Richtlinie befürworten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir gehen alle gern zum Geburtstag von Kurt Beck, aber die drei Minuten müssen Sie mir noch geben.

Frau Staatsministerin, das war nicht ganz fair. Es geht nicht darum, dass wir im Parlament diese Auswüchse bei der Diskriminierung verhindern wollen. Da sind wir mit Ihnen auf einer Seite.

Es geht darum zu fragen, ob das Gesetz zielgerichtet ist. Das muss man betrachten und ins Detail hineingehen. Es steht darin die Umkehr der Beweislast. Das bedeutet für die Unternehmen eine hohe Dokumentationsflut, damit sie es beweisen können, wenn sie verklagt werden.

Hinzu kommt, dass im deutschen Zivilrecht, in dem es häufig außer einer Rechnung keinerlei schriftliche Unterlagen gibt und die Abschlüsse ohne lange Entscheidungsprozesse schnell durchgeführt werden, der Aufbau eines Dokumentationssystems äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich wird.

Sie wollen amerikanische Verhältnisse. Das kann man ja wollen. Das ist unserem Rechtssystem völlig fremd. Das heißt, es gibt keine Grenzen beim Schadenersatz nach oben. Wenn Sie zulassen, dass Antidiskriminierungsverbände klagen können, dann wird eine Fülle von Klagen auf die Unternehmen zukommen.

(Zurufe von der SPD)

– Natürlich, das sind doch die Probleme. Da muss man ins Detail hineingehen. Wir haben schon das AGG. Das soll auch evaluiert werden, um zu sehen, welche Erfolge das AGG gezeigt hat. Deswegen ist es doch vernünftig, darüber zu reden. Immer schön die Kirche im Dorf lassen!

Abschließend will ich sagen, etwas anderes geht natürlich auch nicht. Man kann nicht montags sagen, man will den rheinland-pfälzischen Mittelstand unterstützen, weil wir mittelständisch geprägt sind, und dienstags sagen, aber es kommen 1,7 Milliarden Euro – das ist die Schätzung – an zusätzlichen Kosten

(Zurufe von der SPD)

– Moment –, und wenn es bloß 500 Millionen Euro wären, wird man doch belastet.

(Harald Schweitzer, SPD:
Das ist doch Quatsch!)

Wir streiten doch gar nicht über die Höhe der Zahl, sondern über das Faktum. Diese Richtlinie würde zusätzliche Kosten produzieren. Davon wäre gerade die mittelständische Wirtschaft betroffen. Deswegen muss man doch darüber reden können. Ich kann die Landesregierung nur bitten. Wir werden das schlicht und einfach verfolgen, ob sie montags sagt, sie unterstütze den Mittelstand, und dienstags im Bundesrat dann dafür stimmt, ihm mehr Kosten aufzubürden. Das geht nicht.

Danke.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Kollegin Steinruck.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will dann doch noch einmal feststellen, ich habe mir die alten Unterlagen angeschaut. Ich habe nicht nur den Richtlinienentwurf gelesen, sondern ich habe auch die alten Diskussionen gelesen. Ich habe die Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände gelesen, übrigens auch die Stellungnahmen von Behinderten- und Frauenverbänden und anderen. Ich denke, Sie sollten die Antidiskriminierungsrichtlinie als Chance begreifen und nicht als Belastung, sondern auch als Chance für die Menschen.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Herr Creutzmann, selbst die Zahl der Schätzungen hat sich wiederholt. Genau diese Zahl ist schon vor Jahren durch die Gegend gegeistert. Von daher ist das auch nichts Neues.

(Harald Schweitzer, SPD: Sie sind für
Diskriminierung!)

Sie wiederholen im Prinzip nur olle Kamellen. Von daher auch ein Hinweis: Der Richtlinienentwurf ist im Januar im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europaparlaments mehrheitlich verabschiedet worden. Ich denke, die Kollegen von der CDU und von der FDP wissen, wie die Mehrheiten im Europaparlament sind, und so auch in den Ausschüssen.

(Creutzmann, FDP: Die FDP war dagegen!)

Es waren nicht nur die Kommunisten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, da ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, kommen wir zur Abstimmung.

(Bracht, CDU: Keine Wortmeldung,
Ausschussüberweisung!)

– Ich bin der Meinung, man muss das hier alles ordentlich machen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Gilt das auch für den Antrag der SPD-Fraktion?

(Abg. Bracht, CDU, nickt)

Für beide Anträge ist Ausschussüberweisung beantragt, und zwar an den Ausschuss für Europafragen – federführend – und den Sozialpolitischen Ausschuss.

(Bracht, CDU: Und bitte Wirtschaft!)

– Wirtschaftsausschuss auch? – Einverstanden? – Gut, dann überweisen wir diese beiden Anträge – Drucksachen 15/2531/3073 – an den Ausschuss für Europafragen – federführend –, an den Sozialpolitischen Ausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Gibt es dagegen Widersprüche? –

Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Tagesordnung abgearbeitet. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 4. März, um 14:00 Uhr ein.

Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g : 13:54 Uhr.